

A close-up photograph of a hand making a peace sign (V-sign) against a bright blue background. The hand is wearing a colorful braided bracelet with red, green, and yellow threads. The background is slightly blurred, showing hints of green and orange.

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Schwerpunktthema: Internationalismus

Nr. 241 April / Mai / Juni 2026 3,- €

Der Kurdistan Report, die treue Begleitung, erscheint nicht mehr Nach 44 Jahren Holger Deilke, Redaktion			
Aktuelle Politische Lage Kampf der Ideen –Internationalistischer Widerstand gegen das Imperium des Chaos Ali Çiçek, Akademie der demokratischen Moderne			
Der Friedenprozess in der Türkei und seine Bedingungen Demokratische Gesellschaft und Frieden in Zeiten der Monster Nilüfer Koç, KNK			
Schwerpunktthema: Internationalismus »Floreceremos« – Wir werden erblühen, denn sie können unsere Wurzeln nicht ausreißen! Rückblick auf die Frauenkonferenz des Netzwerkes Women Weaving the Future in Bogotá, Kolumbien Netzwerk Women Weaving the Future	4	Schwerpunktthema: Internationalismus Internationale Solidarität bedeutet den Aufbau von Alternativen Hoch die Internationale Solidarität! Michael Kaiser, Aktivist von »Defend Kurdistan«	46
Schwerpunktthema: Internationalismus Mit ausführlichen Zitaten aus ihrem Bericht über den Kampf in Kobanê: Şehîd Sorxwîn – eine Freundin, ein Vorbild, eine Kommandantin Gisela Rhein, Redaktion	6	Von der Entstehung moderner Identität zur Abkehr vom Nationalstaat »Die Geschwisterlichkeit der Völker« und die kurdische Frage Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und Ko-Vorsitzender des Kölner Vereins für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD)	49
Schwerpunktthema: Internationalismus Eine kurze Geschichte der internationalen Solidarität Vom Kommunistischen Manifest bis heute Tim Krüger, Journalist	14	Ein Vorschlag für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert Warum ein neuer Sozialismus? Zeki Bayhan, kurdischer Politiker und Autor zahlreicher Schriften zum demokratischen Sozialismus	53
Schwerpunktthema: Internationalismus Gedanken zum Internationalismus in der DDR Internationalismus zwischen Staat und Gesellschaft Bruno Schwedt, ostdeutscher Aktivist	25	Über den Zusammenhang zwischen dem aktuellen Gesprächsprozess und dem Recht Recht als eine Voraussetzung für demokratische Integration und Frieden Raziye Öztürk, Rechtsanwältin der Istanbulers Anwaltskanzlei Asrin	61
Schwerpunktthema: Internationalismus Internationalistisch gegen die kapitalistische Moderne Der internationale Kampf ist eine Notwendigkeit Arjîn Rozerîn, Aktivistin der TJA	29	Was uns Rojava über die Bedeutung von Befreiung lehrt: Miteinander statt Hierarchie Von Bhzad Dher, Deutschlandvertreter der Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien	66
	32	Soziologie der Freiheit – Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage Das Problem der Urbanisierung der Gesellschaft Abdullah Öcalan	68
	37	Begleitbuch zum Wimmelbild der IDK erschienen Die unendliche Geschichte endlich als Buch Frieda Langen, Initiative Demokratischer Konföderalismus	73
	41	Ein Rückblick auf die Anfänge 1982 Warum der »Kurdistan Report« erschien Redaktion des Kurdistan Report	74



Die Nachrichtenagentur ANF News bietet ihren Service auch in deutscher Sprache an. Bereits 2005 gegründet, verfügt die Agentur über ein breites Netzwerk von Journalist:innen, die von überall in Kurdistan, dem Mittleren Osten und Europa über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen berichten. Neben der deutschen Sprache können die aktuellen Ereignisse auf der Homepage von ANF in Kurmancî, Kirmanckî, Sorani, türkischer, englischer, arabischer, persischer, russischer und spanischer Sprache verfolgt werden.
<https://anfdeutsch.com> | Twitter: @FiratNews_DE | Mail: info@anfdeutsch.com



Überall auf der Welt wurde am 8. März der internationale Frauenkampftag begangen. Hier in Hamburg unter dem Motto »Internationale feministische Kämpfe verbinden«. Foto: ANF



Die Repression gegen die kurdische Bewegung durch den Staat wird unermüdlich fortgesetzt. In München wurde die 70-jährige Zübeyde Akmeşe verhaftet worden. Das OLG Stuttgart hat Ramazan Yıldırım zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 10 Monaten verurteilt. Foto: ANF



Das diesjährige Newroz-Fest war ein Fest der Einheit und des Widerstands. Wie hier in Amed (tr. Diyarbakir) versammelten sich überall auf der Welt Kurdinnen und Kurden und Freund:innen der Befreiung von der kapitalistischen Moderne. Foto: ANF

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 1982 erschien die erste Ausgabe des Kurdistan Reports. Mit der vorliegenden 241. Ausgabe findet nun eine Ära ihren Abschluss.

Über mehr als vier Jahrzehnte hinweg hat der Kurdistan Report die deutschsprachige Öffentlichkeit mit aktuellen Informationen, fundierten Hintergrundanalysen und kulturellen Beiträgen über die Realität in Kurdistan und im Mittleren Osten versorgt. Über viele Jahre war er das einzige deutschsprachige Printmedium für all jene, die sich für den kurdischen Freiheitskampf interessierten. Für Aktivistinnen und Aktivisten, die sich in der Öffentlichkeitsarbeit für die kurdische Sache engagierten, war er ein unverzichtbares Medium.

»Der Beitrag des Kurdistan Reports für uns, die hier in Deutschland aufwuchsen und daher weder Türkisch noch Kurdisch lesen konnten, war unschätzbar wertvoll«, schrieb Kasim Engin anlässlich der 200. Ausgabe des Kurdistan Reports. Er fiel am 27. Mai 2000 in Bradost bei einem türkischen Luftangriff in den Reihen der kurdischen Freiheitsbewegung. Zuvor hatte er, wie unzählige andere Freundinnen und Freunde, in der Redaktion dieser Zeitschrift mitgewirkt.

Seit 1982 hat sich vieles verändert. Heute können sich Menschen im deutschsprachigen Raum über unterschiedlichste Kanäle und Medienformate über die Entwicklungen in Kurdistan informieren. Doch der Kurdistan Report hat in der Geschichte des kurdischen Freiheitskampfes eine besondere und bleibende Rolle gespielt. Umso schwerer fällt es uns, das Ende des Kurdistan Reports in seiner bisherigen Form bekanntzugeben. Dennoch müssen wir diesen Schritt schweren Herzens gehen.

Als Abdullah Öcalan im Februar vergangenen Jahres seine Partei, die Arbeiterpartei Kurdistans, dazu aufrief, auf einem Kongress ihre Selbstauflösung zu beschließen, und die PKK diesem Aufruf folgte, wurde erklärt, dass dies kein Ende, sondern ein Neuanfang sei. Auch die Einstellung des Kurdistan Reports bedeutet kein Ende. Der Kurdistan Report hat seine historische Rolle in diesem Freiheitskampf erfüllt. Er ist aus einem konkreten Bedürfnis entstanden: dem Bedürfnis, diesem Kampf auch im deutschsprachigen Raum eine Stimme zu geben.

Heute verfügt die kurdische Freiheitsbewegung im deutschsprachigen Raum über viele Stimmen. Unterschiedlichste Medienformate tragen die vielen Facetten dieses Kampfes in die Öffentlichkeit. Tausende Frauen und Männer informieren heute auch auf Deutsch über die Entwicklungen in Kurdistan – durch Medienarbeit, durch ihre Tätigkeit in verschiedenen Strukturen und durch ihr kontinuierliches Engagement. Der Kurdistan Report hat für viele von ihnen den Weg geebnet.

Er war nicht nur eine Zeitschrift, sondern auch ein Archiv des Widerstands, ein Ort der politischen Einordnung, der internationalen Solidarität und der kulturellen Verständigung. Über Jahrzehnte hinweg hat er dazu beigetragen, Perspektiven sichtbar zu machen, die in den etablierten Medien oft keinen Platz fanden oder verzerrt dargestellt wurden. Damit war der Kurdistan Report weit mehr als ein periodisch erscheinendes Heft: Er war Ausdruck einer kollektiven Stimme und eines beharrlichen Willens, Wahrheit, Widerstand und Hoffnung festzuhalten.

Wir möchten uns von Herzen bei allen treuen Leserinnen und Lesern bedanken, die uns auf diesem langen Weg begleitet haben. Unser Dank gilt ebenso allen Autorinnen und Autoren, die mit ihren wertvollen Beiträgen den Kurdistan Report geprägt und bereichert haben. Ein ganz besonderer Dank geht an all jene, die über all die Jahre hinweg in der Redaktion mitgewirkt, Texte übersetzt, Korrektur gelesen, das Layout gestaltet und die organisatorische und verwaltungstechnische Arbeit getragen haben.

All diese Arbeit wurde ehrenamtlich und aus tiefer Überzeugung geleistet. Alle Mitwirkenden haben mit ihrem Engagement einen unschätzbaren Beitrag zu dieser kollektiven, kontinuierlichen und historischen Arbeit geleistet.

Was endet, ist eine Form. Was bleibt, ist die Geschichte, die Erinnerung und der Auftrag, die Stimme Kurdistans weiter hörbar zu machen.

Eure Redaktion

Der Kurdistan Report, die treue Begleitung, erscheint nicht mehr

Nach 44 Jahren

Holger Deilke, Redaktion

Ja es stimmt: Der Kurdistan Report wird eingestellt. Eine traurige Nachricht. Etwas, das irgendwie »immer« da war, wird von uns gehen. Seit fast 44 Jahren, seit November 1982 gehörte der Kurdistan Report einfach dazu.

In ihrer allgemeinen politischen Bewertung zur 200sten Ausgabe des Kurdistan Reports¹ schrieb Nilüfer Koç: »Seit November 1982 erscheint der Kurdistan Report. In all den Jahren hat er beharrlich den politisch motivierten Manipulationen der Mainstream-Medien beim Thema Kurdistan entgegengewirkt. Die 36-jährige Geschichte des Kurdistan Reports spiegelt auch ein Stückchen die Wahrheit des kurdischen Freiheitskampfes in den letzten 36 Jahren wider. Es ist die Geschichte eines Kampfes gegen den Strom der materiell Überlegenen.« Und Nilüfer weiter: »Der Report erschien stets in Deutschland. Oft wurden Räumlichkeiten, in denen der Report erstellt wurde, von der deutschen Polizei durchsucht. Erst Schreibmaschinen, dann später Computer und Drucker wurden unzählige Male beschlagnahmt. Dennoch haben es die Redaktionsmitglieder, Autoren des Kurdistan Reports geschafft, 36 Jahre lang trotz politischer und polizeilicher Repression in Deutschland der Stimme der kurdischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen.« Und darauf können alle, die an diesem Projekt beteiligt waren und für seine Verbreitung gesorgt haben, wirklich stolz sein.

Aber Zeiten ändern sich: die Bedingungen gesellschaftlicher Produktion, die Art der Verbreitung und Aufnahme von Informationen, die Formen und Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. All das sind Veränderungen, die von uns nur sehr begrenzt beeinflussbar sind. Seit längerem nehmen wir wahr, dass der Kurdistan Report in den Öffentlichkeitsarbeiten längst nicht mehr eine so starke Bedeutung einnimmt wie noch vor ein paar Jahren und es sind viele neue Medienprojekte entstanden. Auch deshalb wird der Kurdistan Report nicht mehr so stark wahrgenommen und nachgefragt. Und – auch das muss gesagt werden – wir haben es in den letzten Jahren nicht geschafft, genügend jüngere Menschen für diese Arbeit zu begeistern. Im Rahmen des Kurdistan Reports haben wir keine Lösung gefunden.

Heute eine Vielfalt an Veröffentlichungen

War der Kurdistan Report zu seiner Gründung 1982 noch die einzige deutschsprachige Publikation mit Bezug zur Befreiungsbewegung Kurdistans, können wir heute viele weitere Projekte sehen, die sich in Form von Zeitschriften, Internetseiten oder als Teil der sogenannten Sozialen Medien schon seit längerem der Aufgabe widmen, den Befreiungskampf Kurdistans und seine globale Perspektive und sein Paradigma bekannt zu machen und zu verteidigen. All diese legen wir unseren Leser:innen wärmstens ans Herz.

Der deutschsprachige Teil der Nachrichtenagentur ANF (<https://deutsch.anf-news.com/>) sei an erster Stelle erwähnt, weil sie sowohl sehr aktuelle Nachrichten und Berichte zum Mittleren Osten und zur Weltlage bereitstellt als auch Hintergrundberichte, Interviews und Reportagen.

Für Hintergrundartikel sei den geneigten Leser:innen die Akademie der Demokratischen Moderne wärmstens ans Herz gelegt. Auf ihrer Webseite (<https://democraticmodernity.com/de/>) veröffentlichen sie Hintergrundiges über die Transformation der patriarchalen kapitalistischen Moderne hin zur demokratischen Moderne und der kommunalistischen Gesellschaft.

Auch sehr ans Herz legen möchten wir die Seite der Jineoloji. Jineoloji ist die Arbeit daran, »die Wissenschaft« frauenzentriert neu aufzubauen und die Grundlagen für eine feministisch orientierte neue Gesellschaftlichkeit zu schaffen (<https://jineoloji.eu/de/>).

Es gäbe noch so viel mehr: Die Zeitschrift Xwebûn² von den jungen Frauen, und Lêgerîn³ von der demokratischen Jugend sowie Veröffentlichungen von den Studierenden, von Akademiker:innen wie KURD-AKAD und vielen weiteren, die bisher im Rahmen der Bewegung der demokratischen Moderne entstanden sind. Es lohnt sich, diese und andere Seiten aufzusuchen.

1 <https://kurdistan-report.de/wp-content/uploads/2014/01/200.pdf>

2 Jede Ausgabe des Xwebûn Magazins umfasst Artikel in verschiedenen Sprachen, darunter auch deutschsprachige: <https://kovara-xwebun.org/alle-ausgaben>

3 <https://www.revistalegerin.com/de/revista>

Abos werden eingestellt, Webseite bleibt

Die Internetseite des Reports wird bestehen bleiben, damit es ein möglichst vollständiges Archiv gibt, mit dem die sehr bewegte Geschichte der Kurd:innen, der Völker der Region und der Befreiungsbewegung nachvollzogen werden kann. Der Report war knapp 44 Jahre Zeug:in und Botschafter:in dieser bewegten Zeiten. Das übernehmen jetzt andere Medien.

Was kommt nun?

Wir wissen es nicht genau. Als Mitglieder der Redaktion werden wir alle im größeren Kontext unserer bisherigen Arbeit weiter aktiv sein. Wir werden unsere Erfahrungen zur Verfügung stellen und neue sammeln. Natürlich hinterlässt der Kurdistan Report eine Lücke. Aber diese Lücke stellt auch einen Raum dar, der mit Neuem gefüllt werden kann.

Abschließen möchte ich mit den Worten, die eine Freundin gefunden hat, nachdem sie vom Ende des Reports erfahren hat:

»1982 bin ich geboren. 1982 erschien die erste Ausgabe des Kurdistan Report. Und jetzt ist es die letzte. Mich macht das traurig, und es erfüllt mich mit Stolz und Dankbarkeit. Das darf so nebeneinander stehen.«

Für mich waren die 80er vor allem geprägt durch Widerstände gegen die Volkszählung, Tschernobyl und Anti-AKW-Proteste, Aufrüstung, den Umbruch im Osten Deutschlands. Erst viel später, vor 10 Jahren, verstand ich, dass bereits in den 80ern eine große kurdische Diaspora in Deutschland lebte und auf die genozidale Politik in den vier Besatzungsstaaten aufmerksam machte. Die Solidaritätsbewegung für Kurdistan in Deutschland hat seitdem viele Auf's und Abs erlebt.

Dass der Kurdistan Report nun eingestellt wird, ist Sinnbild für vieles – für unsere eigene Schwäche, gut recherchierte Printpublikationen am Leben zu erhalten, aber auch für eine neue Phase des Widerstands und Aufbaus einer lebendigen Gesellschaft abseits des kapitalistisch-patriarchalen Systems.

Auch innerhalb der Solidaritätsbewegung und all der Strukturen, die hier die demokratische Moderne aufbauen wollen, haben wir die Freund:innen, die den Report 44 Jahre mit Leben erfüllt haben, hängen lassen. Wir waren oft froh, dass das andere machen – uns fehlte Mut, Wille, Entschlossenheit, nur vermeintlich Kompetenz und den jüngeren Generationen auch oft die Bedeutung für das, was andere gestartet haben. Es ist genau so eine Stärke der Freiheitsbewegung Kurdistans und ihres Umfelds, Projekte hinter sich zu lassen, einen langen Atem zu haben, aber auch immer wieder neu zu bewerten, ob sich etwas bewährt hat. So wie wir immer sagen »Sie können die Blumen



In der 200. Ausgabe des Kurdistan Report im Dezember 2018 schrieb Kasim Engin, ehemaliger Mitarbeiter des Kurdistan Reports, der 2020 bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe ums Leben gekommen ist: »Im Zwischenmenschlichen und im Individuellen – der Kurdistan Report war nicht nur der Name für die Verbindung zu insbesondere linken, sozialistischen, feministischen, demokratischen, antifaschistischen, anarchistischen und verschiedenen Glaubensgruppen, sondern er war die Verbindung selbst.« Foto: Archiv

abschneiden, aber sie werden den Frühling nicht aufhalten«, so werden auch die Samen des Reports weiter keimen.

Mit den Erfahrungen dieser wunderbaren Zeitschrift – einem wichtigen Sprachrohr für fast ein halbes Jahrhundert – haben wir ein großartiges Text- und Bildarchiv, über das wir uns noch Jahrzehnte freuen werden. Die Fähigkeiten der Redaktion werden uns dabei helfen, Blätter für unsere Nachbarschaften, Kooperativen und Bildungszentren zu entwerfen, und die Freund:innen, die den Report trugen, werden ihre Kraft weiter dafür einsetzen das freie Leben aufzubauen.

Vielen Dank dafür!»

In diesem Sinne: JIN, JIYAN, AZADÎ.



Aktuelle Politische Lage

Über die Notwendigkeit die Welt auf internationalistische Weise zu begreifen, sich dementsprechend zu organisieren und zu handeln

Kampf der Ideen – Internationalistischer Widerstand gegen das Imperium des Chaos

Ali Çiçek, Akademie der demokratischen Moderne, 15. Februar 2026

Die Welt, so wie wir sie kennen, fällt auseinander. Jeden Tag sehen wir Trumps Gesicht auf dem Bildschirm und seine omnipräsente Sichtbarkeit ekelt uns an. Wichtig ist es, diese Gesichter der herrschenden Eliten mit der kapitalistischen Moderne und dem transnationalen Kapital in Verbindung zu bringen. Denn die Feststellung, dass sich das kapitalistische Weltsystem in einer tiefen, strukturellen Krise befindet, ist nicht länger nur eine Analyse der anti-kapitalistischen und sozialistischen Schule. Auch zentrale VertreterInnen und AkteurInnen des kapitalistischen Systems erkennen die Tatsache an, dass wir es nicht nur mit einer konjunkturellen Schwäche des Systems, sondern mit einer multiplen Krise samt ökologischer, ökonomischer, sozialer und geopolitischer Dimensionen zu tun haben. Mit verschiedenen Terminologien und Analyserahmen wird das globale hegemoniale »Interregnum« bzw. die globale Übergangsphase definiert. Der italienische Marxist Antonio Gramsci beschrieb ein Interregnum, als eine Phase »in der das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren werden kann«, und in der sich Krisen, Unsicherheiten sowie »krankhafte Symptome« häufen.

»Wenn wir nicht mit am Tisch sitzen,
stehen wir auf der Speisekarte«

Die jüngsten Diskussionen im »Club der Reichen«, dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2026, haben einmal mehr zum Ausdruck gebracht, wie die herrschenden Eliten die gegenwärtige Weltlage analysieren. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Rede¹ von Kanadas Premierminister Mark Carney. Er betonte, wir befänden uns nicht in einer Übergangs-

phase, sondern mitten in einem Bruch. Die alte Weltordnung käme nicht mehr zurück und Nostalgie sei demnach keine Strategie. Der kanadische Premierminister warnte, die Großmächte hätten begonnen, wirtschaftliche Integration als Waffe einzusetzen: »Mit Zöllen als Druckmittel, der Finanzinfrastruktur als Zwangsmittel und Lieferketten als Schwachstellen, die ausgenutzt werden können«. Er forderte außerdem, die Mittel-mächte müssten sich zusammenschließen, um nicht zwischen den Großmächten USA und China zerrieben zu werden. Denn wer nicht mit am Tisch säße, stehe auf der Speisekarte. Carney wies darauf hin, dass Kanada von der alten »regelbasierten internationalen Ordnung« profitiert habe, darunter auch von der »amerikanischen Hegemonie«, die »zur Bereitstellung öffentlicher Güter beigetragen habe: offene Seewege, ein stabiles Finanzsystem, kollektive Sicherheit und Unterstützung für Rahmenwerke zur Beilegung von Streitigkeiten«. Diese Weltordnung existiere jedoch nicht mehr. Er plädierte vielmehr dafür, das Problem beim Namen zu nennen: »Ein System der sich verschärfenden Rivalität zwischen Großmächten, in dem die Mächtigsten ihre Interessen mit Hilfe der wirtschaftlichen Integration als Zwangsmittel verfolgen.«

Vom »Ende der Geschichte« hin
zum »politischen Verfall«

Diese systemimmanente Analyse der gegenwärtigen Lage beschränkt sich nicht nur auf PolitikerInnen. Selbst ideologische VordenkerInnen des Neoliberalismus sehen sich gezwungen, ihre eigenen Thesen über den endgültigen Sieg des Kapitalismus zu reflektieren. Ein Beispiel ist der Denker Francis Fukuyama, der bekannt ist für seine These vom »Ende der Geschichte«. Im Jahr 1992 erklärte er infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion, die ideologische Evolution der

¹ <https://www.theguardian.com/world/2026/jan/21/nostalgia-is-not-a-strategy-mark-carney-is-emerging-as-the-unflinching-realist-ready-to-tackle-trump>

Menschheit habe ihren Endpunkt erreicht, der Sozialismus sei als Gesellschaftssystem gescheitert und die neoliberale Ordnung stelle demnach das letzte und höchste Stadium menschlicher Entwicklung dar. Jenseits davon könne es kein politisches, gesellschaftliches oder ökonomisches Modell mehr geben. Der Zusammenbruch des Realsozialismus wurde damals nicht als Ausdruck innerer Fehler, sondern als endgültiger Sieg des Kapitalismus interpretiert. Die These vom »Ende der Geschichte« fungierte wie ein Manifest der kapitalistischen Moderne, das die Niederlage der sozialistischen Idee verkündete und die liberale Demokratie als Endstation ausrief. Doch die Zeit spricht ihr Urteil über die Geschichte ohne Gnade. Die damalige arrogante Zuversicht der Kräfte der kapitalistischen Moderne ist heute einer tiefen Besorgnis gewichen, und an die Stelle einer solchen These ist nun selbst beim neoliberalen Vordenker Fukuyama der Begriff des »politischen Verfalls« getreten. Eine nähere Betrachtung dieser intellektuellen Reise und des gedanklichen Wandels Fukuyamas vom optimistischen »Ende der Geschichte« zur Warnung vor einem »politischen Verfall« kann auch als Zusammenfassung der internen Reflexionen des Systems der kapitalistischen Moderne verstanden werden. In seinem 2014 verfassten Werk »Political Order and Political Decay« (Politische Ordnung und politischer Verfall) zeigt dieser auf, wie das System, das er einst idealisierte, von innen heraus zerfressen wurde. Vor uns steht nun kein siegreiches Modell der kapitalistischen Moderne mehr, sondern eine Struktur, die unter ihrem eigenen Gewicht zusammengebrochen und schwerfällig geworden ist und sowohl ihre Richtung als auch ihren Geist verloren hat.

Laut Fukuyama hatte der Glaube an die Unerschütterlichkeit des hegemonialen US-Modells zwischen 1989 und 2008, dem kurzen »goldenen Zeitalter«, seinen Höhepunkt erreicht. Dieses glorreiche Bild erhielt jedoch mit der globalen Finanzkrise von 2008 seinen ersten großen Riss. Fukuyama diagnostiziert verschiedene Symptome, aber sieht die eigentliche Krankheit im Zerfall der amerikanischen innenpolitischen Institutionen und des sozialen Gefüges. Er übernimmt den Begriff des »politischen Verfalls« von seinem Lehrer Samuel Huntington. Laut Huntington sind Systeme zum Scheitern verurteilt, wenn sie sich nicht an die Forderungen neuer sozialer Gruppen anpassen können. Fukuyama wendet diese Theorie auf die moderne USA an: Institutionen werden zunächst gegründet, um ein bestimmtes Problem zu lösen, verfestigen sich mit der Zeit jedoch so sehr, dass sie sich nicht mehr an veränderte Verhältnisse anpassen können. Sie schützen nun nicht mehr das öffentliche Wohl, sondern setzen die Interessen ihrer eigenen Eliten und kleiner Gruppen durch. Im Ergebnis leiten mächtige Eliten staatliche Ressourcen in ihr eigenes Umfeld um. Vetternwirtschaft (Nepotismus) verdrängt die Leistungsfähigkeit. Der Staat, einst Motor des Wohlstands, wird so zu einem Instrument, mit dem persönliche Interessen befriedigt werden. Fukuyama vertritt die Ansicht, das amerikanische System habe

sich von einer »Demokratie« in eine »Vetokratie« verwandelt. Dieser Begriff bedeutet, dass die notwendigen Reformen nicht durchgeführt werden können, da zahlreiche Akteure innerhalb des Systems über ein Vetorecht verfügen. Die in das System eingebauten Gleichgewichts- und Kontrollmechanismen haben sich von einem Mittel zur Steigerung der Funktionsfähigkeit der Regierung zu einem Mittel ihrer Lähmung gewandelt. Hinter dieser Konzentration der Macht in einem derart engen Kreis verbirgt sich ein grundlegendes soziologisches und wirtschaftliches Phänomen: die rasante Monopolisierung des Kapitals. In einer Situation, in der mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung über weniger Einkommen verfügt als die reichsten zwölf Personen, führt eine derart vertikale Konzentration der Wirtschaftskraft zwangsläufig zu einer Konzentration der politischen Macht in einer einzigen Hand. Fukuyama sieht dies jedoch nicht als Zusammenbruch, sondern spricht von einer »Störung der Ordnung«. Sein Vorschlag zur Lösung ist folglich: Stärkung der Exekutivbürokratie, Verringerung der übermäßigen Abhängigkeit der Justiz und radikale politische Reformen, um die »Vetokratie« zu durchbrechen. Als Liberaler ist Fukuyama der Ansicht, dass die eigentliche Ursache für den politischen Verfall der USA nicht in der wettbewerbsorientierten Kapitalordnung liege, sondern vielmehr in der Funktionsunfähigkeit der politischen Institutionen. Fukuyamas Ansatz basiert also auf der Zuversicht, dass der Liberalismus von innen heraus reparierbar bzw. reformierbar sei. Laut Fukuyama können die krankhaften Auswüchse des Kapitalismus unter Kontrolle gebracht werden, wenn die Institutionen ordnungsgemäß funktionieren. Es ist also nicht das System selbst parasitär und problematisch, sondern die Institutionen seien lediglich veraltet.

Zu dem von Fukuyama beschriebenen politischen Verfall der USA, kommt mit dem Fall Epstein auch noch die Komponente der moralischen Erosion hinzu. Der Fall Epstein ist nicht nur einer der dunkelsten Kriminalfälle der modernen Geschichte, sondern auch ein Röntgenbild der systemischen, moralischen und intellektuellen Verkommenheit dieser amerikanischen internationalen »Ordnung«. Sie stellt einen Beitrag zur Sozialgeschichte des verrottenden Kapitalismus und Patriarchats dar. Die ans Licht gekommenen Skandale zeigen nicht nur die Handlungen einiger weniger perverser Individuen, sondern vielmehr, wie Politik, Wissenschaft, Finanz- und Kulturindustrie eine patriarchale »Kaste der Unantastbaren« geschaffen haben.

Die USA als »Imperium des Chaos«

Auch die kurdische Freiheitsbewegung sieht den Kapitalismus gegenwärtig in einer Phase der systemischen und strukturellen Krise. Sie bezeichnet die kapitalistische Moderne gar als »Krisenregime«. Damit ist gemeint, dass von dem System

selbst keine Lösung, sondern lediglich Krisenmanagement zu erwarten ist. Infolgedessen haben sich Depressionen und Krisen zum Dauerzustand entwickelt. »Normale« Zeiten hingegen sind die Ausnahme bzw. die Krise ist zur Normalität geworden. Die auf verschiedenen Ebenen verlaufenden Kriege und Konflikte zwischen den Nationalstaaten beschreibt die kurdische Freiheitsbewegung im Zeitalter des globalisierten Kapitalismus als Dritten Weltkrieg. Dieser ist ein permanenter inner-kapitalistischer Machtkampf, der darauf abzielt das Weltsystem neu zu strukturieren. Die Akteure dieses Weltkrieges versuchen konkurrierende Kräfte zu schwächen und die eigene Position zu stärken. Dabei gibt es keine klaren Frontlinien oder das Ziel eines raschen militärischen Sieges. Stattdessen handelt es sich um einen ununterbrochenen Krieg, in dem Widersprüche und Auseinandersetzungen in wechselnden Allianzen ausgetragen werden. Heute führt der globale Kapitalismus seinen eigenen systemischen Anforderungen entsprechend einen langwierigen, aber kontinuierlichen Kampf um neue politische Konstellationen und Ordnungsmodelle. Die Kämpfe, Spannungen und Konflikte, die wir weltweit beobachten, sind integrale Bestandteile dieses Dritten Weltkrieges. Um ihn zu verstehen, muss man seine tiefe Verankerung in der Struktur des globalen Kapitalismus begreifen. Dieser Krieg ist dementsprechend untrennbar mit der Krise des kapitalistischen Weltsystems verbunden. Der globale Kapitalismus befindet sich in einer multi-dimensionalen Krise: wachsender Abstand zwischen Arm und Reich, ökologische Zerstörung, fortbestehende patriarchale Herrschaft, Migrationsbewegungen, Aufrüstung und die Normalisierung von Krieg sind Ausdruck dieser tiefgreifenden systemischen Erschütterung.

Dem kurdischen Vordenker Abdullah Öcalan zufolge, versucht das kapitalistische System unter der Führung der USA mit einem »Imperium des Chaos«² seine Macht zu erhalten: »Das Imperium des Chaos, das wir auch in gewisser Weise als dritten Weltkrieg bezeichnen können, wird keineswegs nur mit militärischen und politischen Methoden gelenkt. Intensiver und entscheidender ist die Lenkung durch globale Konzerne und Medienunternehmen. Den global tätigen Wirtschafts- und Medienkonzernen fällt es nicht schwer, die Mägen und Hirne der Gesellschaften hungern zu lassen und sie dann nach Belieben zu steuern und zu benutzen. Das kapitalistische System versucht durch den Einsatz seiner wissenschaftlichen und technischen Überlegenheit, aus dem Chaos gestärkt oder doch zumindest mit möglichst geringen Blessuren herauszukommen, oder sich neu zu formieren. Jedoch taugen die alten Methoden und Wege nicht mehr, um im Chaos das System zu lenken, zu bewahren und mit kleinen Veränderungen weiterzuführen. Daher müssen wir die neuen Strategien und Taktiken der USA im Zusammenhang mit den Besonderheiten dieses chaotischen Prozesses bewerten.«³ Vor diesem Hintergrund

können wir unter der Trump-Regierung eine neue globale Offensive des System beobachten, welche sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch in verschiedenen Formen zum Ausdruck kommt.

Globale Offensive der kapitalistischen Moderne: Neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Dieses Imperium des Chaos führt im Inland einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung und legt die Grundlagen für einen Bürgerkrieg in den USA. Ein Kristallisationspunkt ist hierbei der Terror der US-Einwanderungsbehörde ICE in Minneapolis. Sie agiert als eine paramilitärische Truppe außerhalb des Gesetzes, die direkt der Trump-Regierung untersteht. Aufgrund ihrer Gewaltexzesse können die ICE-Mitglieder als die »Schwarzhemden«⁴ der USA bezeichnet werden. Das Thema Einwanderung ist für die Regierung hierbei nicht das eigentliche Problem. Das dahinterstehende große Projekt ist Faschismus, mit dem Ziel die Arbeiterklasse im Land wirtschaftlich und organisatorisch zu zerstören. Gleichzeitig sehen wir jedoch einen umfassenden Widerstand in Minneapolis, welcher seinen Höhepunkt am 23. Januar 2026 erreichte. An diesem Tag fand der erste großflächige Generalstreik in den USA seit knapp 80 Jahren statt. Dabei wurde sich gegen die ICE-Razien und für Arbeitnehmerrechte eingesetzt.

Wir müssen die neuen Strategien und Taktiken der globalen Hegemonialmacht USA im Zusammenhang mit den Besonderheiten dieses chaotischen Prozesses bewerten. Trumps Strategie folgt einer Logik, die sich nicht aus klar formulierten Positionspapieren erschließt, sondern vielmehr durch die Betrachtung seiner scheinbar unberechenbaren Taten verstanden werden kann. Trotzdem werden bei einem Blick auf die im Dezember 2025 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie der USA (National Security Strategy - NSS) wichtige strategische und taktische Schwerpunkte deutlich. In diesem Zusammenhang sind zwei Aspekte von Bedeutung: Erstens ist an der Nationalen Sicherheitsstrategie vor allem neu, dass im Kontext des Machtkampfes gegen China, Lateinamerika (im US-Sprachgebrauch: die westliche Hemisphäre) erheblich an Bedeutung gewinnt. In dieser Region ist nicht nur Russland präsent, sondern vor allem China hat sich zum größten Handelspartner der Region (ohne Mexiko) entwickelt. Zugleich ist das Land zu einem bedeutenden Investor in kritische Infrastruktur geworden, von Häfen bis hin zu 5G-Netzen. Das soll sich laut den USA ändern. »Wir wollen, dass andere Staaten uns als Partner der ersten Wahl ansehen«, heißt es in der NSS und man werde »durch verschiedene Mittel«, »ihre Zusammenarbeit mit anderen erschweren«. Zweitens hat dieser Plan, der in Bezug zur

2 Abdullah Öcalan, *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt*, S. 227

3 ebd.

4 Schwarzhemden (italienisch *camice nere*) war die zunächst inoffizielle und später offizielle Sammelbezeichnung für die Mitglieder paramilitärischer Milizen der italienischen Faschisten.



Ein Wandbild in Caracas, Venezuela, mit den ideologischen Vorbildern des venezolanischen Sozialismus.

Foto: Eneas De Troya (CC-BY-2.0)

ehemaligen Monroe-Doktrin als »Donroe-Doktrin« bezeichnet wird, insbesondere die Rohstoffvorräte Südamerikas im Visier, etwa das Öl Venezuelas und das Lithium Argentiniens, Boliviens und Chiles. Im Strategiepapier wird wiederholt von »kritischen Lieferketten« gesprochen: »Die Stärkung kritischer Lieferketten in dieser Hemisphäre wird Abhängigkeiten verringern und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Amerikas erhöhen.«⁵ Darüber hinaus geht es explizit auch darum, die Militärpräsenz in Lateinamerika und der Karibik auszubauen und die Rüstungs- und Militärkooperation mit den Ländern der Region zu intensivieren – »von Waffenverkäufen über Geheimdienst austausch bis hin zu gemeinsamen Manövern«.

Den Anfang stellte die imperialistische Aggression gegen Venezuela im Januar diesen Jahres dar. Auf Trumps Befehl marschierten am 3. Januar amerikanische Truppen in Venezuela ein, töteten dort venezolanische und kubanische Staatsbürger und entführten den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seine Frau. Die Trump-Doktrin hat Lateinamerika durch die faktische Aktualisierung der Monroe-Doktrin wieder zu einem offenen Einflussbereich gemacht. Die jüngste militärische Intervention in Venezuela ist die logische Fortsetzung dieser Linie. Sie sollte als imperialer Versuch einer Neuhierarchisierung verstanden werden. Kurz gesagt, die Intervention in Venezuela ist kein isolierter Vorfall, sondern kann als einer der Schritte zur Umsetzung der neuen Strategie der USA betrachtet werden. Diese amerikanische Intervention war ein direkter Angriff auf die nationale Souveränität Venezuelas. Damit hat die USA direkt gegen die Charta der Vereinten Nationen und damit gegen das Völkerrecht verstoßen. Trump erklärte gegenüber der New York Times offen, dass er kein Völkerrecht benötige. Gleichzeitig gestaltet Trump internationale Verein-

barungen zu seinem Vorteil um und fordert die Gründungsideen der UNO heraus, indem er einen neuen »Friedenspakt« der USA mit loyalen Staaten schloss und einen »Friedensrat« in Davos gründete.

Geoökonomie und Imperialismus

Um die Strategien des »Imperiums des Chaos« in dieser gegenwärtigen Phase zu verstehen, erscheint es sinnvoll, diese im Zusammenhang mit den Begriffen der Geoökonomie und des Imperialismus zu diskutieren. In den letzten Jahren war Geoökonomie einer der am häufigsten verwendeten Begriffe, um die aktuellen Dynamiken des globalen Kapitalismus zu erklären. Handel, Investitionen, Technologien und Finanzströme werden heute weniger von Marktsignalen als vielmehr von geopolitischen Prioritäten bestimmt. Dies ist zwar kein neues System, jedoch werden diese Instrumente heute offen und systematisch als Strategie zur imperialen Neuordnung eingesetzt. Geoökonomie ist der systematische Einsatz wirtschaftlicher sowie militärischer Instrumente für geopolitische und strategische Zwecke. Zölle, Sanktionen, Technologiebeschränkungen, die Kontrolle von Finanzströmen und die Umstrukturierung von Lieferketten bilden die Grundelemente dieses Instrumentariums. Das Besondere daran ist, dass diese Interventionen nicht, wie in den gängigen Ansätzen oft behauptet, zur »Behebung von Marktversagen« dienen, sondern zur Neuordnung der internationalen Machtverhältnisse. Daher ist Geoökonomie keine technische politische Entscheidung, sondern ein politisches und klassenbezogenes Projekt.

Der Begriff wurde in den 1990er Jahren erstmals vom US-amerikanischen Militärstrategen Edward Luttwak mit folgenden Worten definiert: »Dieser Neologismus beschreibt [...]

⁵ <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>

am besten die Verbindung der Logik des Konflikts mit den Methoden des Handels oder - wie Carl von Clausewitz es geschrieben hätte - die Logik des Krieges in der Grammatik der Handels«⁶. In diesem Zusammenhang ist es nicht möglich, die Geoökonomie aus der Imperialismusdebatte herauszulösen. Es ist jedoch irreführend, Imperialismus nur mit Landaneignung oder direkter militärischer Expansion gleichzusetzen. Im Sinne Lenins wird Imperialismus durch die Konzentration und Zentralisierung des Kapitals, die Vorherrschaft des Finanzkapitals, den Vorrang des Kapitalexports vor dem Warenexport und die hierarchische Aufteilung der Weltwirtschaft unter den Großmächten definiert. In diesem Zusammenhang besteht das Wesen des Imperialismus in der Neugestaltung und Reproduktion der globalen Hierarchie auf einer Ebene, auf der die Logik des Kapitals und die nationale Logik miteinander verflochten sind.

Kommen wir in diesem Kontext wieder auf die jüngsten Diskussionen während des Weltwirtschaftsforums in Davos zurück. Der dort vorgelegte Global Risks Report 2026⁷ beinhaltet eine Zusammenfassung der sich in den letzten zwei Jahren weltweit verändernden Risikowahrnehmungen aus Sicht der herrschenden Eliten. Aus einer Tabelle in dem Bericht geht hervor, dass geoökonomische Konflikte um acht Plätze nach oben geklettert sind und damit das am schnellsten wachsende Risiko darstellen. Dies zeigt, dass in der Phase des globalen hegemonialen Interregnums, die durch den relativen Rückgang der Hegemonie der USA entstanden ist, der Kampf um die Neuordnung der globalen Hierarchie offen in den Mittelpunkt der Weltwirtschaft und -politik gerückt ist. Dies deckt sich mit Reden wie der des kanadischen Premierministers und anderen.

Der Aufstieg der Geoökonomie und ihre Aufnahme in die Hauptagenda von Davos sind eines der deutlichsten Anzeichen dafür, dass der Imperialismus heute mittels globaler Wertschöpfungsketten, Technologieregime und Finanzsanktionen funktioniert. In dieser Hinsicht hat sich der Kern des Problems nicht geändert. Es geht immer noch darum, wer unter welchen Bedingungen die globale Hierarchie bestimmt. In diesem Zusammenhang ist die Strategie der USA entscheidend. Die USA, die in Bezug auf Produktion und Industriekapazität einen relativen Rückgang verzeichnen, behalten dennoch ihre finanzielle und militärische Überlegenheit weitestgehend bei. Diese Asymmetrie veranlasst die USA angesichts des immer schneller voranschreitenden Aufstiegs Chinas dazu, die bestehende globale Hierarchie neu zu definieren. Die geoökonomische Neudefinition der internationalen Hierarchie ist der konzeptionelle Ausdruck dieser Strategie. Die Trump-Doktrin ist die deutlichste politische Ausprägung dieser Ausrichtung. Handelskriege, Zölle, die Beschränkung des Zugangs zu technologischen Erfindungen und Eingriffe in die Lieferketten werden als imperiale Antwort

auf den relativen Rückgang der USA eingesetzt. Letztendlich ist Geoökonomie kein technischer Wirtschaftsbegriff, sondern die Bezeichnung für die aktuelle Form, die der Imperialismus unter den Bedingungen der Krise angenommen hat. Die in Davos diskutierte Risikotabelle ist Ausdruck der Bemühungen der USA, eine neue globale Hierarchie zu etablieren. Daher ist die Debatte über Geoökonomie zwangsläufig eine Debatte über Imperialismus im 21. Jahrhundert.

IMEC⁸ und Pax Silica

Vor diesem Hintergrund sind auch die Entwicklungen in Palästina, Rojava (Kurdistan), Venezuela, Grönland und anderen Orten, die auf den ersten Blick mit verschiedenen Problematiken konfrontiert sind, miteinander verbunden. Nur durch eine Erklärung dieser Zusammenhänge wird es möglich sein diese Kämpfe und Thematiken in der Agenda einer anti-kapitalistischen Internationalen zusammenzuführen. Der transnationale Kapitalismus mit seinen verschiedenen Ausprägungen wird in seiner Totalität zum zentralen globalen politischen Akteur in diesem Dritten Weltkrieg. Ein zentrales Charakteristika im Finanzzeitalter ist die zunehmende Verschränkung von Wirtschaft und Politik im globalen Ausmaß. Lokale und nationale, politische und wirtschaftliche Entscheidungen geraten zunehmend unter die Kontrolle der globalen super-monopolistischen Kräfte. Dies wird begleitet von räuberischen, extraktivistischen Prozessen an mehreren Fronten: Land, Energie und Mineralien.

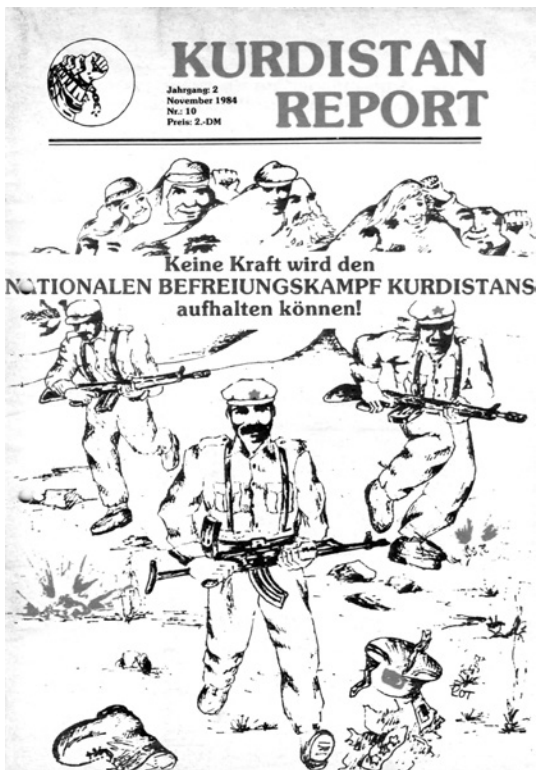
Zwei Initiativen, die maßgeblich von den USA vorangetrieben werden, um den Einfluss von China im globalen Wettbewerb zu minimieren, sind in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. Erstens, der beim G20-Gipfel im September 2023 in der indischen Hauptstadt Delhi angekündigte »India-Middle East-Europe Economic Corridor« (IMEC). Die Staats- und Regierungschefs der USA, Indiens, Saudi-Arabiens, der VAE, Italiens, Deutschlands, Frankreichs und die EU als Staatenbund kündigten gemeinsam die Einrichtung dieses Korridors an. Damit sollen Ost- und Westurasien – also Indien und Europa – über den Mittleren Osten in Form eines neuen Transport-, Pipeline-, Strom- und Datenkabelnetzes miteinander verbunden werden. Diese geostrategische Entscheidung ist einer der treibenden Faktoren hinter der Eskalation der Konflikte, die seit dem Herbst 2023 im Mittleren Osten zu beobachten ist. Es ist eine Antwort auf die von China seit 2013 verfolgte »Belt and Road Initiative« (BRI, auch als ‚Neue Seidenstraße‘ bekannt), das 150 Länder entlang von fünf Landkorridoren und einem Seekorridor umfassen soll.

Aus der Sicht des oben skizzierten Konzepts der Geoökonomie stellt das IMEC-Projekt nicht nur ein wirtschaftliches

6 From Geopolitics to Geo-Economics: Logic of Conflict, Grammar of Commerce, Edward N. Luttwak, Journal: The National Interest

7 https://reports.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_2026.pdf

8 Auch IMEEC geschrieben



Projekt dar. Es ist verknüpft mit der Errichtung einer neuen regionalen Sicherheitsarchitektur im Mittleren Osten, in deren Zentrum Israel die Rolle des hegemonialen Zentrums spielt. Damit werden die Transformation der Region im Sinne der neuen Weltordnung vorangetrieben, Energiereserven und neuen Energierouten unter Kontrolle gebracht, ungehinderter Kapitalfluss gesichert und der Handlungsspielraum Russlands und Chinas einschränkt. Bei der Umsetzung des IMEC spielen auch die sogenannten »Abraham Accords« eine zentrale Rolle. Diese wurden am 15. September 2020 von Vertretern Israels, der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahrains in Washington unterzeichnet. In diesem Rahmen wurden die Anerkennung Israels durch die beiden arabischen Staaten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen. Das strategische Ziel ist, die arabischen Staaten der israelischen Vorherrschaft in der Region zu unterwerfen und den Weg für den IMEC zu säubern. Das zur Verwirklichung dessen und zur »Weg-Säuberung« auch vor Genoziden kein Halt gemacht wird, führt uns der seit dem 7. Oktober 2023 andauernde Genozid in Gaza durch die israelische Besatzungsarmee klar vor Augen. Die am IMEC beteiligten Mächte beharren mit aller Kraft auf der Durchsetzung dieses Projekts.

Die zweite Initiative ist das Projekt Pax Silica, das nicht ohne das IMEC-Projekt verstanden werden kann und den Zusammenhang zwischen Militarismus und Technologieindustrie klar zum Ausdruck bringt. Pax Silica ist eine im Dezember 2025 vom US-Außenministerium gestartete strategische

Allianz zur Sicherung der Lieferketten für KI, Halbleiter und kritische Mineralien. Das Projekt stellt eine multinationale KI-Allianz der USA gegen China dar und soll sowohl die Wertschöpfungskette der KI-Wirtschaft als auch die technologische Führerschaft der USA und ihrer Verbündeten sichern. Es zielt darauf ab, die Abhängigkeit von China zu verringern, den mangelnden Zugang zu kritischen Mineralien zu beheben und eine Koalition aus Partnerstaaten (Australien, Israel, Japan, Singapur und Südkorea) für die technologische Zukunft zu bilden. Auch dieser Wettlauf um künstliche Intelligenz ist eine Erweiterung und Verschärfung der Rivalität zwischen den USA und China. Es handelt sich nicht nur um einen Wettbewerb um die Technologie selbst, der viele gefährliche Auswirkungen auf Militär, Polizei und Arbeit hat. Es geht auch um einen Wettbewerb um Rohstoffe, Energie, Handelswege und neue wirtschaftliche Beziehungen zu Ländern, um diese Rohstoffe zu beschaffen. Das heißt, der Wettlauf um künstliche Intelligenz ist auch ein Wettlauf um neue und erneuerte internationale Wirtschaftsallianzen. Pax Silica strebt auch eine Erweiterung im Mittleren Osten an. Wie beim IMEC ist Israel auch in dieser Allianz Gründungs- bzw. Kernmitglied. Es ist ein strategischer Schritt, um die technologische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel im KI-Sektor zu festigen und die Region auf die Absichten der großen Technologie- und Energieunternehmen vorzubereiten. Israel als regionale Hegemonialmacht ist die Verkörperung dieser kapitalistischen Strategie und der Pax Silica in der Region. Pax Silica ist ein Versuch, Völkermord als Investitionsprojekt darzustellen. Gaza soll dementsprechend als Teil dieses Projekts in einen Investitionsstandort verwandelt werden.

Kampf der Ideen

Projekte wie diese machen die Verbindungen zwischen den genozidalen, imperialistischen und extraktivistischen Praktiken und Drohungen in Palästina, Rojava, Grönland und verschiedenen Regionen in Lateinamerika offensichtlich. Denn auch die Angriffe auf Rojava, die Anfang Januar dieses Jahres begannen und die Zerschlagung des demokratischen Selbstverwaltungsmodells zum Ziel hatten, waren Teil eines internationalen Plans. Sie waren Teil der Strategie den syrischen Nationalstaat zu vereinen, alle widerständigen Dynamiken zu liquidieren, diese zur Integration ins Regime zu zwingen und letztendlich Syrien zum Beitritt in die »Abraham Accords« zu bewegen. Rojava steht für das Gegenteil der oben beschriebenen Hegemonialprojekte der kapitalistischen Moderne und für eine reale Alternative zum autoritären und kapitalistischen System. Denn die Idee hinter dem Gesellschaftsmodell Rojava versucht nicht nur die »Krankheitssymptome« zu bekämpfen, sondern die systemischen Ursachen in Angriff zu nehmen.

In dieser Phase der Auflösung der kapitalistischen Moderne und ihrer strukturellen Krise besteht die Möglichkeit, dass es zu demokratischen Offensiven und Entwicklungen, aber auch zu totalitär-faschistischen Entwicklungen kommt. Wir befinden uns in einem historischen Zeitraum, indem sowohl die herrschenden Eliten als auch die Gesellschaften die bestehende Weltordnung tiefgreifend hinterfragen. Wie sich das Potential für einen demokratischen Aufbruch nutzen lässt, hängt ab vom Organisationsgrad der demokratischen Kräfte und den richtigen Methoden, Aktionsformen und gesellschaftlichen Organisationsmodellen. Demokratische und egalitäre Bewegungen können in diesem Chaosintervall mit kleinen und wirkungsvollen Schritten in kurzer Zeit etwas aufbauen, das langfristig die Zukunft bestimmt. Die Revolution in Rojava ist hierbei ein konkretes Beispiel und eröffnet mit ihrem Paradigma der demokratischen Moderne und des demokratischen Sozialismus neue Perspektiven für gesellschaftliche Kämpfe und die Entwicklung einer gerechteren Ordnung. Gerade in diesem globalen Neuordnungsprozess ist es entscheidend, überzeugende ideologisch-politische Konzepte und tragfähige Lösungsansätze zu besitzen, um reale Chancen zu haben, in diesem Chaos an Einfluss zu gewinnen.

Um zu verstehen, wie sehr das Imperium des Chaos solche Ideen, Diskussionen und Praktiken über Alternativen zum bestehenden kapitalistischen System fürchtet und versucht im Keim zu ersticken, genügt ein Blick in die vergangenen Monate. Trotz der Parole des »Ende der Geschichte und der Ideologien« war es für die USA als hegemoniale Kraft der kapitalistischen Moderne fast 180 Jahre nach der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels und mehr als 35 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bzw. des Realsozialismus notwendig, im vergangenen Jahr die »Woche des Antikommunismus« in Amerika auszurufen. Am 7. November 2025, dem Jahrestag der sozialistischen Revolution von 1917 in Russland, erklärte das Weiße Haus die Woche vom 2. bis 8. November zur »Woche des Antikommunismus«. In der Erklärung wird der Sozialismus als Bedrohung für »Glauben, Freiheit und Wohlstand« dargestellt und vor »neuen Stimmen« gewarnt, die angeblich »alte Lügen« wiederholen. Damit erklärte die US-Regierung der von ihr selbst für tot erklärten Idee des Sozialismus erneut den Krieg. Hinter all der Selbstsicherheit des Systems verbirgt sich offensichtlich die Angst der herrschenden Klasse und Kaste vor der wachsenden Opposition gegen den Kapitalismus und der Idee des Sozialismus, die den Gesellschaften ein freiheitliches und revolutionäres Denken vermittelt. Der unmittelbare politische Hintergrund für die Erklärung des Weißen Hauses ist die Bürgermeisterwahl in New York, bei der über eine Million Menschen für Zohran Mamdani stimmten, einem selbsternannten »demokratischen Sozialisten«. Die »Antikommunismus-Woche« wurde rückdatiert, um den Tag der Wahl, den 4. November, einzubeziehen. Das Weiße Haus warnte in diesem



Zusammenhang düster vor denen, die »sich mit den Begriffen ‚soziale Gerechtigkeit‘ und ‚demokratischer Sozialismus‘ tarnen«. Diese Hysterie rührt daher, dass der Widerstand gegen den Kapitalismus international rapide zunimmt und sich in verschiedenen Formen äußert, z.B. den »No Kings«-Massendemonstrationen am 18. Oktober, der überwältigenden globalen Ablehnung des israelischen Völkermords in Gaza und den »Gen Z«-Protesten in Afrika. Umfragen zeigen, dass 67 Prozent der jungen Menschen in den USA, dem absoluten Zentrum der kapitalistischen Moderne, eine positive oder neutrale Einstellung zum Sozialismus haben, während sich nur 40 Prozent für Kapitalismus aussprechen.

Wir sehen also auch einen ideologischen Angriff gegen Ideen, die mögliche Alternativen zur kapitalistischen Moderne darstellen, allen voran der Idee des demokratischen Sozialismus. In diesem Zusammenhang sind auch die anhaltenden Drohungen und Sanktionen gegen Kuba zu verstehen. Offen hat US-Präsident Trump den Sturz der sozialistischen Regierung in Havanna zum Ziel erklärt. Auch der imperialistische Angriff gegen Venezuela ist als ein Schlag gegen eine der letzten Bastionen des Realsozialismus auf dem Kontinent zu werten. Die Botschaft an die Hemisphäre ist klar: Jedes politische Projekt, das die Politik der USA in Frage stellt, sei es auch nur rhetorisch, wird mit direktem Druck konfrontiert und systematisch destabilisiert. Alle progressiven Projekte, die sich dem US-Imperialismus widersetzen, werden zur Zielscheibe erklärt. In diesem Kontext kann

die Einstufung der Antifa in den USA, sowie linker Gruppen aus Deutschland, Italien und Griechenland als »terroristische Organisationen«⁹ als weiteres Beispiel für den Versuch der US-Regierung verstanden werden, linke Ideen zu verbieten. Trump geht es mit seinen Angriffen auf die Antifa darum, alles links von ihm als terroristisch zu diffamieren. Vor allem möchte er die breite antirassistische Bewegung, die sich nach dem Polizeimord an George Floyd vor einigen Jahren landesweit bildete, als destruktiv, gewalttätig und chaotisch zu diffamieren.

Dass man sich mitten in einem Kampf der Ideen befindet, erklärten herrschende Eliten auch offen im Zuge der globalen Solidaritätswelle mit Palästina. Als sich die pro-palästinensischen Demonstrationen an Universitäten in den USA ausdehnten und es zu Uni-Besetzungen kam, in denen die protestierenden Studierenden und DozentInnen forderten, Universitäten sollten sich von mit Israel eng verbundenen Unternehmen los sagen, stellte dies eine direkte Bedrohung für die Interessen des transnationalen Kapitals und ihrer Klasse dar. Eine Gruppe von Multimillionären und Milliardären forderten daraufhin in New York City Bürgermeister Eric Adams auf, die Polizei zu schicken, um die Columbia University und andere Campusse in dieser Stadt zu stürmen. Der CEO von Palantir, Alex Karp, machte deutlich, wie hoch die Einsätze seien, die nach Ansicht dieser transnationalen Kapitalistenklasse bei den Protesten auf dem Spiel ständen. Palantir, ein milliardenschweres Hightech-Unternehmen mit Sitz im Silicon Valley, unterzeichnete Anfang 2024 eine Vereinbarung mit dem israelischen Verteidigungsministerium, um die israelischen Streitkräfte mit künstlicher Intelligenz und anderen digitalen Technologien zu versorgen, die beim Völkermord in Gaza eingesetzt wurden und werden. »Die Proteste auf dem Campus sind keine Nebensache. Sie sind die Hauptsache«, sagte Karp. »Wenn wir den intellektuellen Kampf verlieren, werden wir nie wieder eine Armee im Westen aufstellen können.«

Demokratischer Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Wo der Hauptfeind für die Herrschenden wirklich steht, machte Trump mit seiner Erklärung, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sei gefährlicher als der Islamistische Staat (IS), mehr als deutlich. Hier steht die PKK stellvertretend für eine sozialistische Bewegung, die erklärte: »Am Sozialismus festzuhalten, heißt, am Menschsein festzuhalten.« Und das trotz der Diskurse vom »Ende der Geschichte« der 1990er und der Tatsache, dass sich zu der Zeit viele vom Sozialismus abwandten. Der Kampf der Freiheitsbewegung und ihre Vision eines demokratisch-konföderalen Mittleren Ostens fordert heute auf direkte Weise die Agenda der kapitalistischen Moderne heraus. Sie wird daher von Trump als Bedrohung definiert und ist der tieferliegende Grund

für die Aggression gegen die Rojava-Revolution im Besonderen und die Freiheitsbewegung Kurdistans im Allgemeinen.

In diesem gegenwärtigen Kampf der Ideen kritisiert der kurdische Vordenker Abdullah Öcalan das dogmatische Wiederholen von Thesen aus dem 19. oder frühen 20. Jahrhundert und das starre Festhalten an Formeln, die angesichts der modernen gesellschaftlichen Verhältnisse keine Relevanz mehr haben. Er betont daher die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus des Sozialismus im philosophischen, ideologischen und organisatorischen Sinne und plädiert für einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts im Widerstand gegen die kapitalistische Moderne: »Die Geschichte des Realsozialismus im 20. Jahrhundert zeigt, dass sein Scheitern auch auf einem falschen Verständnis dieser Dialektik beruhte: Der staatszentrierte Sozialismus, der den Staat übernehmen wollte, wurde schließlich von ihm absorbiert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde auf den Nationalstaat reduziert – ein Schritt zurück in die Logik der bürgerlichen Politik. Der Begriff »proletarischer Nationalstaat« reproduzierte nur das staatszentrierte Denken. Deshalb sage ich: Der Nationalstaat-Sozialismus führt in den Misserfolg, der demokratische Gesellschaftssozialismus zum Erfolg. Heute ist es an der Zeit, sich auf Grundlage des demokratischen Gesellschaftssozialismus dem demokratischen Befreiungsprozess zuzuwenden.«¹⁰

Während die Welt, so wie wir sie kennen, auseinander fällt, ist es in diesem Sinne für anti-systemische und demokratische Kräfte von zentraler Bedeutung die globalen Entwicklungen auf internationalistische Weise zu begreifen, sich dementsprechend zu organisieren und zu handeln. Dies bedeutet als ersten Schritt, sich von den Geschichten zu lösen, die unsere Erfahrungen einzigartig erscheinen lassen, und mehr Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Ähnlichkeiten und Zusammenhänge hervorgehoben werden. Wie oben dargestellt wurde, eskaliert der Dritte Weltkrieg jeden Tag in unterschiedlicher Form an neuen Orten. Mal wird die Diplomatie intensiviert, mal die Gewalt. Die Agenda wird jedoch auf absehbare Zeit von multiplen Krisen geprägt sein. Die Prioritäten an den einzelnen Schauplätzen werden sich verschieben, doch der Krieg als Gesamtkomplex wird sich in vielen Bereichen abspielen. Dagegen zeigen die seit 2010 anhaltenden Unruhen in einer Vielzahl von Ländern in verschiedenen Kontinenten, dass sich die Völker, ArbeiterInnen, Jugendlichen und Frauen um gemeinsame Forderungen zusammenschließen. All diese Entwicklungen machen eine organisierte internationalistische Bewegung notwendig und schaffen gleichzeitig eine konkrete Grundlage für ihre Entstehung.



Anmerkung der Redaktion in Absprache mit dem Autor: Der Text wurde geschrieben vor dem Angriff auf den Iran im Februar 2026.

⁹ <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/11/anti-communism-week-2025/>

¹⁰ <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-trump-ost-antifa-terror-100.html>

Der Friedenprozess in der Türkei und seine Bedingungen

Demokratische Gesellschaft und Frieden in Zeiten der Monster

Nilüfer Koç, KNK

Die Entwicklungen seit dem 27. Februar 2025, an dem Abdullah Öcalan mit dem Konzept für Frieden und Demokratisierung in der Türkei an die Öffentlichkeit ging sind für Außenstehende schwer zu durchschauen. Die Autorin dieses Artikels umreißt diese in den folgenden Seiten.

Die Systemkrise des Interregnums

»Demokratische Gesellschaft und Frieden« – so lautete die Deklaration und Forderung des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan vom 27. Februar des vergangenen Jahres. Es war der offizielle Beginn dafür, die türkische Herrschaft – das »Monster« – zur Demokratie und folglich zum Frieden zu bewegen. »Monster« bezeichnet also keine Präsidenten, Politiker, militärische Führer usw., sondern der Begriff ist eine Metapher für politische Systeme, die den Globus heute gefährden, da die alte Ordnung im Sterben liegt und die neue noch nicht erkennbar ist. Gramsci nennt diesen Zustand in seinem Werk »Interregnum« eine Form der »Zwischenherrschaft«. Ein Zustand des Machtvakuum. Öcalan bezeichnet diesen Zustand als Übergangsphase in einem chaotischen Zustand. Denn trotz des »Make America Great Again« (MAGA)-Mottos sind die USA noch immer nicht der alleinige Herrscher der Welt, da viele kleine und große Staaten ebenfalls eigene Einflussphären für sich beanspruchen. Solange die MAGA-Strategie ihr Ziel der Welthegemonie nicht erreicht hat, werden Katastrophen, Umbrüche, Krisen, Kriege und Konflikte andauern. Die Konkurrenz zwischen den Staaten und dem Kapital ist immens groß. Machtkämpfe nehmen zu. Kooperation und Konfrontation gehen ineinander über und erscheinen wie siamesische Zwillinge. Die gegenwärtigen Umbrüche finden in den von Öcalan als »Chaosintervalle« bezeichneten kürzesten Zeiträumen statt. Politische Prozesse unterliegen einem raschen Wandel.

Zerfall der alten Ordnung – quo vadis, Globus?

Mit der »alten Ordnung« ist die Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg gemeint, aber auch ihre ideologische Kontinuität

in der Zeit des Kalten Krieges. Alle internationalen und nationalen Institutionen und Organisationen, die für die Aufrechterhaltung dieser Ordnung zuständig waren, stehen heute vor einer Krise. Allen voran die UN, der Europarat und der Internationale Strafgerichtshof. Sie alle sollten gemäß der alten Ordnung für Frieden sorgen. Für die Kurd:innen sowie alle anderen ausgegrenzten und unterdrückten Frauen und Gesellschaftsstrukturen stellt sich die Frage, an wen sie sich im Falle einer Rechtsverletzung wenden können, oder gar ihre Anliegen thematisieren können. Das Fazit dieser Zwischenzeit würde lauten: Der Stärkere überlebt, die Schwächeren werden zerquetscht. Daher müssen die Kurd:innen dies zur Kenntnis nehmen und entsprechend für ihren Schutz sorgen. In diesem Zusammenhang kann Öcalans Aufruf an seine im Kalten Krieg gegründete Bewegung PKK, sich aufzulösen und neue Strukturen zu entwickeln, gesehen werden. Die Auflösung wurde damit begründet, dass die PKK 1978 unter dem Einfluss des Realsozialismus gegründet wurde, als Kämpfe und Konflikte in zwei Fronten ausgetragen wurden. Rechts-Links bzw. NATO-Warschauer Pakt. Doch seit dem Zerfall der UdSSR Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre entstand schrittweise Multipolarität anstelle von Bipolarität.

Die Systemkrise lastet auf der Gesellschaft.

Es ist eine Phase permanenter Herausforderungen. Betroffen sind nicht nur die Staaten, sondern auch alle, die jenseits von Staat und Macht stehen. In dieser Situation kann nicht mehr von Niederlage oder Sieg gesprochen werden, da es, anders als im Kalten Krieg, keine klaren fortdauernden Fronten gibt. Es ist ein Zustand im Grauton.

Für die Gesellschaften bedeutet dies, die Folgen der oben genannten Konflikte hinnehmen zu müssen. Denn es gibt weder auf lokaler, regionaler noch globaler Ebene organisierten Widerstand, und eine Alternative zum Bestehenden bleibt meist Theorie. Eine progressive Alternative, die die Zwischenkrise beseitigen könnte, welche das Leben der Gesellschaften prägt, ist noch nicht in Sicht. Die fortschrittlichen Kräfte sind sehr zersplittert. In der Theorie sind sie meist kollektiv, in der Praxis

jedoch individuell und lokal begrenzt. Die Progressiven oder Linken halten leider immer noch an ihren alten Frontbegriffen fest. Sie sind entweder dafür oder dagegen. Dies zeigt, dass der sogenannte Realsozialismus immer noch Auswirkungen hat. Die Systemkrise betrifft nicht nur die Herrschenden, sondern auch die Linke. Im Kampf gegen das Monster legt die Linke jedoch keinen Schwerpunkt fest. Das heißt, sie schaut nicht, in welchem Teil der Welt die Krise tiefer ist und die Gesellschaft besser organisiert ist. Sie verfolgt die Krise, wo immer sie ausbricht, und rennt ihr hinterher. Aus diesem Grund wird viel Energie verschwendet, die für Veränderungen benötigt wird.

Ich denke, Öcalans Drängen, seine Bewegung, die PKK, aufzulösen, sollte von allen, die dazu Fragen haben, noch tiefer verstanden werden. Dabei geht es keineswegs um einen technischen Prozess wie die Auflösung einer Partei, sondern in erster Linie um die Befreiung von der Haltung des Realsozialismus und vor allem der Kultur des Kalten Krieges. Realsozialistischer Marxismus bedeutet unter anderem Macht, Patriarchat und Zentralismus.

Die Lösung der Frauenfrage ist die Lösung der Systemkrise.

Die besondere Stellung der Philosophie und ihre Implementierung in die Revolution in Kurdistan lassen sich insbesondere auf die Lösung der Frauenfrage zurückführen. Öcalan bezeichnete die Frauenfrage als »Mutter aller Krisen«, da sie als Auslöserin der Krise der Menschheit gilt. Gleichzeitig stellt sie jedoch auch die Lösung dieser Krise dar. Die Herrschaft patriarchaler Ideologien hat im 21. Jahrhundert nach Jahrtausenden ihren Zenit erreicht.

Öcalans Vorstellung vom 21. Jahrhundert ist durchaus nachvollziehbar. Ein Machtvakuum birgt tatsächlich Chancen für alternative Lösungen. Die Frage ist, welcher Teil der Gesellschaft die notwendige Dynamik auslöst. Für die kurdische Bewegung ist es der organisierte Kampf für die Freiheit der Frauen. Denn Frauen, die jenseits von Staat und Macht stehen, haben viel mehr Gründe für Widerstand. Zudem gab es in der Geschichte große Zeiträume, in denen matrilineare Gesellschaften existierten, in denen viele Alternativen für ein befreites Leben mit der Bewahrung der Vielfalt möglich waren. Diese Zeit war vielleicht nicht perfekt, jedoch gab es in den Jahrtausenden matrilinearere Gesellschaften keine Kriege. Spannungen und Konflikte mündeten nicht im Krieg. Krieg und Patriarchat sind jedoch Zwillinge.

Aufgrund der seit den 90er Jahren stark organisierten Frauenbewegung in Kurdistan schlägt Öcalan für die kurdische Gesellschaft einen offensiven Transformationsprozess mit Fokus auf die für die Kurd:innen relevanten Länder im Mittleren

Osten, also der Türkei, dem Iran und Syrien, vor. Ohne die organisierten Dynamiken der kurdischen Freiheitsbewegung würde Öcalan sicherlich keinen solchen riskanten Schritt in einer ziemlich riskanten Zeit gehen. Zwei wesentliche Faktoren spielen dabei eine Rolle: einerseits die starke gesellschaftliche Organisation und andererseits die Umbrüche um Kurdistan herum, die aktuell vor allem die Türkei, den Iran, Syrien und den Irak betreffen.

Demokratie kann Stabilität und Sicherheit gewährleisten sowie Interessen sichern

Die Frage ist, ob Öcalans Strategie der Anerkennung der Kurd:innen in der Türkei den Weg für die Demokratie ebnen kann. Angesichts der Krise, die durch das Chaos verursacht wurde und in der alte Strukturen den gewünschten Anforderungen nicht mehr gerecht werden, während neue noch nicht in Sicht sind, ist es ein ziemlich riskanter Schritt für die kurdische Seite. Anstelle von Demokratie haben Worte wie Stabilität, Sicherheit und Interessen Priorität. Die kurdische Bewegung ist jedoch fest überzeugt, dass Demokratie Stabilität, Sicherheit und Interessen sichern kann. Kann die Strategie »Demokratische Gesellschaft und Frieden« tatsächlich in einer der unsichersten Regionen der Welt, wie dem Mittleren Osten, umgesetzt werden, die ein Raum mit globalen und regionalen Monstern ist? Vor allem stellt sich die Frage, wie ein oder mehrere dieser Monster von der eigenen Alternative überzeugt werden können. Welche Vorteile könnte die Strategie »Demokratische Gesellschaft und Frieden« also der Türkei bringen?

Für mich ist es entscheidend, die Welt um uns herum zu verstehen. Dazu setze ich mich mit den realpolitischen Analysen des kurdischen Vordenkers auseinander. Ich sehe in seiner Kapazität die Summe aus Geschichte, Gegenwart und Zukunft, die dabei hilft, den Weg nach vorn zu sehen. In Zeiten der Monster verliert auch die Demokratie ihre Bedeutung und Wichtigkeit. Sie kann die verschiedenen Interessen nicht mehr austarieren, verliert als Gleichgewicht zwischen Macht und Gesellschaft immer mehr an Bedeutung. Organe und Konventionen, die dieses Gleichgewicht zu balancieren versuchten, um Kriege zu verhindern, stehen vor dem Aus. Dennoch sind diese Versuche noch nicht annulliert. Es geht auch darum, diese Errungenschaften durch die Kämpfe der Gesellschaften zu bewahren, wo es möglich ist. Die kurdische Bewegung bildet hier erneut eine Ausnahme und hält an der Demokratie fest. Ein Gleichgewicht zwischen Staat, also Macht, und Gesellschaft kann trotz der aktuellen Lage dennoch erreicht werden. Dies entspricht Öcalans Strategie von 2012: Staat plus Demokratie. Diese basiert auf gegenseitigem Respekt. Bereitschaft für Zugeständnisse. Die Bereitschaft zur Flexibilität variiert entsprechend der Entwicklungen. Das bedeutet für die kurdische Bewegung manchmal einen Schritt zurück zu gehen, um

zwei Schritte nach vorne machen zu können. Dies ist keine Konstante, sondern variiert, je nach Umständen. Dogmatische und konservative Haltungen können daher schädlich sein. Die Strategie besteht darin, die Rechte der Gesellschaft zu gewährleisten. Allen voran die der Frauen. Es geht um politische, diplomatische und rechtliche Überzeugungsarbeit, um zu zeigen, dass die Rechte der Frauen und der Gesellschaft für den Staat bzw. die Macht keine Gefahr darstellen müssen. Das Ziel ist eine Art Koexistenz zwischen beiden. Denn alle Staaten neigen dazu, die Gesellschaft als Gefahr zu sehen. Die kurdische Bewegung, die 42 Jahre lang in einem militärischen Krieg mit der Türkei war, hat erreicht was sie erreichen konnte. Bei allen Verlusten ist es den Kurd:innen gelungen, sichtbar und laut wahrgenommen zu werden. De facto gibt es jetzt Kurd:innen in der Türkei. Nun gilt es, sie offiziell anzuerkennen. International sind die Kurd:innen ebenfalls sichtbar. Hier geht es ebenfalls um internationale Anerkennung. Entweder die Anerkennung eines staatenlosen Volkes von 60 Millionen oder zumindest die Gewährung eines Beobachterstatus für die Kurd:innen in der UN. Für viele mag dies eine sehr bescheidene Forderung sein, jedoch nicht für die Realität der Kurd:innen, die selbst diesen Status nicht erreicht haben.

Lösung der kurdischen Frage als Mittel zur Demokratie

Um den Fokus etwas mehr zu schärfen, möchte ich mich auf die Türkei konzentrieren. Neben vielen anderen Herausforderungen für die Kurd:innen ist die Türkei für die kurdische Freiheitsbewegung von großer Bedeutung, da sie heute mehr denn je andere Optionen im politischen Vakuum der Region sieht. Hier spielt auch die Zeit eine wesentliche Rolle. Die Gefahr besteht, dass die Türkei die Kurd:innen mit unseriösen Schritten hinhält, sodass diese von den gegebenen Optionen nicht profitieren können.

Alle Schritte zur Überwindung des türkischen Habitus gegenüber den Kurd:innen

Die Habitus-theorie wurde von dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu ursprünglich für Menschen entwickelt. Öcalan überträgt diese Theorie auch auf Staaten, da auch diese verinnerlichte, oft unbewusste Denk-, Bewertungs- und Verhaltensmuster aufweisen. Es sieht so aus, dass die Kurdophobie dem Staat tief in den Knochen liegt. Öcalans konkrete Schritte seit dem 27. Februar zielen darauf ab, unter Berücksichtigung dieses Habitus eine Vertrauensbasis aufzubauen.

Nach der Deklaration rief die kurdische Bewegung im Einklang mit Öcalan im März 2025 zunächst einen einseitigen Waffenstillstand aus. Es folgten die Auflösung der PKK im



Die 129. Ausgabe des Kurdistan Reports erschien kurz nach Bekanntgabe eines erneuten einseitigen Waffenstillstandes der PKK im Jahr 2006. Foto: Archiv

Mai, die öffentliche Verbrennung von Waffen im Juli 2025 in Silêmanî (Sulaimaniyya) und der Rückzug einiger Guerillaeinheiten aus der Türkei im Oktober.

All diese Maßnahmen der kurdischen Seite hatten das Ziel, Vertrauen zu schaffen. Dies ist umso bemerkenswerter, als viele Kurd:innen große Schwierigkeiten hatten, diese Schritte losgelöst von der Zeit des Chaosintervalls zu verstehen. Dies ist durchaus nachvollziehbar. Letzten Endes hat fast jede Kurdin und jeder Kurde eine eigene Meinung und Erfahrung bezüglich der Türkei und ein starkes Misstrauen, dass dieser Staat nicht demokratisierbar ist. Die 107-jährige Erfahrung mit der Türkei ist geprägt von Verfolgung, Unterdrückung, Assimilation und Zerstörung – kurzum, es gibt nichts Positives in dieser Geschichte bezüglich der Kurd:innen. Die Gegner Öcalans und seiner Bewegung sprechen jedoch von Kapitulation. Das hat aber wenig mit der Realität zu tun. Aus den Elfenbeintürmen sieht die Welt anders aus als auf dem Boden der Realität.

Ein Bild der Situation des türkischen Staates wird sicherlich Antworten auf die Frage geben, ob die kurdische Strategie »Frieden und Demokratische Gesellschaft« einen demokratischen Übergang ermöglichen kann.

Die türkische Regierung unter der AKP-MHP-Koalition sieht in den globalen Umwälzungsprozessen auch Chancen den Neo-Osmanismus aufrechtzuerhalten. Viele Staaten im Nahen Osten und in der gesamten MENA-Region befinden sich in Krisen, von denen auch andere regionale Staaten profitieren wollen. Unter anderem die Türkei.

Ein Beispiel ist Syrien:

Auch wenn die USA und Großbritannien Al-Sharaa im Dezember 2025 als Präsidenten der Übergangsregierung in Syrien installierten, ist das Land seit den Umbrüchen 2011 noch nicht stabil. Fünfzehn Jahre Instabilität und permanenter Krisenzustand haben das Land immens geschädigt. Nur der Norden, in dem die AANES ihr alternatives Modell der Demokratie entwickelt haben, konnte stabil gehalten werden. Aus der Sicht der Türkei werden die Kurd:innen ohnehin als kleine Ameisen betrachtet, die man mit ein paar Luftangriffen schnell zerquetschen kann. Al-Sharaa ist ideologisch auch der AKP-Regierung zugeneigt. Beide vertreten die Linie der Muslimbrüder und haben im Rahmen des IS gegen die Kurd:innen gekämpft. Nach der Machtergreifung von Al-Sharaa glaubte der türkische Staat, Syrien insgesamt unter Kontrolle zu bringen. Unerwartet trat jedoch auch Israel auf die syrische Bühne und forderte Sicherheit im benachbarten Südsyrien. Die türkisch-israelischen Interessen eskalierten. Israel war ohnehin als militärischer »Sieger« aus dem Krieg in Gaza hervorgegangen. Währenddessen musste die Türkei feststellen, dass ihr Partner, die Hamas, geschwächt war. Die Türkei streute das Gerücht, Israel werde den Kurd:innen einen Staat in Syrien errichten, um die Kurd:innen innen- und außenpolitisch als Instrumente Israels zu degradieren. Es war allerdings keine Vermutung, sondern die Überzeugung des Staates, die andere nutzen konnten. Türkischer Habitus bedeutet also, dass die Kurd:innen nichts verstehen und daher für andere nutzbar sind. Eine Masse, die nicht denken kann.

Um eine Annäherung zwischen Israel und den Kurd:innen tatsächlich zu verhindern, setzte die Türkei erneut alles daran, mit Israel einen Ausweg zu finden. Hierzu hat Erdoğan mehrfach in Washington angerufen und der türkische Außenminister war häufig in den USA.

Die Türkei ging in die Offensive, nachdem sie ihren Konflikt mit Israel zum Teil unter Kontrolle gebracht hatte. Es folgte der Krieg gegen die Kurd:innen in Syrien.

Dialog mit Kurd:innen in der Türkei – Krieg gegen Kurd:innen in Syrien

Für die Türkei ist es lebenswichtig, den Dialog mit der kurdischen Seite über Öcalan aufrechtzuerhalten.

Am 6. Januar 2026 wurde deutlich, dass der türkische Staat erneut auf Krieg setzt. Dieses Mal fand der Konflikt jedoch nicht in der Türkei oder im Norden von Südkurdistan (Irak), sondern in Rojava statt.

Mit dem Angriff auf die kurdischen Stadtteile in Aleppo wurde am 6. Januar deutlich, dass ein Teil des türkischen Staates, den Öcalan als »normwidrig« bezeichnet, erneut gegen Kurd:innen vorgeht. Dieser »normwidrige« Teil des Staates wurde früher auch als der »tiefe Staat« bezeichnet. Der »Normstaat« ist der Teil des Staates, den man über den MHP-Chef Bahçeli und zum Teil über Erdoğan als transparenten Teil auf der politischen Bühne sieht und hört. Entsprechend der politischen Konjunktur ist manchmal auch eine koordinierte Haltung zwischen beiden zu beobachten.

So änderte sich beispielsweise der Ton von Bahçeli und Erdoğan, als die Angriffe auf die Kurd:innen begannen. Die SDF wurde drohend ins Visier genommen. Sie sprachen zugunsten von Al-Sharaa, als ob sie seine Sprecher wären. Vor allem der Außenminister Hakan Fidan trat aggressiv und antikurdisch auf. Die Frage der DEM-Partei, ob Fidan der türkische oder syrische Außenminister sei, war durchaus berechtigt. Fidan hielt sich seit dem 4. Januar in Paris auf. Am 5. und 6. Januar fanden dort wichtige Gespräche zwischen Israel, den USA, Syrien, Großbritannien und Frankreich statt. Nach langen Konsultationen vereinbarten Israel und Syrien unter Vermittlung der USA eine Vereinbarung. Neben Sicherheitsregelungen für den Süden Syriens, den Israel als Gefahrenzone betrachtet, wurde die Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle in Amman beschlossen. Dies ist gewiss mit Einverständnis der Türkei zustande gekommen.

Laut der Tageszeitung Yeni Yaşam fand das Treffen in Paris auf Wunsch Großbritanniens statt. Weiter heißt es: »Bislang wurde die Rolle Großbritanniens in diesem Prozess nur verschleiert dargestellt. Nun wird jedoch behauptet, dass London direkt an diesem schmutzigen Deal beteiligt ist. An dieser Stelle ist es sinnvoll, eine weitere streng vertrauliche Information weiterzugeben. Demzufolge sollen die Briten den SDG-Vertretern gegenüber erklärt haben, dass sie »das Scheitern des Sykes-Picot-Abkommens nicht zulassen werden«, und ihre Meinung zu diesem Thema klar zum Ausdruck gebracht haben.«

Mit größter Wahrscheinlichkeit hat die Türkei für sich als Gegenleistung den Norden, also Rojava, beansprucht. Denn wenn die Türkei nicht zufrieden gestellt würde, würde sie das Spiel verderben. Immerhin hört Al-Sharaa auch auf die Türkei, denn in der HTS befinden sich von der Türkei unterstützte Dschihadisten. Genauso wie Fidan mag auch Al-Sharaa die Kurd:innen aufgrund ihrer Frauenrechte, der Koexistenz der Völker und Religionen sowie des säkularen Modells im Norden nicht. Dies widerspricht seiner patriarchalen, panarabistischen Gesinnung.

In der Anti-Kurd:innen-Politik scheint es zu einem Kompromiss gekommen zu sein. Obwohl viele israelische Vertreter immer wieder betont haben, dass sie der Türkei für Rojava kein grünes Licht gegeben haben, ist dies immer noch eine offene Frage. Wenn die syrische Landkarte aufgerollt ist und Israel die Gefahrenzone im Süden verhandelt hat, dann stand sicherlich auch der Norden Syriens auf der Agenda. Es könnte auch eine andere Ebene oder Erklärung geben, die ich nicht verstehe.

Der Krieg gegen die Kurd:innen wurde dieses Mal in Aleppo von der HTS begonnen und sollte dann auf das gesamte Gebiet der AANES ausgeweitet werden. Das war der Plan und wahrscheinlich auch der Deal von Paris.

Ein kurdisch-arabischer Krieg war geplant:

Anstelle der IS-Banden von 2014 sollten dieses Mal 18 dschihadistische Milizen mit IS-Gesinnung gegen die Kurd:innen kämpfen. Im Januar 2025 hatten diese in Damaskus einen Kongress durchgeführt und sich zur syrischen Armee transformiert.

Auf dem Kongress waren folgende 18 salafistische Armeen vertreten:

- Hai'at Tahrir asch-Scham (Komitee zur Befreiung der Levante),
- Ahrar al-Scham (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante),
- Jaysh al-Izza (Armee des Stolzes),
- Jaysh al-Nasr (Armee des Sieges),
- Ansar al-Tawhid (Anhänger des Monotheismus),
- Faylaq al-Shām (The Sham Legion),
- Jaysh Ahrar al-Ashayer (Armee der Stämme),
- Dschaisch al-Islam (Armee des Islam),
- Harakat Nour al-Din al-Zenki,
- al-Jabhat al-Shamiya (Die Levante-Front),
- Suqour al-Sham Brigades (Falken der Levante Brigaden),
- Ahrar al-Sharqiya (Versammlung freier Männer des Ostens),
- Jaysh Usud al-Sharqiya (Löwen der Armee des Ostens),
- Hamza-Brigade,
- Mohammed al-Jassem, General der syrischen Armee der 62. Division,
- Freie Syrische Armee; 8. Brigade (Region Daraa),
- Turkestan Islamic Party in Syria (Turkestanische Islamische Partei in Syrien).

Der Deal platzte durch nationalen und internationalen Widerstand

Hätte es den nationalen Widerstand und Aufstand der Kurd:innen sowie Öcalans Intervention nicht gegeben, wären wir heute, im Jahr 2026, in einen viel brutaleren Krieg mit diesen Kräften geraten. Das eindeutige Ziel war es, einen Bür-

gerkrieg zwischen Kurd:innen, Türken und Arabern zu initiieren und dadurch Feindseligkeit zwischen den Völkern über ein weiteres Jahrhundert zu schüren. Dank des Widerstands des kurdischen Volkes und seiner Freunde weltweit konnte ein weiteres Komplott, wie es am 15. Februar 1999 bei der Entführung Öcalans stattfand, verhindert werden. Mit der Entführung Öcalans sollte ein Bürgerkrieg zwischen Kurd:innen und Türk:innen entfacht werden. Wie 1999 sind auch dieses Mal die USA, Israel und Großbritannien beteiligt, die kurz vor der Kriegserklärung in Paris zusammenkamen. Daher hat Öcalan es als ein zweites Komplott bezeichnet. In den kritischen Stunden ergriff Öcalan erneut die Initiative und ließ der staatlichen Delegation ausrichten, dass er den Prozess beenden würde, sollte die Türkei in Syrien gegen die Kurd:innen vorgehen. Außerdem appellierte Öcalan in dringenden Briefen an den Führer der KDP, Mesûd Barzani, und den Vorsitzenden der Patriotischen Union Kurdistans, Bafîl Talabani, um Einheit in der kurdischen Politik zu schaffen. Tatsächlich setzten sowohl Mesûd Barzani als auch Neçîrvan Barzani, der Präsident der kurdischen Regionalverwaltung, und Bafîl Talabani alle ihre diplomatischen Hebel in Gang, um die geplante Katastrophe zu verhindern. Viele internationale Organisationen und Persönlichkeiten, die in der Rojava-Revolution eine Hoffnung sahen, beteiligten sich Tag und Nacht am Widerstand. Am Ende konnte der geplante Deal verhindert werden.

Der Co-Vorsitzende der PYD, Xerib Hiso, gab bekannt, dass eine Öcalan-Delegation am 25. Januar den Grenzübergang Nusaybin nach Qamişlo überquert und einen Brief überbracht habe. Hiso fügte hinzu, dass zwei weitere Delegationen – eine von der Regierung und die andere von den Sicherheitskräften – mit derselben Gruppe eintrafen. Hiso erklärte, die Regierung in Damaskus sei nicht bereit gewesen, die Forderungen der Kurd:innen zu akzeptieren. Öcalan habe der Regierung und dem Staat in seinem Brief mitgeteilt, dass er sich aus dem Prozess zurückziehen werde, wenn sie das Massaker an den Kurd:innen nicht beendeten. So ist das Abkommen vom 30. Januar zustande gekommen.

Aus Insider-Quellen der kurdischen Politik geht hervor, dass Öcalan seine Haltung auf folgender Analyse basiert: »Es scheint, als würden Hegemonialmächte in Syrien intervenieren. Daher muss schnell gehandelt werden, um dies zu verhindern.« Öcalan soll der Autonomen Verwaltung implizit die Botschaft übermittelt haben: »Schließt eine strategische Vereinbarung mit der jeweils erreichbaren Macht.«

Mit demokratischer Integration soll Syrien demokratisiert werden

Seit dem Machtantritt der Übergangsregierung von Al-Sharaa im Dezember 2025 konnte die Staatsbürokratie und Verwal-



Pervin Buldan und Sirri Süreyya Önder von der DEM Partei treffen Numan Kurtulmuş, dem Präsidenten des türkischen Parlaments. Seit Dezember 2024 bis zum Tod von Sirri Süreyya Önder im Mai 2025 führten die beiden DEM-Abgeordneten regelmäßig Gespräche mit Abdullah Öcalan. Foto: Archiv

zung in Syrien noch nicht strukturiert werden. Zudem verfügt das Land noch über keine Verfassung, da die Übergangsregierung die alte Verfassung nicht anerkennt. Das alte Verwaltungsmodell nach Provinzen wurde übernommen. Al-Sharaa verfügt auch nicht über eine reguläre Armee, sondern befehligt die 18 Banden der HTS. Es braucht Zeit, bis nach 15 Jahren Krieg staatliche Institutionen aufgebaut sind. Der Aufbau ist hier das Hauptthema. Syrien unter der Baath-Partei galt als panarabischer, säkularer Staat. Die Kurd:innen galten seit dem Sykes-Picot-Abkommen von 1916 als Sicherheitsproblem. Sowohl Syrien als auch die Türkei hatten einen anti-kurdischen Habitus. Dennoch war es trotz diktatorischer Führung ein funktionierender Staat.

In der Ära des eingesetzten Al-Sharaa steht das Land jedoch in Ruinen. Auch wenn er im Anzug und mit Krawatte im Weißen Haus als Staatsmann empfangen wird, ändert das nichts an der Tatsache, dass er aus der Tradition der al-Qaida-Bewegung kommt. Die Mitglieder seiner HTS bestehen auch aus Banden, die kein Recht und Gesetz kennen. Sie sprechen die Sprache des Schwerts. Alles, was nicht männlich und muslimisch ist, ist ihr Gegner. Die Kurd:innen betrachten sie als gottlos. Die Wut über die Niederlage von 2014, die von Kurd:innen und vor allem von kurdischen Frauen gegen den IS erlitten wurde, wartet auf einen Moment der Rache.

Die demokratische Integration soll nach dem Krieg vom 6. Januar in das oben beschriebene Bild passen.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz war Mazlum Abdi, Kommandant der SDF, Ilham Ahmad, die außenpolitische Sprecherin der AANES, und der syrische »Außenminister« Shabani mit dem US-Außenminister zu sehen. Dies ist die Vorstellung der USA über das Abkommen. Natürlich ist es wichtig, dass kurdische und syrische Vertreter gleichberechtigt gezeigt werden. Der Prozess des Zusammenkommens von zwei völlig unterschiedlichen politischen und ideologischen Auffassungen ist jedoch sehr kompliziert. In der Geschichte gab es jedoch schon Fälle, in denen gegensätzliche Pole zusammenkamen.

Letzten Endes kommunizieren Öcalan und der Chef der ultranationalistischen türkischen MHP, Devlet Bahçeli, auch miteinander. Dies ist die Realität, mit der sich die kurdische Politik in der Neuzeit auseinandersetzen muss.

Im Vergleich zur Kairoer Konferenz von 1921, der Lausanner Konferenz von 1923 und den Syrien-Konferenzen nach 2012 in Astana, Genf etc., bei denen der Mittlere Osten und die kurdische Frage im Mittelpunkt standen, waren die Kurd:innen in München auf der Bühne zu sehen. Auch die Thematisierung der kurdischen Frage im US-Repräsentantenhaus war sehr wichtig. Das ist ein wichtiger Schritt, um der politischen Kriminalisierung oder der türkischen Definition von Terrorismus in Zukunft entgegenzuwirken. Jetzt wird es darauf ankommen, die Fähigkeit zu zeigen, bis ins Detail zu verhandeln. Würde die syrische Übergangsregierung AANES

mit ihren Errungenschaften tatsächlich in einer neuen Verfassung verankern, wäre das ein historischer Schritt für eine friedliche Zukunft. Viele nationalen Parlamente, wie die in den EU-Ländern, Australien und Kanada, haben sich für die Unterstützung Rojavas ausgesprochen. Dies ist der breiten Solidarität der Freunde des kurdischen Volkes und dem Widerstand der kurdischen Diaspora zu verdanken.

Die kurdische Frauenbewegung, vor allem die Fraueneinheiten der YPŞ, hat in diesem gesamten Prozess klar und deutlich zu verstehen gegeben, dass sie ihre Errungenschaften beibehalten werden.

Ich denke, die Türkei kann als Störfaktor für einen Frieden in Syrien über den Prozess Öcalans mit dem türkischen Staat gemäßigt werden. Dies ist für mich ausschlaggebend, wenn es um die Dynamik der Frauen für die Demokratisierung geht. In Sachen Frauenfreiheit sollten keine Kompromisse eingegangen werden.

In Syrien ist der Deal also so, dass im Falle eines von der Türkei geführten Krieges, der von der HTS umgesetzt wird, die internationalen Kräfte schweigen.

In Bezug auf Rojava muss klar gesagt werden, dass es zwar momentan eine Befassung mit der Umsetzung der Vereinbarung vom 30. Januar gibt, aber ob dies eine Zukunft hat, ist ungewiss, da Syrien selbst noch vor einer ungewissen Zukunft steht. Für die Kurd:innen und alle anderen ethnischen, religiösen Gruppen und vor allem Frauen steht fest, dass die AANES aufrechterhalten werden soll. Sie sind dazu entschlossen.

Die türkischen Großmachtambitionen: Neo-Osmanismus im MENA

Wir haben den Neo-Osmanismus bereits mehrfach als Strategie der AKP-Herrschaft erwähnt. In dem wachsenden Vakuum und den Umbrüchen der politischen Gleichgewichte sieht die Türkei nach wie vor Chancen, ihre Interessen auszubreiten – vor allem in den MENA-Gebieten. Aufgrund ihrer sieben Jahrzehnte langen quasi-osmanischen Herrschaft über diese Gebiete verfügt die Türkei über Kenntnisse in Politik und Gesellschaft. Dies erleichtert den Aufbau dieser Beziehungen. Allerdings sind all diese MENA-Gebiete auch direkt vom Chaos betroffen. Sie alle sind bemüht, in der Multipolarität zu überleben, ihren Status quo beizubehalten oder Bündnisse mit stärkeren Staaten einzugehen. Dabei haben sie verschiedene Bündnisoptionen zur Wahl und sind nicht unbedingt von der Türkei abhängig. Es geht darum, welcher Staat mehr zu bieten hat.

ES GEHT AUCH DARUM, DIESE
ERRUNGENSCHAFTEN DURCH DIE
KÄMPFE DER GESELLSCHAFTEN ZU
BEWAHREN, WO ES MÖGLICH IST

Die türkische Diplomatie nutzt den Islam einerseits als Instrument, um den Verkauf von Drohnen, wirtschaftliche Hilfen und die Stationierung türkischer Militärs in einigen dieser Länder voranzutreiben. Somalia und der Sudan bieten der Türkei Zugang zum Roten Meer, was eine der wichtigsten Handelsrouten zwischen Asien und Europa ermöglicht. In letzter Zeit haben sich die bilateralen Beziehungen der Türkei zu diesen Ländern intensiviert, da die Angriffe der vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen im Jemen nachgelassen haben. Ein Regimewechsel im Iran würde bedeuten, dass ein Akteur als Kontrahent in der Region ausfällt, wodurch sich für die anderen Möglichkeiten für Investitionen und zur Ausweitung der eigenen Macht bieten.

Die engeren Beziehungen zwischen Griechenland, Israel und den USA einerseits und Zypern andererseits werden die Handlungsfreiheit der Türkei im Mittelmeerraum einschränken. Zypern wird ein wichtiges Zentrum für die geplante Handelsroute IMEC zwischen Asien und Europa, sobald mit der Umsetzung begonnen wird. Zypern wird seine wachsende Bedeutung im Mittelmeerraum nutzen, um den seit 1974 von der Türkei besetzten Norden zu befreien. Umso wichtiger ist es für die Türkei, sowohl mit dem Sudan als auch mit Somalia und Libyen wegen der Küste von Bengasi Kontakte zu knüpfen, um Zugang zu diesem Wasserweg zu erhalten.

In Somalia plant die Türkei seit Längerem einen Weltraumbahnhof für Mondraketen, da das Land aufgrund seiner Nähe zum Äquator geografisch günstig für Raketenstarts gelegen ist. Allerdings hat die Anerkennung Israels durch Somaliland die Türkei provoziert, da auch Israel in dieser Region über eine Strategie verfügt. Deshalb versucht die Türkei, Äthiopien und Somalia eng an sich zu binden, um Somaliland zu isolieren.

Im Dezember 2017 haben die Türkei und der Sudan ein Abkommen unterzeichnet, das die Sanierung und Nutzung der Ressourcen der sudanesischen Insel Suakin zum Ziel hat. Suakin war vormals osmanisches Gebiet. Auch Saudi-Arabien, Ägypten usw. haben ein reges Interesse am Roten Meer, wodurch sie mit der Türkei konkurrieren. In der Nähe befinden sich zudem Militärbasen der Türkei, der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabiens, Chinas, der Vereinigten Staaten, Italiens, Frankreichs und Japans. Es hilft der Türkei also nicht, sich nur auf die islamische Bruderschaft zu beziehen, denn wirtschaftlich sind die anderen Staaten der Türkei um ein Vielfaches überlegen. Berücksichtigt man die gegenwärtige Lage der türkischen Wirtschaft, so kann davon ausgegangen werden, dass der Mangel an den für den Haushalt nötigen Ressourcen auf Dauer zu einer innenpolitischen Krise füh-

ren kann. Ohnehin kann die türkische Lira seit Jahren nicht stabilisiert werden. Auch wird es immer schwieriger, die Inflationsrate niedrig zu halten. Der Sonderbeauftragte für den Wirtschaftsaufschwung, Mehmet Simsek, ist daher ständig auf internationaler Ebene auf der Suche nach ausländischen Investitionen und Krediten.

Das im Jahr 2019 unterzeichnete Seegrenzenabkommen mit Libyen soll der Türkei im geopolitischen Wettbewerb im östlichen Mittelmeerraum zugutekommen. Denn durch das maritime Bab al-Mandab, das zwischen der arabischen Halbinsel und Dschibuti liegt, findet ein reger Schiffsverkehr in Richtung Suezkanal und somit nach Europa statt. Dieser macht etwa 15 % des weltweiten Güterverkehrs aus. Seit 2019 ist die Türkei aktiv am libyschen Bürgerkrieg beteiligt, unterstützt die Regierung in Tripolis und hat eine Luftwaffenbasis in Westlibyen errichtet. Dies steht im Zusammenhang mit dem »Neo-Osmanismus« der Türkei und dem oft als »Neo-Imperialismus« bezeichneten Handeln westlicher Akteure. Nach dem Seeabkommen hat sich die Türkei gesonderte Ausbeutungsrechte für Gas und Öl im Mittelmeer gesichert. Dabei stößt sie auf große Probleme mit westlichen Konzernen und vor allem mit EU-Staaten wie Griechenland und Zypern, da diese der Türkei den Mittelmeerraum nicht überlassen wollen.

Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Investitionen sowie die Interessenpolitik der Türkei im MENA-Raum tragen dazu bei, dass Präsident Erdoğan sein Land als groß und stark präsentieren kann.

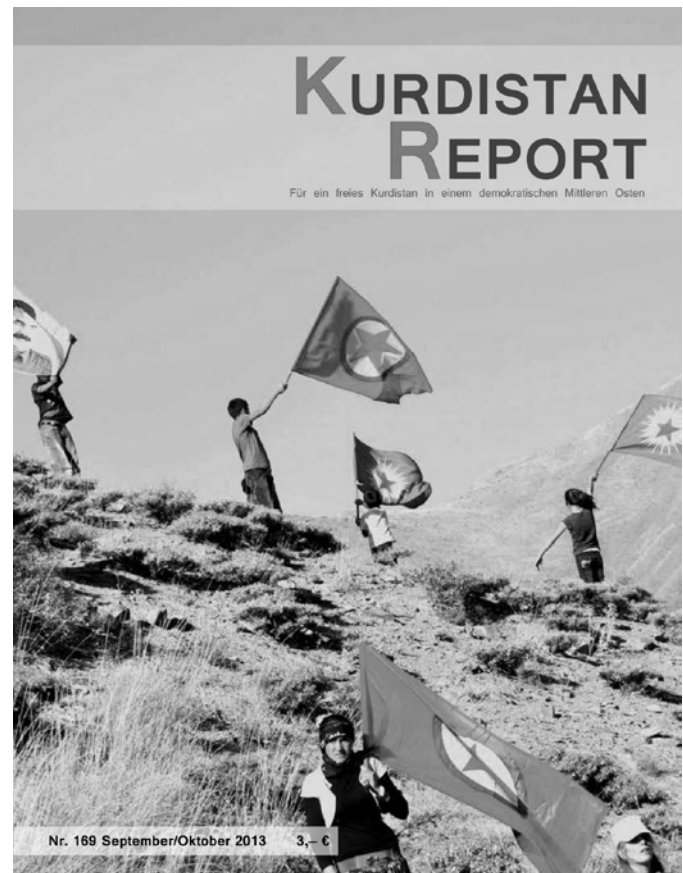
Die Nachbarstaaten und die Kurd:innen werden über die Zukunft der Türkei entscheiden

Es gibt noch viele Länder, in denen die türkische Regierung weiterhin eine destabilisierende Rolle spielt. So unterstützt die Türkei Pakistan im Kaschmir-Konflikt gegen Indien, während Pakistan wiederum die Positionen der Türkei, beispielsweise zur Nordzyprien-Frage, unterstützt. Die Türkei benötigt von Pakistan das nukleare Know-how bzw. die dazu notwendige Technologie. Sie heizt die Stimmung zwischen Indien und Pakistan an. Sie mischt sich auch in die Wahlen in Bangladesch ein.

Es gibt natürlich auch die Region Kaukasus, in die die Türkei ebenfalls stark involviert ist. Dies würde jetzt aber den Rahmen sprengen.

Mit dem Westen läuft es auch nicht mehr gut

Trotz der 74-jährigen NATO-Mitgliedschaft kann sich die Türkei keine große Unterstützung wie früher erhoffen, da die Prioritäten der Mitgliedsstaaten stark voneinander abweichen.



In der Ausgabe 169 des Kurdistan Reports im September 2013 wurde unter anderem der damals schon stockende und letztendlich am AKP-Regime gescheiterte "Friedensprozess" diskutiert.

Konkurrenz und unterschiedliche Machtpositionen erschweren die Situation zusätzlich.

Es finden zwar Gespräche über einen Beitritt zur EU statt – jedoch ohne Fortschritte. Obwohl Syrien noch nicht stabil ist, hat die EU der Übergangsregierung von Al-Scharaa 620 Millionen Euro zugesagt, damit syrische Flüchtlinge zurückkehren können. Die Türkei hat hohe Beträge aus der EU erhalten, um diese Flüchtlinge im Land zu behalten.

Im Europäischen Rat in Straßburg steht die Türkei seit dem Beschluss des ausführenden Organs, des Ministerkomitees, aufgrund des Öcalan-Friedensprozesses unter Druck. Zuletzt hat das Komitee der Türkei im September letzten Jahres Zeit bis Juni dieses Jahres gegeben, um das türkische Recht den Kriterien des Europäischen Rates anzupassen. Damit müsste die Türkei das Gesetz »Verschärfte lebenslange Haft«, das sie 2002 speziell für Öcalan entwickelt und später auf tausend weitere politische Häftlinge erweitert hat, aufheben. Stattdessen müsste sie allen, die mehr als 25 Jahre inhaftiert waren, das Recht einräumen, eines Tages frei zu kommen, statt wie in der türkischen Rechtsprechung üblich bis zu ihrem Tod in Haft zu bleiben. Daher ist es jetzt für kurdische Juristen und



Die êzidische Gesellschaft im Şengal hat nach dem 74. Ferman, dem Genozid durch den IS im Jahr 2014, umfassende Selbstverwaltungs- und Selbstverteidigungsstrukturen aufgebaut. Anfang diesen Jahres drohte der türkische Außenminister ihnen mit einem weiteren Genozid. Foto: Archiv

Politiker sehr wichtig, die Türkei zu einer Gesetzesänderung zu bewegen. Das würde Öcalan mehr Freiraum für seine Führung im Dialogprozess mit der türkischen Regierung ermöglichen. Dem Europäischen Rat fällt daher eine große Verantwortung für den Prozess in der Türkei zu, dessen wichtigste Förderung die Freiheit Öcalans wäre.

Die Türkei im Glashaus

Über die Medien präsentiert der türkische Präsident sich und sein Land als eines der innovativsten und entwickeltsten Länder. Jeder Staatsbesuch wird hochgepriesen, um zu zeigen, wie groß und mächtig die Türkei ist. Die Menschen im Land selbst interessiert dies jedoch wenig, da sie mit Arbeitslosigkeit, Armut, steigender Kriminalität, Korruption sowie staatlicher und häuslicher Gewalt gegen Frauen konfrontiert sind. Die junge Generation und die Akademiker:innen suchen ihr Glück nicht in der »großen und mächtigen Türkei«, sondern im Ausland. Auch die türkische Opposition, vor allem die CHP, sieht sich starken politischen und juristischen Angriffen ausgesetzt. Die AKP nutzt den Dialog mit Öcalan als Gelegenheit, die kurdische Politik von der Unterstützung der türkischen Opposition fernzuhalten. Denn wenn die kurdische Seite die CHP als »Erzrivalen« unterstützte, könnte die AKP den Druck auf Öcalan erhöhen. Dieses Kalkül ist jedoch nicht aufgegangen, da sowohl Öcalan als auch die DEM-Partei, die

als Vermittlerin zwischen der Regierung und Öcalan agiert, dies aus ethischen Gründen abgelehnt haben. Dabei hat die CHP lange Jahre die Verfolgungspolitik der AKP gegenüber den Kurd:innen hingenommen. Wenn die CHP etwas mutiger wäre und eine klarere Haltung in der kurdischen Frage einnehmen würde, wäre es einfacher, gemeinsame Forderungen hinsichtlich der Demokratisierung zu stellen.

Wer glaubt, die Türkei könne ihre Zukunft mit Hilfe von Expansionspolitik aufbauen, irrt. Denn zwei ihrer Nachbarländer – Syrien und Iran – befinden sich im Umbruch, sie brennen. Eine politische oder militärische Offensive der USA gegen den Iran würde auch den Irak in ihren Bann ziehen, da der Iran dort noch stark präsent ist. Zudem leben in all diesen Ländern etwa 60 Millionen Kurd:innen. Ob die türkische Regierung will oder nicht, sie wird sich mit den Umwälzungen in ihren Nachbarstaaten befassen müssen. Neben arabischen und westlichen Staaten werden auch die Kurd:innen versuchen, aus den Umbrüchen das Beste für sich herauszuholen.

Umso wichtiger wäre es, dem anstehenden Feuer durch einen Dialog mit den Kurd:innen entgegenzuwirken. Damit könnte die Türkei seit ihrer Gründung zum ersten Mal Stabilität und Sicherheit durch Demokratie gewährleisten. In diesem Fall wäre dies ein Gewinn für alle, da ein deeskalierender Weg eingeschlagen würde.

Die bisherige türkische Politik, von Konflikten profitieren zu wollen, wie beispielsweise in Gaza oder zwischen Russland und der Ukraine, ist in Bezug auf den Iran ziemlich kompliziert.

Wenn die sunnitisch-arabische Front im Irak gegen den Iran gestärkt wird, wird die Türkei versuchen, sich als sunnitisch-islamisches Land zu beteiligen. Der türkische Außenminister hat dies bereits mit den Worten angedeutet: »Wenn Syrien fertig ist, sind die Kurd:innen im Irak dran«. Er zeigte dabei auf die ezîdischen Gebiete in Şengal (Sinjar), Gare und Kandil. Das würde bedeuten, dass sich die Türkei an der Front beteiligen würde, um die Kurd:innen zu schwächen. Allerdings haben auch die kurdischen Parteien KDP und PUK im Irak diese Befürchtung, weshalb sie sich intensiv für Rojava einsetzen. Diese Gefahr signalisiert eine dringende nationale Einheitskonferenz unter den kurdischen politischen Parteien, Frauen und der Zivilgesellschaft. Auf der anderen Seite versucht Ankara, die Azaris in den kurdischen Gebieten im Iran (Urmîye, Salmast, Maku) gegen die Kurd:innen aufzuhetzen. Damit sollen diese im Falle eines Regimewechsels im Iran, wie 2012 in Syrien, keine eigene Lösung anstreben. Seit acht Monaten arbeiten jedoch alle kurdischen Parteien im Iran für eine nationale Allianz, um Vorkehrungen für ihre Zukunft im Falle eines Krieges gegen den Iran zu treffen. Am 23. Februar erklärten fünf der größten Parteien ihre nationale Allianz. Somit bereiten sich die Kurd:innen durch Einheitspolitik darauf vor, im Falle eines »sunnitisch-schiitischen« Krieges nicht verbrannt zu werden.

Syrien, Irak und Iran im Visier

Das Interesse der USA, die kurdische und syrische Seite in München zusammenzubringen, hängt mit dem eigentlichen großen MAGA-Plan zusammen. Denn die größere Herausforderung für die USA ist der Iran. Er ist ein Bollwerk für Asien. Er stellt ein Hindernis dar, die sunnitische Front unter Kontrolle zu bringen, um über den Mittleren Osten unter Ausnutzung des sunnitischen Islam, der die Mehrheit darstellt, verfügen zu können. Der kurdische Widerstand hat den Kurs der USA, den sie in Paris festgelegt hatten, zu Änderungen bewegt: Wenn nicht mit Aggression, dann mit politischen Verhandlungen. Jedenfalls sollte Syrien etwas beruhigt werden, um den Fokus auf den Iran zu richten. Zudem ist Al-Sharâa wichtig für die Stärkung der sunnitisch-arabischen Front gegen die Schiiten im Irak und im Iran.

Daher wurde unter anderem in Syrien ein anderer Prozess gestartet, damit die USA zumindest ein bisschen mehr Ruhe

haben. Denn in Syrien verhandeln jetzt Vertreter der AANES mit der syrischen Übergangsregierung.

Offensichtlich wollen die USA den Iran zu einem Regimewechsel zwingen. Neben den diplomatischen Verhandlungen in Oman und Genf zeigen die USA dem Iran von Syrien und dem Irak aus auch ihre Drohhgebärden. Der Irak ist deshalb wichtig, da der Iran nach dem Verlust seiner Proxys in Syrien, im Jemen, im Libanon etc. im schiitischen Bruderstaat noch Kräfte hat. Es sieht so aus, als wollten die USA das System der Welâyat-e Faqîh (schiitische Statthalterschaft des Rechtsgelehrten), das gegenwärtig unter Chamenei das Zentrum und die Grundlage der nationalen Sicherheit des Iran ist, aufheben.

DIE 107-JÄHRIGE ERFAHRUNG MIT DER TÜRKEI IST GEPRÄGT VON VERFOLGUNG, UNTERDRÜCKUNG, ASSIMILATION UND ZERSTÖRUNG

Ohne Lösung der kurdischen Frage gibt es kaum eine Chance

Betrachten wir die türkische Außenpolitik, so können wir sagen, dass die Türkei in einem Glashaus sitzt. Ihre Priorität wird es sein, die Herausforderungen im Mittleren Osten, also in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, zu bewältigen. Ein Fazit aus der türkischen Expansionspolitik sollte sein, dass die Kurd:innen angesichts des Konkurrenzgefälles unter den Staaten auch die Chance haben, sich andere Partner zu suchen. Um dies zu verhindern, hatte Bahçeli 2025 mehrfach betont, dass die kommende Gefahr nicht von der Regierung ausgehe, sondern von der Existenz des türkischen Staates abhängig sei.

Dafür muss sie zunächst jedoch ihre innenpolitische Lage stabilisieren. Das bedeutet, dass sie die Kurd:innen entweder durch Hinhaltetaktik außer Gefecht setzen oder zumindest einige ihrer Forderungen anerkennen muss. Seit der Gründung der Kommission im Parlament am 5. August 2025 und dem Besuch von Abgeordneten der MHP, AKP und DEM bei Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı am 27. Februar 2025 hat die türkische Regierung keine nennenswerten Schritte unternommen. Der Prozess wird seitens der Türkei immer noch als »Terrorfreie Türkei« bezeichnet.

Der am 18. Februar öffentlich gemachte Bericht der Kommission für Nationale Solidarität, Brüderlichkeit und Demokratie wurde mit Spannung erwartet. Anstatt die Ursachen der kurdischen Frage in der Staatsführung zu suchen, wurden erneut die Folgen der Ursache erwähnt. Selbst das Problem beim Namen zu nennen, fehlte. In dem 107-seitigen Bericht kommt der Begriff »Terror« 114-mal vor, der Begriff »kurdisch« hingegen nur sechs Mal.

Anstatt einzuräumen, dass die Türkei einen aus der staatlichen Politik herrührenden kurdischen Problem hat, wurde wiederholt die terrorfreie Türkei betont. Es wurde erwartet, dass der Bericht die kurdische Frage nicht im Kontext des Terrorismus, sondern als politisches, kulturelles und gesellschaftliches Problem behandelt. Eine Frage, in der der Staat einem Volk das Recht auf Muttersprache verweigert. Kurzum, dass er dessen Existenz ignoriert, ja negiert.

Ein gravierender Mangel des Berichts war auch in Bezug auf Öcalan zu verzeichnen. Öcalan, der sich seit einem Jahr unter schwierigsten Bedingungen auf der Gefängnisinsel İmralı für Demokratie und Frieden einsetzt, wurde das Recht auf Hoffnung¹ nicht zugesprochen, obwohl dies eine Forderung des Ministerkomitees des Europarats ist. Dabei ist er de facto der Vermittler in diesem Prozess. Der Bericht weist an einigen Stellen auf die Notwendigkeit einiger geringer Gesetzesänderungen hin, ohne diese weiter auszuführen oder gar ihre Umsetzung zu beschreiben.

Angesichts des Berichts könnte behauptet werden, der Prozess, um den sich Öcalan seit dem 27. Februar 2025 bemüht, sei sinnlos. Aber den Habitus eines 107 Jahre alten Staates zu überwinden ist keine Sache von einem Jahr. Es bedarf Kampf und Geduld.

Zweite Phase des bisher namenlosen Prozesses in der Türkei

Trotz des mangelhaften Berichts und der Erfahrung mit dem für den 6. Januar geplanten Krieg, der in Aleppo begann, hat Öcalan die zweite Phase des Prozesses ausgerufen.

Am 16. Februar gab Prof. Mithat Sancar, Abgeordneter der DEM-Partei und Mitglied der DEM-İmralı-Delegation, in einem Interview mit Independent Turkey die Botschaften wieder, die Öcalan seiner Delegation nach dem letzten İmralı-Besuch mitgeteilt hatte: »Der Aufbau einer demokratischen Republik ist eine sehr wichtige und ernste Angelegenheit. Integration ist nur mit einer demokratischen Republik möglich. Wir sprechen davon, ein neues, langlebiges und fruchtbares Jahrhundert aufzubauen. Wir sprechen davon, nicht nur den Tag, sondern die Geschichte zu retten. Und das geht nicht ohne die Kurd:innen ... Die erste Phase ist noch nicht abgeschlossen, aber dennoch befinden wir uns nun in der zweiten Phase. Jetzt müssen wir die Architektur der zweiten Phase entwickeln«, sagte er. Er erklärte, die Grundlage dieser Architektur sei die Erklärung vom 27. Februar, die, wie Öcalan sagte, den Charakter eines politischen Programms habe. Öcalan füg-

te hinzu: »Ich werde meinen Teil dazu beitragen. Ich verfüge über die theoretischen und praktischen Fähigkeiten und Kräfte dazu. Aber es müssen auch die Möglichkeiten geschaffen werden, diese umzusetzen. Nicht für mich selbst, sondern für den Prozess, für die Lösung, damit wir die Architektur der zweiten Phase schaffen und vorankommen können.« Sancar fügte hinzu, dass sich die Kommunikations- und Arbeitsbedingungen für Öcalan als inhärentes Ergebnis des Prozesses verbessern müssten.

Öcalans Optimismus, trotz des staatlichen Habitus, ist nicht losgelöst von den innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten der Türkei zu betrachten.

Doch er ist sich auch des Einklangs zwischen ihm, seiner Bewegung und dem kurdischen Volk gewiss. Er ist sich sicher, dass in diesem Zusammenhalt der Schlüssel zur Lösung liegt. Mit dieser Sicherheit und Entschlossenheit setzt er sich für eine friedliche Lösung ein: konkret für die Integration der Kurd:innen in die Republik – allerdings nur unter der Voraussetzung der Demokratisierung des Staates. Offensichtlich ist der Staat nicht in der Lage, diese Veränderung allein umzusetzen. Daher versucht Öcalan mit seiner Bewegung, durch viele Kompromisse eine Vertrauensgrundlage zu schaffen. Das heißt, die erste Phase ist die vertrauensbildende Phase, die von rechtlichen kleinen Schritten begleitet wird und in die zweite Phase übergeht.

Doch auch Öcalan benötigt außenpolitische Unterstützung – die der Kurd:innen hat er ohnehin

Der Europarat hat der Türkei bis Juni 2026 Zeit gegeben, ihre Gesetzeslage in Bezug auf das Recht auf Hoffnung zu ändern. Wenn alle 46 Mitgliedstaaten – einschließlich der Bundesregierung – tatsächlich Interesse an der Demokratisierung der Türkei haben, würden sie dies unterstützen. Das würde Öcalan ermutigen, weitere mutige Schritte zu unternehmen.

Im Übrigen können alle Bürger:innen der Mitgliedstaaten des Europarats durchaus von ihrer Regierung fordern, dies zu unterstützen. Deren Außenminister sitzen schließlich im Ministerkomitee. Weltweite Kampagnen für die Freiheit Öcalans würden die kurdische Seite stärken, die wiederum viel stärker für die Demokratisierung der Türkei kämpfen würde. Eine demokratische Republik Türkei könnte den Anfang für mehr Stabilität und Sicherheit im Mittleren Osten machen. Zumindest wäre die türkische Außenpolitik friedlicher ausgerichtet.

¹ Das »Recht auf Hoffnung« bedeutet im juristischen Kontext, dass allen Gefangenen nach hohen Haftstrafen die Chance eingeräumt werden muss, das Gefängnis irgendwann lebend zu verlassen.

»Floreceremos« – Wir werden erblühen, denn sie können unsere Wurzeln nicht ausreißen!

Rückblick auf die Frauenkonferenz des Netzwerkes Women Weaving the Future in Bogotá, Kolumbien

Bericht einer Vertreterin vom Netzwerk Women Weaving the Future

Das Netzwerk Women Weaving the Future veranstaltete vom 11. bis 15. Februar gemeinsam mit indigenen Frauen und feministischen Bewegungen Abya Yalas (Südamerika) eine Konferenz in Bogota unter dem Slogan »Wir werden erblühen, denn der Krieg kann unsere Wurzeln nicht zerstören«. Über 400 Delegierte nahmen teil. Ziel der Konferenz war es, den Widerstand der indigenen Bevölkerung und den Kampf für die Freiheit der Frauen auf einer gemeinsamen Grundlage zu vereinen und Schritte für eine Zusammenarbeit zu entwickeln.

Das Zusammentreffen war eine regionale Fortsetzung der Weltfrauenkonferenzen des Netzwerkes, die 2018 in Frankfurt und 2022 in Berlin stattfanden. Bereits bei diesen beiden Konferenzen waren Delegierte und Einzelpersonen aus Abya Yala und dem gesamten Kontinent beteiligt. Während allerdings bisher die globale Ebene im Vordergrund stand, sollte die Konferenz in Bogota ihren Fokus auf die Realität Abya Yalas und der dortigen Bewegungen bzw. Gesellschaften legen. Die 400 Delegierten von Kollektiven, Organisationen und Bewegungen reisten aus zahlreichen Regionen an: Mexiko, Honduras, Guatemala, Haiti, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Brasilien, Bolivien, Peru, Chile, Argentinien und Uruguay sowie aus Kurdistan, Europa, der Türkei, Kanada und Australien. Viele kamen aus Regionen ihrer Länder, die sie auf Grund der kolonialen Realität der Staaten selbst anders benennen.

Warum eine regionale Konferenz?

Mit den zwei Weltfrauenkonferenzen 2018 und 2022 konnten bisher bestehende Verbindungen, die die Frauenbewegung Kurdistans mit anderen Frauenorganisationen aufgebaut hatte, vertieft werden. Gleichzeitig wurde klar, dass globale Konferenzen an Grenzen stoßen, denn die verschiedenen Lebens- und Widerstandsrealitäten der Frauen und Völker unterscheiden sich weltweit stark voneinander und es braucht unterschied-

liche Methoden, um Lösungen zu finden. Konferenzen sind Momente, in denen bereits Geschaffenes sichtbar wird. Im Alltäglichen und Praktischen finden die vielfältigen Bemühungen Frauen- und feministische Bewegungen stärker miteinander zu verweben, sie zu stärken und sie miteinander zu koordinieren statt. Auch deshalb braucht es eine globale, regionale und lokale Form der Annäherung. Die Konferenz in Bogotá ist daher als Konsequenz dieser Realität zu verstehen.

Das Netzwerk Women Weaving the Future ist initiiert von der Frauenbewegung Kurdistans und baut auf deren Erfahrungen, sowie den Erfahrungen feministischer Bewegungen und Frauenbewegungen weltweit auf. Ziel ist es, dieses Netzwerk dezentral und demokratisch gemeinsam mit weiteren Bewegungen, Kollektiven und Organisationen weiterzuentwickeln und dadurch die Verbindung und Koordination untereinander zu verbessern und zu vertiefen. Stärke und Flexibilität des Demokratischen Weltfrauenkonföderalismus ist dafür der Ausgangspunkt. Globale gemeinsame Antworten müssen verknüpft mit lokaler und regionaler Praxis entwickelt werden, um dem ebenso global wirksamen kapitalistischen Patriarchat etwas entgegengesetzt zu können.

Der fruchtbare Nährboden für diese Kämpfe in Abya Yala

Die Frauen- und feministischen Bewegungen Abya Yalas blicken zurück auf Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte intensiver Organisation. Organisation war und ist notwendig, um sich gegen Kolonialismus, Extraktivismus und daraus resultierende gesellschaftliche Probleme wie Feminizide, Verschwinden-Lassen, Bandenkriminalität und Drogenhandel zu wehren. Frauen sind auch hier, wie anderswo, die treibende Kraft gesellschaftlicher Veränderung und revolutionärer Ansätze.

Untrennbar sind in Abya Yala zudem Kämpfe um den Körper der Frau und das Land miteinander verbunden: »Wir sind



Die Frauenkonferenz in Bogota brachte über 400 Delegierte unter dem Motto »Wir werden erblühen, denn der Krieg kann unsere Wurzeln nicht zerstören« zusammen. Foto: Archiv

heute hier, um Mutter Erde zu verteidigen. Dafür ist autonome Organisation als Frauen notwendig, denn es geht auch um das Territorium unserer Körper. Nur wenn wir unsere Körper verteidigen, können wir auch Mutter Erde verteidigen«, so Lourdes von der Organisation Fenmucarina¹ (Peru) auf einem Podium der Konferenz zum Thema »Autonome Organisation als Grundprinzip«. Sie drückt damit auch die Einheit der Frauen mit ihrer Gesellschaft und die Entschlossenheit, sich auf den Kampf für die Freiheit der Frau und die Freiheit des Volkes einzulassen, aus. Ähnlich versteht es auch Nadia Umaña, vom Congreso de los Pueblos² in der Region Cauca (Kolumbien), die von einer erfolgreichen Landbesetzung berichtete: »Das Land, das wir uns heute zurücknehmen, wird morgen die Grundlage für unseren Kampf und unsere Autonomie sein. Nähren wir also weiterhin die Samen unseres Widerstandes.«

Die Erfahrungen aus Protesten für das Recht auf Abtreibung in Argentinien, die verschiedenen indigenen Kämpfe gegen Kolonialismus, Kämpfe gegen Feminizide in Mexiko, Argenti-

nien, Kolumbien und weiteren Regionen haben den Nährboden für eine lebendige und kämpferische Frauen- und feministische Bewegung geschaffen, auf deren Erbe diese Konferenz nun aufbauen konnte. Verbindungen mit dem Kampf des kurdischen Volkes um Existenz und Freiheit konnten auf dieser Konferenz als ein lebendiges Band geflochten werden. Direkte Begegnungen, gegenseitiges Verstehen und das Erkennen von gemeinsamen Erfahrungen im Kämpfen und im Entwickeln von Perspektiven, können als Grundlage für Begegnungen und das Schaffen neuer Verbindungen mit weiteren Frauenbewegungen dienen.

Das Erbe dieser Kämpfe und der Völker Abya Yalas wurde auch in den zahlreichen künstlerischen Beiträgen und Ritualen sichtbar. Avelina Rochel aus Ecuador, die im Namen von CONAIE³ sprach und eine spirituelle Autorität ihres Volkes ist, nahm darauf Bezug: »Solche Zusammenkünfte können nicht ausschließlich aus gesprochenen Worten bestehen. Unsere Großmütter haben uns gesagt, dass wir Herz und Verstand miteinander verbinden müssen. Daher brauchen wir auch hier verschiedene Methoden, die wir anwenden. Unser Kampf muss verschiedene Farben ermöglichen und Schritt für Schritt vorangehen.«

1 Fenmucarina - Federación Nacional de Mujeres Campesinas, Artesanas, Indígenas, Nativas y Asalariadas del Perú (deutsch: Nationale Föderation der bäuerlichen, handwerklichen, indigenen, einheimischen und lohnabhängig arbeitenden Frauen Perus) ist eine landesweite Organisation von Frauen aus ländlichen und indigenen Gemeinschaften in Peru, die sich für Frauenrechte, Landrechte, Ernährungssouveränität und soziale Gerechtigkeit einsetzt

2 Der Congreso de los Pueblos (deutsch: Kongress der Völker) ist eine breite soziale Bewegung in Cauca im Südwesten von Kolumbien

3 CONAIE - Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (deutsch: Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors) ist ein Dachverband indigener Organisationen in Ecuador.

Vier Tage intensiver Diskussionen und Begegnungen

Mehrere Jahre lang hat die Frauenbewegung Kurdistans und das Netzwerk Women Weaving the Future Vertrauen mit Bewegungen in Abya Yala aufgebaut. So war auch die Konferenz ein Ergebnis gemeinsamer Diskussionen mit diesen Organisationen und Bewegungen, die auf einem einwöchigen Camp im Sommer 2025 konkretisiert wurden. Auf diesen Diskussionen aufbauend, wurde das Programm und die Ausrichtung festgelegt und gestaltet. Die Ergebnisse dieser Mühen wurden auch durch das große und breite Interesse an der Konferenz sichtbar.

Auf der Konferenz wurden inhaltlich sowohl »Kolonialpolitik und Angriffe in Abya Yala als auch die verschiedenen Widerstände und Kämpfe um die Verteidigung des Landes, der Körper von Frauen, der Völker und des freiheitlichen Lebens diskutiert. Atahualpa Sophia von El Salto de la Vida⁴ lebt in Jalisco in Mexiko, einer Region, in der zahlreiche Unternehmen wie Honda, Amazon und andere große Konzerne Produktionsstätten errichtet haben, die die Natur massiv verschmutzen, insbesondere den Fluss der Region. Die Bevölkerung leidet unter Krankheiten, viele Menschen sind bereits an den Folgen von Kontamination gestorben. Es ist nur ein Beispiel, von denen es in Abya Yala und darüber hinaus zahlreiche gibt. Sie sagte: »Ich möchte all unseren Freund:innen danken, die es uns ermöglichen, weiterhin auf unseren eigenen Beinen zu stehen. Danke, dass ihr uns glaubt, was in unserer Region passiert. Es ist wichtig, dass wir schnell darüber sprechen, denn die Zeit drängt. Unser Fluss war unser Leben, unser Wasser die Quelle unseres Daseins. Heute ist dieser Fluss vergewaltigt worden. Er ist kaum noch am Leben. All das für den Profit einiger Unternehmen wie Honda, Amazon und anderer.«

Dengir Güneş von der kurdischen Frauenbewegung berichtete von der Geschichte der Freiheitsbewegung Kurdistans, die sich von Anfang an auf die Stärke des eigenen Volkes gestützt hat: »Wir waren gezwungen, einen Kampf zu entwickeln, der sich gegen koloniale Interessen richtet.« Ein zentrales Element in der Analyse der Situation des kurdischen Volkes sei dabei die Realität der Frau und ihrer Rolle in der Gesellschaft gewesen. Aus diesem Grund sei die Autonomie der Frau zu einem fundamentalen Prinzip geworden, das wiederum auch ein besseres Verständnis der Rolle des Mannes ermöglicht habe. »Mit diesem Ansatz haben wir erreicht, als Freiheitsbewegung vom Volk akzeptiert zu werden. Diesen Kampf führen wir allerdings nicht nur für uns, sondern für alle Frauen weltweit.« (Güneş)

Immer wieder gelang es, Brücken zwischen den Realitäten der verschiedenen Gesellschaften Abya Yalas zu bauen und auch die

globale Dimension von kapitalistischer bzw. kolonialer Ausbeutung sichtbar zu machen, z.B. die Gemeinsamkeiten mit Kurdistan und anderen kolonialisierten Regionen.

Die Farbe der Frauen im Widerstand

Die Realität Rojawas und die Erfahrungen der Gesellschaft vor Ort wurden von Bêrivan Xalid im Namen von Kongra Star geschildert: »Ich möchte euch die Realität Rojawas und unsere Organisation als Frauen bei Kongra Star näherbringen. Wir sind aus einer Kriegsrealität heraus hierher angereist.« Dass in Rojava Frauengesetze verabschiedet wurden und Frauen in allen Bereichen des Lebens und auf allen Ebenen der Organisation vertreten seien, bezeichnete sie als großen Erfolg des dortigen Kampfes. Xalid äußerte den Wunsch, dass Frauen auf der ganzen Welt die Errungenschaften Rojawas sehen und anerkennen: »Wir hoffen, dass die ganze Welt, dass Frauen überall, erkennen: Die Erfolge, die wir in Rojava erreicht haben, sind die Erfolge aller Frauen. Wir Frauen müssen uns verteidigen, wir müssen unser eigenes Selbstverteidigungssystem aufbauen. Unsere Botschaft an die Welt ist: Wir werden unseren Kampf fortführen!« Dies wurde in den Diskussionen der Konferenz immer wieder eingebracht, diskutiert und dabei festgestellt, dass Frauen diejenigen sind, die die Kraft in sich tragen, die Entfernung zwischen Kontinenten zu überwinden und sich gegenseitig zu verstehen, da sie überall ähnliche Gewalterfahrungen machen.

Es wurde deutlich, dass ein mit dem Land verbundenes Leben dazu beiträgt, freiheitliche Werte ins Leben zu integrieren, um diese zu verteidigen. Vertreterinnen indigener Völker Abya Yalas, die Vertreterinnen der Frauenbewegung Kurdistans als auch Sleydo', vom Volk der Wet'suwet'en⁵ aus einem Teil des Gebietes, das heute als Kanada bezeichnet wird, vertraten diese Haltung. Sleydo' formulierte es so: »Wir sind das Land und das Land ist wir« sei für sie und ihr Volk keine Metapher, sondern gelebte Realität. Der Staat werde als Besatzungsmacht wahrgenommen. Die traditionelle Organisation ihres Volkes sei antikolonial, antipatriarchal und jenseits staatlicher Logik. Dies bilde deshalb zugleich die Grundlage für das gesellschaftliche Leben wie für den Widerstand. »Frauen sind diejenigen, die Leben erschaffen, diejenigen, die das Wasser des Lebens in sich tragen.«, erklärte sie. Daraus ergebe sich ihre besondere Rolle im gesellschaftlichen Gefüge und im Widerstand.

Es herrschte Übereinstimmung in der Frage, dass Staaten zur Unterdrückung beitragen und sie multiplizieren. Daher müssen Lösungen außerhalb des staatlichen Systems gefunden werden.

⁴ El Salto de la Vida (deutsch: Der Sprung ins Leben) ist eine Organisation die sich gegen massive Umweltverschmutzung in der Region Jalisco, Mexico durch Unternehmen wie u.a. Honda, Amazon richtet

⁵ Die Wetsuwet'en sind ein indigenes Volk der First Nations in British Columbia, Kanada, mit einer mindestens 6000 Jahre alten Kulturgeschichte. Ihr traditionelles Territorium erstreckt sich über mehr als 8000 Quadratmeilen entlang des Bulkley River und der umliegenden Gebiete.



Teilnehmer:innen der Frauenkonferenz in Bogota. Foto: Archiv

Perspektiven des Frühlings der Frauen und der Völker

Die Konferenz bot Vertreterinnen von Völkern, Gruppen, Organisationen und Bewegungen, aber auch für Akademikerinnen und Revolutionärinnen als Einzelpersonen die Möglichkeit sich in Abya Yala zu treffen und zu diskutieren. Begegnungen zwischen den Kämpfen der Frauen Kurdistans (und der kurdischen Diaspora) und indigener Völker aus dem Norden des amerikanischen Kontinents wurden möglich. Viele der Organisationen sind es nicht gewohnt, sich untereinander zu koordinieren und nicht alle Länder bzw. Regionen sind intensiv miteinander vernetzt oder wissen übereinander Bescheid.

Im ersten Entwurf der Abschlusserklärung steht: »Auf unserer Konferenz haben wir gehört, wie der brutale Kapitalismus unsere Körper, unsere Berge, Flüsse und Wälder zerstört hat. Wir haben unsere Entschlossenheit bekundet, den systematischen Kreislauf des Kolonialismus zu durchbrechen.« Weiter heißt es, der Konföderalismus aus Kurdistan stärke die Prozesse in vielen Ländern und eröffne neue Wege gemeinsamer Organisation: »Wir sind entschlossen, Widerstand zu leisten, zu leben und unsere Kräfte zu organisieren.«

Dabei wird es wichtig sein, die unterschiedlichen Realitäten des Kontinents stärker für die Entwicklung bzw. die Ausrichtung der zukünftigen Aufbauarbeiten im Sinne des Demokratischen Weltfrauenkonföderalismus einzubeziehen und sich auf Geschichte, Erbe und Kultur dieser Kämpfe einzulassen. Darauf aufbauend müssen entsprechende Methoden entwickelt

werden. Der Entwurf betont außerdem die »Dringlichkeit eines weltweiten Austauschs der Frauen, um dem patriarchalischen, extraktivistischen, kolonialistischen, kapitalistischen und völkermörderischen Krieg entgegenzutreten«. Daher sei es ausschlaggebend und dringend notwendig, die gemeinsame Organisation zu beschleunigen.

Welche Schritte nun anstehen, um die Kämpfe der Frauen in Abya Yala zu stärken, sich miteinander zu vernetzen und die Koordinierung der Kämpfe voranzutreiben, wird mit den jeweiligen Kontexten und Organisationen gemeinsam entwickelt werden. Verantwortung dafür wird das Netzwerk Women Weaving the Future übernehmen und darin auch Erfahrungen für ähnliche Entwicklungen in anderen Regionen der Welt sammeln. Wichtig wird es sein, auf den Erfahrungen aufzubauen und eine eigene Dynamik als Frauen des Kontinents zu entwickeln und die Verbindung mit Frauen- und feministischen Kämpfen in Kurdistan und darüber hinaus zu schaffen. Die zwischenmenschlichen und kulturellen Begegnungen, die gemeinsam gelebten Rituale, die Podiumsdiskussionen und auch die Abschlusserklärung spiegelten die Entschlossenheit der Frauen wider.

»Wir erkennen an, dass wir Völker und politische Prozesse mit einem kollektiven Gedächtnis sind, und wir wissen, dass es wichtig ist, dieses gemeinsame Gedächtnis des Kampfes der Frauen und unseres Widerstands weiter zu nähren.« (Aus dem verlesenen Entwurf der Abschlusserklärung)



Mit ausführlichen Zitaten aus ihrem Bericht über den Kampf in Kobanê:

Şehîd Sorxwîn – eine Freundin, ein Vorbild, eine Kommandantin

Gisela Rhein, Redaktion

Im Herbst 2014 machte sich eine Gruppe von Guerilla-KämpferInnen aus der Türkei auf den Weg in die Stadt Kobanê, die umzingelt vom IS um ihre Existenz kämpfte. Hier sollte der IS im Januar 2015 seine erste große Niederlage erleben. Unter ihnen war Sorxwîn Rojhilat.

»Unsere Gruppe, die die Grenze überwinden wollte, war eine sehr große Gruppe von FreundInnen. Ein Konvoi türkischer Soldaten, ca. 50-60 Männer, bewegte sich gleichzeitig mit uns auf die Grenze zu und wir erreichten auch gleichzeitig den Maschendrahtzaun. Dort stießen wir aufeinander. Wir waren unbewaffnet, standen sozusagen mit leeren Händen da. Wir versuchten alle gemeinsam den Nato-Stacheldraht anzuheben. Nato-Stacheldraht hat rasiermesserscharfe Metallteile und die meisten der FreundInnen blieben darin hängen. Ein türkischer Soldat meinte zu mir: »Geh ruhig weiter hinüber. Du wirst so oder so sterben.« In diesem Moment verstand ich, dass dieser Krieg nicht nur ein Komplott des IS war, um die Stadt einzunehmen. Die Schläge und die Beleidigungen der türkischen Soldaten waren die Fortsetzung des internationalen Komplotts. Der IS mag die Angriffe begonnen haben, aber diese Angriffe dürfen nicht getrennt vom Komplott gegen Abdullah Öcalan 1999 gesehen werden. [...] Der Lärm von Panzern, Kalaschnikows und Mörsergranaten war allgegenwärtig. Man wusste nicht mehr, ob man kriechen, sich ducken oder aufrecht gehen sollte, denn er war überall. Die Kugeln kamen von allen Seiten und der Himmel stand in Flammen, ein Feuer aus Blitzen. Das war die Situation bei unserer Ankunft in Kobanê in der Nacht. Weil es sehr dunkel war, konnten wir die Freund:innen, die uns abholten, nicht erkennen. Sie brachten uns mit dem Auto zu einem Ort mitten im Krieg: Hier ist Kobanê, ihr seid angekommen.«

Eine rebellische, widerstandsfähige und verantwortungsbewusste Persönlichkeit

Sorxwîn Rojhilat wurde 1985 in Rojhilat in der Stadt Mako (Ostkurdistan) im Iran geboren. In ihrem Dorf und ihrer Familie war der Widerstand ein Teil des Lebens und der Erzählungen aus der Vergangenheit. Sie wuchs ganz selbstverständ-

lich in enger Verbindung mit ihrem Land und ihrer Kultur auf. Schon als Kind und Jugendliche arbeitete sie u.a. als Kurrierin für die Guerilla der kurdischen Freiheitsbewegung im Iran. Ihre Familie beschreibt sie als rebellische, widerstandsfähige und verantwortungsbewusste Persönlichkeit. Bevor sie sich eine Meinung bildete, wollte sie diskutieren und lernen. Einfach die Meinung anderer zu übernehmen, ohne sie zu hinterfragen, widerstrebte ihr. Mit anderen Menschen in Kontakt zu treten fiel ihr leicht. Viele Menschen suchten ihre Nähe und das Gespräch mit ihr. Und immer wurde sie getragen von der Liebe und der Akzeptanz ihrer Familie. Mit 21 Jahren schloss sie sich 2006 der kurdischen Freiheitsbewegung an und wurde 7 Jahre nach der Entführung Abullah Öcalans Mitglied der PKK¹. Abdullah Öcalan als Person, sein Denken und Schreiben stellten eine starke Orientierung für sie dar. Der Geist der PKK, der Geist der Hevaltî² trugen und motivierten sie. Sie strahlte ihn aus auf die Menschen ihrer Umgebung.

Sorxwîn erzählt weiter über ihre Zeit in Kobanê: »Ich erinnere mich auch an Heval Xwînda. Sie kam aus Kobanê und war bei der YPJ³. Sie kam zu unserem Platz, nachdem Heval Çekdar gegangen war und einen verwundeten Freund bei uns gelassen hatte. Es war schon dunkel. Der verwundete Freund hieß Heval Rojhat Koçer und gehörte zu der Gruppe, mit der ich gekommen war. Seine Schulter war verletzt. Heval Xwînda war nicht älter als 18 Jahre. Sie erzählte uns, dass ihr Freund verwundet und ins Krankenhaus gebracht wurde. Sie sprach nicht viel, blieb ruhig und stark. Auf ihrem Rücken trug sie eine Tasche mit zwei Munitionsketten für das schwere Maschinengewehr (BKC), jede Menge Granaten und einige Magazine für die Kalaschnikow. Ich war sehr beeindruckt. Es war eine so schwere Tasche, dass ich sie nicht einmal heben konnte, und die Freundin hatte sie sich einfach auf den Rücken geschnallt. Sie trank etwas Wasser und ging zurück zu ihrer Stellung. Ich fragte sie: »Warum gehst du allein, wenn es schon dunkel ist?« Sie sagte nur, dass neue KameradInnen, die Kobanê nicht ken-

1 Arbeiterpartei Kurdistans

2 Kurdischer Begriff für Freundschaft. Im Kontext der kurdischen Befreiungsbewegung drückt der Begriff eine tiefe Freundschaft, gemeinsamen Widerstand, Selbstlosigkeit und Solidarität aus.

3 Frauenverteidigungskräfte in Rojava

nen, aus den Bergen gekommen seien. Sie musste zurückgehen, denn sie war die Einzige in ihrer Gruppe, die die Straßen und Häuser von Kobanê gut kannte. Sie setzte sich hin, um ihr Bein zu behandeln und ich sah, dass sie verwundet war. Es war eine offene, infizierte Blutwunde. Sie säuberte sie, verband sie und trug dann die schweren Rucksäcke und das Essen hin und her. Man konnte diesen ganz besonderen Geist der Kameradschaft, der Hevaltî spüren.«

Kampf und Erfahrung in Botan

Wenige Jahre nach ihrem Beitritt zur PKK kam Sorxwîn als Kämpferin zur YJA-Star⁴ nach Nordkurdistan (Bakûr) in die Region Botan. Als sie ankam wurde dort heftig gekämpft. Die Angriffe des Feindes, der türkischen Armee, waren auf ihrem Höhepunkt. Als Befehlshaberin in Botan war sie eine Pionierin. Ihre große Erfahrung als Guerillakämpferin half ihr gemeinsam mit ihrer Gruppe von Kämpferinnen erfolgreiche militärische Taktiken zu entwickeln. Sie selbst nahm an den gefährlichsten Operationen teil und kehrte erst zurück, wenn sie ihr Ziel erreicht hatte. Ihre Fähigkeit mit Menschen in Kontakt zu kommen, sie ernst zu nehmen und ihnen Interesse entgegenzubringen, machte sie bei den Menschen der Region und den KämpferInnen ihrer Einheit beliebt. Mit ihrem Führungsstil und ihrem Verhalten hatte sie großen Einfluss auf die Menschen. Sie war für viele ein Vorbild. Ihre Moral und Kraft übertrug sich auf die Menschen um sie herum. Ob hier in Botan, später als Kämpferin in Kobanê oder danach in ganz Rojava als Mitglied der Organisation der Kriegsverletzten (Gazi-Föderation) war sie immer bereit Verantwortung zu tragen.

Auch als Kommandantin in Kobanê prägten ihr Verantwortungsgefühl und ihr tiefes Verständnis für Hevaltî ihr Handeln und ihren Kampf gegen den IS. Dort in dieser umkämpften Stadt musste sie kreativ neue Kampfaktiken entwickeln um Ihre KameradInnen zu schützen und gegen die militärisch hoch gerüsteten IS-Schergen erfolgreich Widerstand zu leisten. In Kobanê traf sie viele KameradInnen der letzten Jahre wieder und sah viele von ihnen fallen.

»Früh am Morgen sah ich einen Freund aus einer anderen Gruppe zu mir kommen. Es war Şehîd Gelhat. Er hatte von der Ankunft unserer Gruppe, der Gruppe vom Cudî-Berg, gehört. Wir kannten uns beide aus der Cudî-Region. Dort waren wir beide KommandantInnen. Ich war für eine kleine Gruppe zuständig und er war der Kommandant der gesamten Region. Wir waren lange Zeit gemeinsam in der Cudî-Region verantwortlich. Er kam nur ein paar Tage vor uns nach Kobanê. Er fragte mich, wen ich mitgebracht hätte. Er stand noch an der Tür, mit Schuhen an den Füßen und machte sich in Tür-

kisch über mich lustig, weil ich in Zivil gekommen war. Er gab mir den Rat: »Hevala Sorxwîn, verteidige dich drei Tage lang. Wenn du in diesen drei Tagen nicht Şehîd fällst, dann hast du die Taktik und den Auftrag hier gelernt und weißt, wie wir uns bewegen müssen, wie der Feind angreift und so weiter. Und wenn du das verstanden hast, wirst du nicht mehr Şehîd fallen. Du musst dich nur die ersten drei Tage gut verteidigen.« Hevala Melsa sagte mir das Gleiche: »Du musst drei Tage lang durchhalten, dann hast du es gelernt.« [...] Zu diesem Zeitpunkt verstand ich, was das im Krieg bedeutet: Man wird als neue Kommandantin an die Front geschickt und lernt dort eine wirkliche Kommandantin zu werden. Das hatte mir vorher niemand gesagt. Ich wusste nicht, wie der IS vorgeht, wie sie kämpfen, von wo aus sie angreifen und mit welchen Mitteln, von welcher Seite sie kommen und so weiter. Was ist die Methode des Feindes? Was ist sein taktischer Ansatz? Wie greift er an?«

Die Verletzung oder der Tod jeder Kameradin, jedes Kameraden gingen ihr sehr nahe. Gleichzeitig wollte sie die Kraft dieser Menschen weitertragen und stellvertretend für die gefallenen FreundInnen weiterkämpfen.

Kampf um Kobanê

»Ich war für eine Gruppe verantwortlich und Heval Gelhat für die Gruppe mit dem Bagger, wir kämpften also Seite an Seite. Vor uns war eine Straße zu sehen, über die eine Taube flog. Der Scharfschütze schoss auf sie und sie fiel vor unseren Augen zu Boden. Die Scharfschützen von Daesh⁵ waren wirklich sehr gut ausgebildet. Ich rief Heval Gelhat an und sagte ihm erneut, dass seine Deckung viel zu schlecht sei. Dreimal hatte ich ihn schon aufgefordert seine Position zu ändern. Als ich ihm von der Taube erzählte, lachte er nur. Aber als der Krieg immer schwerer wurde und immer mehr Freunde starben oder verwundet wurden, sank seine Moral. Heval Zarîn war vor uns auf dem Dach eines Hauses in Stellung und geriet ins Kreuzfeuer der Scharfschützen, nachdem sie ein paar Mal auf Daesh gezielt hatte. Ihr Fehler war, dass sie ihre Position nicht geändert hatte und ihr Haar durch das Loch, durch das sie zielte, gut sichtbar war. Das machte sie zur Zielscheibe. Ich sah, wie der Scharfschütze von Daesh dreimal schoss. Einmal links, einmal rechts vom Loch und das letzte Mal direkt auf sie.«

Kurz bevor sich der IS geschlagen geben musste und der Sieg schon greifbar nahe war, traf eine Splitterbombe der Terrororganisation ihren Stützpunkt. Şorxwîn Rojilat wurde schwer verletzt: »Ein Geschoss flog direkt über uns hinweg, wie ein Feuerball kam es auf uns zu. Alles um mich herum brannte und ich fiel auf den Boden. Ich lag auf dem Rücken, gegenüber

⁴ Fraueneinheiten der Guerilla der kurdischen Freiheitsbewegung

⁵ Abfälliger arabischer Begriff für IS

von uns befand sich Heval Hamza und ich sah, wie er direkt auf mich zu lief als er mich fallen sah. Er trug mich und die anderen hinaus. Dann erinnere ich mich nur noch daran, dass ich etwas Weiches fühlte, aber ich hatte die Augen verbunden und spürte nur, wie ich bewegt und von einem Ort zum anderen gebracht wurde. [...] Der Arzt stellte fest, dass ich wach war und sagte: »Als man dich unter den Verwundeten zu uns brachte, dachten wir, dass von dir nichts mehr übrig ist, was nicht verletzt ist. Wir sagten uns, sie ist eine Frau, wie soll sie mit diesem Aussehen leben. Selbst wenn wir sie behandeln, wie soll sie ihr Leben weiterführen?« Also entschieden sie sich dafür, mich sterben zu lassen, denn ich blutete so stark und sie beschlossen, die anderen zuerst zu retten.«

Aber Kommandantin Sorxwîns Kraft und Lebenswille war stärker als der Tod. Sie überlebte und kämpfte sich zurück ins Leben.

Befreiung

»Dann kam der Tag, an dem wir die Befreiung von Kobanê verkündeten. Dieser Tag, ich weiß gar nicht, wie ich ihn beschreiben soll. Diese große Freude und Aufregung, die dieser Tag wirklich mit sich brachte, war und ist unbeschreiblich. Auf der einen Seite explodierte mein Herz vor Freude. Auf der anderen Seite waren meine Augen voller Tränen, die nicht aufhören wollten zu fließen. Eines meiner Augen bestand nur noch aus einer tiefen Wunde. Gleichzeitig schlug mein Herz so stark vor Liebe zur Befreiung und zum anderen an die Erinnerung an all die FreundInnen, die in der Schlacht gefallen waren. Und auch für die Menschen, die geflohen waren und zurückkamen, um die Ruinen wieder aufzubauen. Alles kam zusammen: die große Freude und der große Schmerz über den Verlust der FreundInnen. Ich weinte furchtbar. Wegen der Wunde flossen keine Tränen, nur Blut.«

Ihre Selbstdisziplin und ihre Liebe zum Leben und zu den Menschen halfen Sorxwîn, weiter ein aktiver Mensch in der Gemeinschaft zu bleiben. Sie ließ sich ihre Angst um das ihr noch verbliebenen Augenlicht und die Schmerzen, die die vielen Splitter in ihrem Körper verursachten, nicht anmerken. Sehr aufrecht und aufmerksam ging sie durchs Leben und übernahm Verantwortung als Ko-Vorsitzende der Organisation der Kriegsverletzten und auch weiterhin als Kommandantin der YPJ in Rojava. Unermüdlich war sie in der Region unterwegs, um nach dem Wohlbefinden verletzter FreundInnen zu sehen und Notwendiges auch unter den Bedingungen ständigen Mangels zu organisieren. Aber vor allem gab ihre Anwesenheit, ihre Aufmerksamkeit und ihr Gespür für die Bedürfnisse der Menschen den Verwundeten Kraft und motivierte sie, Probleme nicht als unüberwindlich zu betrachten. Ihre Ankunft an einem Ort löste stets große Willkommensfreude aus. Ihr wur-



den Respekt und Liebe entgegengebracht. Und nach ihrer Abfahrt konnten alle sofort die Lücke spüren, die sie hinterließ.

Menschen wie Sorxwîn Rojhilat werden von der Türkei zu Feinden erklärt. Sie wusste, dass sie auf der Liste der zu tötenen Personen stand. Am 11. Februar 2024 traf sie beim Verlassen des Verwaltungsgebäudes der Organisation der Kriegsverletzten in Qamişlo die Rakete einer türkischen Drohne. Gemeinsam mit der Freundin Azadî fiel sie an diesem Tag – neun Jahre nach dem Sieg in Kobanê. Genau dort liegt Şehîd Sorxwîn jetzt auf dem Friedhof der Gefallenen der Revolution begraben.

Heute muss sich Kobanê wieder gegen die Bedrohung aus der Türkei und Umzingelung der Regierungstruppen der islamistischen Übergangsregierung in Damaskus wehren. Strom, Wasser, Lebensmittel und Medikamente fehlen. Aber die Menschen in dieser zum Symbol des Widerstands gewordenen Stadt geben nicht auf. Sie organisieren sich, sie sind bereit für ihre Freiheit zu kämpfen. Hier schließt sich der Bogen zum Kampf von Şehîd Sorxwîn, einer Revolutionärin, die ihre Verantwortung gegenüber den Menschen tief in sich trug. Die Menschen, die sie kannten, liebten und respektierten tragen ihren Kampf und ihre Ziele weiter.



Eine kurze Geschichte der internationalen Solidarität

Vom Kommunistischen Manifest bis heute

Tim Krüger, Journalist

In seinem Text gibt Tim Krüger einen kurzen Überblick über den Beginn und die Entwicklung der organisierten internationalen Solidarität und begründet die veränderte Ausgangsposition für eine neue Internationale.

»Proletarier aller Länder vereinigt euch!« Dieser berühmte Satz, geschrieben von Karl Marx und Friedrich Engels am Schluss des Manifests der Kommunistischen Partei gilt wie kaum ein anderer als fundamentale Losung des revolutionären Internationalismus. Veröffentlicht in den ersten Monaten des stürmischen Jahres 1848, wurde das Kommunistische Manifest zum offiziellen Programm der ersten revolutionären Organisation mit internationalem Anspruch der Neuzeit, dem »Bund der Kommunisten«. Der bereits im Jahr zuvor in London gegründete Geheimbund bestand zwar nur einige wenige Jahre und musste aufgrund des Drucks der Repressionsbehörden in den deutschen Staaten bereits 1852 wieder aufgelöst werden. Er markiert jedoch den Beginn einer neuen Epoche in den weltweiten Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die in den Jahrzehnten zuvor entstandene Arbeiterbewegung erhielt mit dem Kommunistischen Manifest erste grobe strategische Leitlinien und ein eigenes klar formuliertes Programm.

Die Anfänge der Arbeiterbewegung

In den Anfängen der Arbeiterbewegung herrschte keine klare Vorstellung davon, wie eine andere Gesellschaft aussehen könnte und damit verbunden auch nicht über den Weg dorthin. Die unerträglichen Zustände der industriellen kapitalistischen Produktionsweise führten zum Zusammenschluss der ArbeiterInnen und im Vordergrund stand der tägliche ökonomische Kampf und die Verbesserungen der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse. Auch wenn bereits erste Ansätze gewerkschaftlicher Selbstorganisation in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, mangelte es an politischen Organisationen, die in der Lage gewesen wären den Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals langfristig und strategisch zu führen. Marx und Engels versuchten mit ihrem Manifest diesen

Mangel zu beheben. In ihren Analysen differenzierten sie zwischen der Rolle des Welthandels und der Rolle des Nationalstaates: Der Welthandel überschreitet alle nationalen Grenzen, während die politisch-juristische Struktur des Nationalstaates der herrschenden Klasse jeden Landes günstige Produktionsbedingungen zu sichern hat. Der Kapitalismus kann selbst nur als weltumspannendes System in seiner Form existieren.

Auch wenn – so schreiben sie im Kommunistischen Manifest – der Kampf der Arbeiterklasse gegen die jeweilige Bourgeoisie ihres eigenen Landes zuerst im nationalen Rahmen stattfinden wird, »das Proletariat eines jeden Landes [...] zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden«¹ muss, so kann langfristig nur die Kampfgemeinschaft aller Unterdrückten und Ausgebeuteten weltweit, die Überwindung der kapitalistischen Ordnung garantieren. Die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder haben dabei mehr miteinander gemeinsam, als sie mit den Besitzenden ihrer jeweiligen Heimatländer verbindet. Während der Internationalismus gegen den vor allem auf dem europäischen Kontinent immer stärker werdenden Nationalismus die gemeinsame Identität der arbeitenden Klassen aller Länder betont, ist er mehr als ein abstraktes Menschheitsideal. Im Bewusstsein darüber, dass die herrschende Klasse auf der anderen Seite sich ihrer gesellschaftlichen Stellung bewusst ist, entsprechend handelt und sich im internationalen Maßstab organisiert, muss auch der Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten im internationalen Maßstab organisiert und koordiniert werden.

Von Beginn an war der Internationalismus also nicht nur als individuelle Haltung und Prinzip gedacht, sondern immer auch als Aufruf für eine gemeinsamen Organisation über alle Grenzen hinweg. Dass diese Organisation, den Herrschenden ein Dorn im Auge sein würde, musste der Bund der Kommunisten bereits 1852 schmerzlich erfahren, als im Rahmen des so genannten »Kölner Kommunistenprozesses« führende Mitglieder der Organisation zu Haftstrafen verurteilt wurden. Um weitere Repressionen ins Leere laufen zu lassen, beschloss die Organisation ihre Selbstaflösung. Doch die Anstrengungen

¹ Manifest der Kommunistischen Partei, Karl Marx und Friedrich Engels, 1848

von der Ebene der Solidaritätsbekundungen und des sporadischen Austauschs zwischen den Sozialistinnen und Sozialisten unterschiedlicher Ländern zu einer wirklich organisierten Einheit zu gelangen, gingen weiter. Sie trugen Früchte, als im Jahre 1864 die Internationale Arbeiter Assoziation IAA (besser bekannt unter ihrem späteren Beinamen Erste Internationale) gegründet wurde. Anders als der Bund der Kommunisten mit wenigen hundert Mitgliedern, vereinigte die IAA zum ersten Mal in der Geschichte Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern aus den industriell entwickelten Ländern der Welt unter dem Dach einer Organisation.

Die Erste Internationale

Die Grundlage der IAA war nicht eine ideologischer Einheit. In ihr versammelten sich zahlreiche Strömungen der sozialistischen Bewegung, vom Anarchismus bis zum Kommunismus, von reformorientierten Sozialisten bis hin zu radikalen umstürzlerischen Flügeln der Bewegung. Die gemeinsame Klammer, die alles zusammenhielt, war die Gegnerschaft zur kapitalistischen Ordnung und der gemeinsame Einsatz für die Emanzipation der Arbeiterklasse. Dabei wurde die Internationale immer wieder von heftigen Auseinandersetzungen erschüttert, zum Beispiel in der Frauenfrage. In diesem Punkt konnte sich die Internationale zu keiner gemeinsamen Position zum Frauenwahlrecht und zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Geschlechter durchringen. Doch der entscheidende Konflikt, welcher die Internationale spalten sollte, entbrannte an der Frage des Scheiterns, des bis dahin für die sozialistische Bewegung wichtigsten Revolutionsversuches, der Pariser Kommune von 1871.

Während Marx und Engels nach der blutigen Niederschlagung der »Himmelstürmer von Paris« (Marx) den entscheidenden Fehler unter anderem im zu zögerlichen Vorgehen der Kommunisten im Kampf gegen die Kräfte der alten Ordnung sahen und davon überzeugt waren in der Kommune die konkrete Form des zukünftigen proletarischen Staates entdeckt zu haben, stellten sich die Antiautoritären bzw. Anarchisten gegen jede Form von Autorität bzw. zentralisierter Gewalt. Hier glaubten sie die Wurzel allen Übels erkannt zu haben. Bei dieser Debatte zerbrach die Internationale in zwei Teile. Mit dem Ausschluss eines großen Teils der Antiautoritären im Jahre 1872 wurde die Spaltung formell vollzogen. Bis weit in die 1870er Jahre hinein arbeiteten zwei Internationales parallel. Mit dem Bruch begann der Niedergang der IAA. Die Organisation konnte nie wieder ihren vormaligen Einfluss erreichen. Doch mit der Spaltung der IAA endeten die Anstrengungen zur Vernetzung gegenseitiger Solidarität und Koordination in der sozialistischen Weltbewegung nicht.

Die Sozialistische Internationale

Bereits 1889, 100 Jahre nach der französischen Revolution, gründete sich die Sozialistische Internationale. Der Gründungskongress in London brachte 400 Delegierte aus 20 Staaten und aus rund 300 verschiedenen Organisationen zusammen. Die Zusammensetzung des Kongresses bildete die Breite und den steigenden Organisationsgrad der sozialistischen Bewegung ab. In vielen Ländern hatte sich die Arbeiterbewegung mittlerweile in Form politischer Parteien konstituiert. Diese versuchten den Kampf im nationalen Rahmen auf eine einheitliche Strategie auszurichten. Nicht nur im mittlerweile gegründeten deutschen Kaiserreich, auch in zahlreichen der industrialisierten Länder waren die Parteien in kürzester Zeit zu Massenparteien angewachsen und trotz Repression und Rückschlägen waren sie dabei zur stärksten politischen Kraft geworden. Doch auch die Sozialistische Internationale wurde bald von heftigen Linienkämpfen erschüttert.

Ein Teil der Mitglieder befürwortete den Kolonialismus oder konnte sich zumindest zu keiner offensiven Position gegen die Kolonialpolitik des eigenen Landes durchringen. Die schärfste Spaltungslinie verlief entlang der Frage, ob die Überwindung des Kapitalismus auf dem Weg der Reform oder durch eine revolutionäre Umwälzung bzw. einen Generalstreik zu erreichen sei. Die Ablehnung offensiver Kampfmittel ging bei den Reformisten mit einer schleichenden Anbiederung an den bürgerlichen Staatsapparat einher. Nicht wenige hatten es auf lukrative Posten in Parlamentsfraktionen, der Gewerkschaftsbürokratie oder den überall aufblühenden Genossenschaften abgesehen. Die wachsende Bewegung hatte Berufspolitiker hervorgebracht, die sich nicht alle ihren Idealen verpflichtet fühlten. So war ein entscheidender Faktor für den Aufstieg des Reformismus die Herausbildung einer bestimmten Schicht innerhalb der eigenen Bewegung, die dann doch mehr »zu verlieren [hatten] als ihre Kette«². Für sie hätte eine offensivere Ausrichtung der eigenen Politik die Gefährdung ihrer eigenen Posten bedeutet.

Zum Ende des 19. und mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts rückte vor allem der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ins Zentrum der internationalen Vernetzungsarbeit. Die steigende Konkurrenz zwischen den verschiedenen kapitalistischen Mächten auf dem europäischen Kontinent und das aggressive Wettstreben um die Kolonien, führten zu einer rasanten Aufrüstungspolitik und Militarisierung der Gesellschaft und die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung wurde durch nationalistische Propaganda angegriffen. Um die Arbeiter bereit für den Krieg zu machen, mussten zuallererst die Bande der Solidarität durchbrochen und Hass und Hetze statt Geschwisterlichkeit gesät werden. Um dieser Entwick-

² Manifest der Kommunistischen Partei, Karl Marx und Friedrich Engels, 1848

lung entgegen zu wirken, organisierte die zweite Internationale zahlreiche Internationale Kongresse, wie den Internationalen Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart, 1910 in Kopenhagen oder 1912 in Basel. Der Sozialchauvinismus in den Reihen der zweiten Internationale sollte damit zurückgedrängt werden.

Vernetzung gegen Militarismus und Spaltung durch Nationalismus

Am Rande dieser Kongresse kam es auch zu ersten Vernetzungsversuchen der internationalen Frauen- und Jugendbewegung. So organisierte Clara Zetkin zusammen mit weiteren Genossinnen anlässlich des Kongresses in Stuttgart 1907 die erste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz. Die zweite Internationale Frauenkonferenz ging dem Kongress in Kopenhagen 1910 voraus und verabschiedete die Einführung eines Kampftages der werkrätigen Frauen. Er wird noch heute jährlich am 8. März begangen.

Im Nachgang des Kongresses versammelte sich auch die Jugend aller Länder und diskutierte über die Gefahren des Militarismus. Der letzte internationale Kongress dieser Art vor Kriegsbeginn tagte im Jahre 1912 in Basel und stand ganz im Zeichen der Abwehr der drohenden Kriegsgefahr.

Der Baseler Kongress verabschiedete ein deutlich und entschlossen formuliertes Manifest gegen den Krieg: Bei Kriegsgefahr seien »die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet alles aufzubieten, um [...] den Ausbruch des Krieges zu verhindern.« Sollte dennoch der Krieg ausbrechen, so müsse mit allen Mitteln für seine rasche Beendigung gekämpft werden und »die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche Krise zur Aufrüttelung des Volkes« ausgenutzt »und dadurch die Beseitigung des kapitalistischen Klassenherrschafts«³ beschleunigt werden. So richtig die Forderung des von allen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien verabschiedeten Manifestes auch waren, so versickerten sie bereits in den ersten Tagen nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wie Wasser im Sand.

Statt die Arbeitenden aller Länder zum Kampf gegen den Aufteilungskrieg der Herrschenden aufzurufen, schlugen sich viele Parteien der Internationalen, allen voran auch die deutsche SPD, auf die Seite der nationalen Bourgeoisien ihrer Länder. Im Namen der vermeintlichen »Vaterlandsverteidigung« wurden alle Ideale des Internationalismus und der Geschwisterlichkeit bei Seite gelegt und die Arbeiter zu den Waffen gerufen. Die mehr als vier Jahre andauernde Barbarei des Krieges in den Schützengräben Europas war nicht zuletzt auch durch

das grandiose Scheitern der sozialistischen Bewegung angesichts des Krieges mitverschuldet. Die zweite Internationale ging im Kriegsgeheul und Schlachtenlärm unter, doch noch während an den Fronten Europas gekämpft wurde, machten sich andere im Verborgenen daran, die zerrissenen Fäden neu zu knüpfen.

Auch wenn der Großteil der sozialdemokratischen Parteien dem nationalen Chauvinismus erlag, hielten Einzelne trotzig stand und unternahmen den Versuch die zerbrochene Internationale neu zu organisieren. Zu nennen ist hier vor allem die so genannte »Zimmerwalder Konferenz«, welche 1915 die Kriegsgegner in der sozialistischen Bewegung in dem kleinen Schweizer Dorf Zimmerwald zusammenbrachte. Aus dem Deutschen Reich nahm die »Gruppe Internationale« unter der Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts an dem Treffen teil. Mit der Gruppe der russischen Exilanten rund um den russischen Revolutionär Vladimir Iljitsch Lenin zieht sich eine direkte Linie von Zimmerwald zur Oktoberrevolution 1917 und der Neugründung der Internationalen im Jahre 1919.

Die erfolgreiche Machtergreifung durch die bolschewistische Fraktion der russischen Sozialdemokratie im November 1917 (julianischer Kalender Oktober) und die Errichtung der ersten Räteregierung nach der Zerschlagung der Pariser Kommune 1871, markierte den Beginn einer neuen Epoche. Als erste Handlung der neuen Regierung unter der Führung Lenins trat Russland aus dem Krieg aus und die russischen Revolutionäre riefen die Arbeiter im Waffenrock zur Verbrüderung an den Fronten auf. Der Oktoberrevolution 1917 folgte die Novemberrevolution 1918 im Deutschen Reich, welche dem Ersten Weltkrieg ein Ende bereiten sollte. Lenin hatte bereits 1915 in Zimmerwald gegen die Pazifisten entschlossen die Position vertreten, dass der Weltkrieg in einen revolutionären Weltbürgerkrieg verwandelt werden müsse. Das Momentum müsse genutzt werden, um die Arbeiterinnen und Arbeiter ganz nach der Losung Karl Liebknechts »der Hauptfeind steht im eigenen Land« dazu aufzurufen ihre Waffen gegen die Herrschenden in ihren Heimatländern zu richten.

Die Kommunistische Internationale - Komintern

Die Novemberrevolution in Deutschland, die Rätebewegung in Ungarn und die aufkommenden Massenkämpfe, die Streiks und Besetzungen in Norditalien, erschienen den Bolschewiki als Beweis, dass die Situation auf dem europäischen Kontinent reif sei. Die objektiven Bedingungen waren bereit, doch was fehlte, um den Kampf zu organisieren waren gut strukturierte, gesellschaftlich verankerte und politisch erprobte Parteien. Um diesen Mangel auszugleichen trieben Lenin und seine Kampfgefährten bereits wenige Wochen nach dem Sieg der Oktoberrevolution die Vorbereitungen zur Neugrün-

³ Stuttgarter Sozialistenkongress: Resolution über den Militarismus und die internationalen Konflikte, Stuttgart 1912; (Das Abschlussmanifest des Kongresses)



Ein Plakat der katalanischen POUM aus der Zeit der Spanischen Revolution im Jahr 1936: »Sozialismus ist die Befreiung«. Foto: kitchener.lord (BY-NC-ND 2.0)

dung der Internationale voran. Im März 1919 wurde dann bei einem Kongress in Moskau die Gründung der Kommunistischen Internationale, kurz Komintern, verkündet. Anders als die Zweite Internationale, welche sich laut Clara Zetkin, nur »darauf beschränkt« hatte »Arbeitstreffen zur Zurechtlegung wohlklingender Beschlüsse abzuhalten«⁴ aber wenig innere organisatorische Disziplin und Verbindlichkeit hatte, sollte die Komintern von Beginn an als eine einheitliche Weltpartei aufgebaut werden. Während die Beschlüsse der Zweiten Internationale für ihre Mitgliedsorganisationen nicht bindend waren

⁴ Zitiert nach Loren Balhorn, bei der Rosa Luxemburg Stiftung: <https://www.rosalux.de/news/id/41549/die-weltrevolution-die-keine-war>

– worin viele die Ursache für das epochale Scheitern der Internationalen, den Krieg aufzuhalten, erkannten – sollten sich die einzelnen Parteien im Komintern nun als nationale Sektionen einer internationalen Weltorganisation verstehen.

Das höchste Gremium der Komintern, das Exekutivkomitee (EKKI), welches auf den regelmäßig stattfindenden Kongressen gewählt wurde, sollte die kommunistische Weltbewegung auf eine einheitliche Strategie hin ausrichten und die Arbeiten der einzelnen Länderorganisationen koordinieren. Die Komintern sollte gleich der bolschewistischen Partei leninschen Modells auf einer äußerst strikten ideologischen Einheit aufbauen und es wurden keine unterschiedlichen Strömungen oder Fraktionen toleriert. Die Parteien sollten sich nach dem Modell der Bolschewiki in »Parteien neuen Typs«, also professionell arbeitende Kaderparteien, transformieren. Mit diesen Prinzipien erreichte die Komintern eine bis dahin nicht gekannte Einheit, Stabilität und auch Schlagkraft. Aber andererseits war dieses Prinzip ursächlich dafür verantwortlich, dass der Marxismus-Leninismus, nach dem Tod Lenins 1924 offizielle Staatsideologie der Sowjetunion, in einem immer weiter verengten Kanon verknöcherte. Die Internationale verlor einen großen Teil ihrer Flexibilität. In der Zeit der innerparteilichen »Säuberungskampagnen« unter der Regierung Josef Stalins, welche auch den Kaderstamm der Komintern dramatisch dezimierte, kam die innerorganisatorische Diskussion über

die Fragen der richtigen Strategie und Taktik sowie über Fehlschläge und Irrtümer in der eigenen Politik nahezu vollständig zum Erliegen.

Herausragend war die Komintern nicht nur durch ihre schiefe Größe, sie war auch die erste Internationale welche wirklich versuchte im Weltmaßstab zu agieren. Mit dem Kongress der Völker des Ostens 1920 in Baku erweiterte die Komintern die Parole von Marx und Engels und verkündete »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!«. In Baku kamen insgesamt 1900 Delegierte aus asiatischen und europäischen Ländern in Asien zusammen, um den antikolonialen

Befreiungskampf zu diskutieren. Im Anschluss an die Konferenz entsandte die Komintern zahlreiche ihrer KaderInnen in die kolonisierten Länder, um die Organisation der antiimperialistischen Kämpfe voranzubringen. Anders als in den vorangegangenen Internationalen galt in der Komintern das Prinzip, dass die Kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder aktiv die Kolonialpolitik ihrer eigenen Regierungen bekämpfen sollten. Den Schlüssel zum Sieg im Weltmaßstab sah die Komintern im vereinten Kampf der Arbeiterklasse in den Metropolen und der unterdrückten Völkern dieser Welt.

Die Trikontinentale

Während die Komintern in den Wirren des Zweiten Weltkriegs 1943 aufgelöst wurde, ging der Samen der in den kolonisierten Länder gepflanzt worden war nach 1945 auf. 1966 mündeten die zahlreichen antikolonialen Kämpfe in den Ländern des Trikonts⁵ in der Gründung der »Solidaritätsorganisation mit den Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika« (OP-SAAAL), besser bekannt als Trikontinentale. An der Gründungskonferenz nahmen über 500 VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen aus 82 Ländern teil. Nicht die ideologische Einheit aller Beteiligten, sondern die gemeinsame Erkenntnis, dass die unterdrückten Völker weltweit dem selben Feind gegenüberstehen, bildete die Grundlage der Organisation. Dies unterschied sie deutlich von der Haltung der Komintern. Folglich repräsentierte die Trikontinentale ein äußerst breites Spektrum von Organisationen. Dieses reichte von dezidiert marxistisch bis hin zu Konzepten, die sich auf den »islamischen Sozialismus« bezogen. Im Mittelpunkt stand die gegenseitige Solidarität der nationalen Befreiungskämpfe.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus verlor auch der Internationalismus und die Solidarität zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kämpfen weltweit zunehmend an Bedeutung und Dynamik. Während das Kapital in den 90er Jahren zu einer regelrechten Offensive zur Rückeroberung der Welt ansetzte, gerieten die sozialistischen Bewegungen, auch unter dem Eindruck der nach dem Ende der Sowjetunion proklamierten Alternativlosigkeit des Kapitalismus, zusehends in die Defensive. Die Antiglobalisierungsbewegung versuchte mit den Weltsozialforen Anfang der 2000er Jahre der globalen Vernetzung der Herrschenden Plattformen der gegenseitigen Solidarität entgegen zu setzen. Sie schufen zwar einen Raum für Diskussion und Austausch, konnten sich aber langfristig nicht zu einem tragfähigen Modell entwickeln. Schon 2004 resümierte der Vordenker der kurdischen Freiheitsbewegung

Abdullah Öcalan, dass »die Weltsozialforen [...] weit davon entfernt« seien »das Chaos zu erfassen und zu überwinden.«⁶ Laut Öcalan fehlt hierfür eine klare und aktualisierte theoretische Analyse der Herrschaftsverhältnisse im 21. Jahrhundert.

Die Notwendigkeit einer neuen Internationalen

Dennoch betonen Abdullah Öcalan und die kurdische Freiheitsbewegung auch in der aktuellen Debatte immer wieder die dringende Notwendigkeit einer »neuen Internationalen«. So stellte Öcalan in einem Beitrag zu einer Konferenz fest, dass »der heutige Kapitalismus [...] keine Krise mehr,« sei »sondern [...] das Ausmaß einer Krankheit erreicht [habe], welche die Menschheit«⁷ bedrohe. Öcalan hält daher den Wiederaufbau der Internationalen als Raum der gemeinsamen Diskussion und Solidarität innerhalb der unterschiedlichen Strömungen der sozialistischen Bewegung und aller Kräfte, welche nach einer menschlicheren Alternative zum Kapitalismus streben, für eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit. Dabei sollte »die sozialistische Tradition in der Geschichte [...] als ein Erbe betrachtet werden«, jedoch gehört auch eine neue Analyse der heutigen Realität des Kapitalismus zu den »grundlegenden Aufgaben der Internationalen«, so Öcalan.⁸

Im 20. Jahrhundert basierten die verschiedenen gemeinsamen Organisationen der Unterdrückten auf der internationalen Klassensolidarität und der nationalen Befreiung. Heute müsste eine neue Internationale in der Lage sein die Komplexität und Vielfältigkeit der gesellschaftlichen Kämpfe im 21. Jahrhundert abzubilden. Die in den vergangenen Jahren immer stärker werdende weltweite Frauenbewegung, aber auch der internationale Kampf gegen die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, müssen als grundlegende Dynamiken beim Aufbau eines neuen Internationalismus verstanden werden. Ein zu enger ideologischer Ansatz, der nur die Anhänger einer bestimmten Strömung des Sozialismus berücksichtigt, kann keine Antwort auf die drängenden Probleme unserer Zeit bieten. In Anbetracht der wachsenden Kriegsgefahr, der aktuellen weltweiten Barbarei, der ökologischen Katastrophe und der global organisierten Offensive des Faschismus kann nur eine möglichst breite politische Einheit das Fundament für internationale Kooperation und Solidarität legen. Die Solidaritätsbewegung, die in den vergangenen Jahren rund um den Befreiungskampf in Kurdistan entstanden ist und weltweit antikapitalistische Kräfte der unterschiedlichsten Couleur zusammengebracht hat, hält dabei nicht nur wichtige Lehren und Erfahrungen bereit, sondern kann einen wichtigen Beitrag bei der Errichtung einer mehr als notwendigen neuen Internationalen leisten. ♦

5 Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens

6 s. Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt

7 anf-news.com/aktuelles/Ocalan-zeit-fur-demokratischen-sozialismus-49136

8 anf-news.com/aktuelles/Ocalan-zeit-fur-demokratischen-sozialismus-49136

Gedanken zum Internationalismus in der DDR

Internationalismus zwischen Staat und Gesellschaft

Bruno Schwedt, ostdeutscher Aktivist, aktiv in Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Rhetorik der DDR-Veröffentlichungen und -Literatur wird deutlich, dass Internationalismus einen hohen Stellenwert für die DDR nach innen wie nach außen hatte. Aber was damit wirklich gemeint war, oder besser gesagt, wer das Wort »Internationalismus« aus welcher Überzeugung heraus genutzt hat, wird auf den ersten Blick nicht so schnell klar. Da lohnt es sich, genauer hinzuschauen und vor allem auch diejenigen nicht zu übersehen, die vielleicht das Wort Internationalismus gemieden, aber durchaus internationalistisch gehandelt haben.

Bevor wir uns direkt mit der DDR beschäftigen, ist uns wichtig zu betonen, dass ein internationalistischer Geist in Ostdeutschland tiefe Wurzeln hat, die weit über die überschaubare Lebensdauer der DDR hinausgehen. Dabei haben die ansässigen Gesellschaften einen Internationalismus gelebt, der ihre Heimat, die Region, mit der sie sich geographisch und kulturell verbunden fühlen, mit Gemeinschaften einer anderen Heimat verband. Es ist wichtig zu verstehen, dass Heimat in diesen Fällen nicht als Grenzen eines politischen Herrschaftsgebietes verstanden werden kann, sondern eine Region, die Heimat von unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Nationen sein kann.

Die Sueben-Konföderation um das Jahr 0 oder der Lutizenbund im 9. Jahrhundert sind Beispiele dafür, wie sich germanische und slawische Stämme verbanden, um sich gemeinsam vor Angriffen zu schützen. Es gibt viele weitere Beispiele von Bündnissen zur gemeinsamen Verteidigung, aber auch vom bloßen Interesse, von anderen Kulturen zu lernen und sich auszutauschen. Genauso viele Beispiele wird es geben, die uns noch gar nicht bekannt sind oder bei denen es uns auch gar nicht möglich ist, sie archäologisch zu rekapitulieren - und doch sind sie Teil unserer Geschichte von Völkern, die mit einem internationalistischen Geist ihr Leben organisiert haben.

Diese Form des Internationalismus – zur gemeinsamen Verteidigung gegen Herrschaftssysteme und zur Entwicklung menschlicher Werte durch regen Austausch von unterschiedlichen Kulturen – war seit der neolithischen Revolution fester Bestandteil der Menschheitsgeschichte weltweit.

Auf dieser geschichtlichen Basis konnte im 19. Jahrhundert innerhalb der Arbeiter:innenbewegung, geprägt durch den wissenschaftlichen Sozialismus, der Begriff Internationalismus entstehen. Er war eine Antwort auf die sich neu formierenden imperialen Herrschaftssysteme, denen sich die unterdrückten Klassen nur gemeinsam entgegenstellen konnten. Die Entstehung der Arbeiter:innenbewegung war dabei aber auch stark vom Diskurs des neuen Herrschaftskonzeptes des Nationalstaates beeinflusst. So schreiben Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei:

»Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.«

Damit drücken sie die Gemeinsamkeiten der unterdrückten Klassen des Proletariats aus, die ihnen eine gemeinsame Identität (Nation) geben. Sie drücken die Notwendigkeit aus, sich als unterdrückte Klassen international zu verbinden. Darüber hinaus analysieren sie die Folgen der TeileundHerrschePolitik im erstarkenden Weltkapitalismus:

»Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.«

Was Marx und Engels hier beschreiben, ist eigentlich der Prozess eines Sozozids, die Zerstörung einer Gesellschaft und ihrer kulturellen Identität, als Folge einer Liberalisierung. Weg von der Diversität der Kulturen, Sprachen, Arbeitsformen, entsprechend der regionalen Realität, hin zu einer Homogenität ohne eigene Identität. Weiter schreiben sie:

»Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.«

Die von ihnen beschriebenen »Gegensätze der Völker« entstehen aus einer Spaltungspolitik imperialer Mächte, wie z.B. einem anti-slawischen Rassismus, der in der deutschen Gesellschaft geschürt wird; damit kann aber niemals die Unterschiedlichkeit und Diversität verschiedener Gesellschaften gemeint sein. Denn diese stehen nicht im Gegensatz zueinander, vielmehr ergänzen sie sich. Die von Marx und Engels beschriebene Übernahme der politischen Herrschaft durch das Proletariat führte dabei aber zu einer weiteren Homogenisierung des Proletariats und zum Verlust einer vielseitigen demokratischen Gesellschaft.

In Ostdeutschland hat die Politik des »Teilen und Herrschens« ohne Zweifel tiefe Wunden hinterlassen. Die gewaltvolle Christianisierung slawischer Stämme, die Vertiefung der Unterdrückung der Frau, die Abholzung der Wälder und Trockenlegung ostdeutscher Sümpfe bis hin zu einschneidenden Ereignissen wie dem Dreißigjährigen Krieg, den drei deutschen Einigungskriegen zur deutschen Nationalstaatsgründung und vielen weiteren Ereignissen – dies alles hat tiefe Keile zwischen Gesellschaften getrieben und gezielt ein demokratisches Zusammenleben angegriffen. Für den Aufbau der DDR waren die Spuren des deutschen Faschismus und seiner Germanisierung und Vertreibungspolitik noch am deutlichsten präsent. Regionen wie die am Flusslauf von Oder und Neiße, die bis vor kurzem noch im Sinne einer demokratischen Nation für viele unterschiedliche Menschen eine Heimat boten – so war es nicht unüblich, dass ein deutsches Dorf direkt neben einem polnischen, sorbischen oder jüdischen Dorf lag – wurden durch Massaker, Vertreibung und Umsiedlung radikal verändert.

Vor diesen großen Herausforderungen stand der Internationalismus bei Gründung der DDR in Ostdeutschland.

Eine verpasste internationalistische Chance

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es viele Versuche von der Gesellschaft und sozialistischen Kräften, erste Schritte der Selbstverwaltung zu gehen. Viele Sozialist:innen, die zur NS-Zeit inhaftiert waren oder sich versteckt halten mussten, ergriffen jetzt die Initiative, um eine Entnazifizierung voranzutreiben und die Notwendigkeiten der Gesellschaft zu organisieren, die unter Hunger und den Folgen des Krieges litt. So wurden an vielen Orten antifaschistische Ausschüsse gegründet, die die Regionalverwaltung übernahmen. Aber auch die selbstverwaltete Region Schwarzenberg und die Selbstbefreiung des KZs Buchenwald sowie das gegenseitige Versprechen im »Schwur von Buchenwald« waren Ausdruck dieser Bestrebungen. Mit den zurückkommenden Exilgruppen, die, wie die Gruppe Walter Ulbricht, größtenteils in Moskau ausgebildet worden waren, gab es ein großes Potenzial, die lokalen Aufbauarbeiten der

Selbstverwaltungen mit den Erfahrungen internationalistischer Kämpfe, wie der Revolution in der Sowjetunion, zu verbinden.

Ein solcher Prozess konnte auf dem Gebiet der DDR jedoch leider nicht zu Stande kommen. Die zurückkehrenden Kader aus dem Exil in Moskau folgten streng dogmatisch dem realsozialistischen Paradigma, das den Staat als Instrument der Befreiung ansieht und seinen Fortbestand sowie die Führungsrolle der sozialistischen Einheitspartei als unumgänglich betrachtet. Alle anderen Versuche der (Selbst-)Organisation mussten, dieser Doktrin folgend, dem Staat und der Partei untergeordnet werden. Eine Beziehung zur demokratischen Gesellschaft auf Augenhöhe konnte so nicht entstehen. Beeinflusst durch den Stalinismus und die Losung »Sozialismus im eigenen Land«, die den Aufbau eines Nationalstaates unter der Führung der Sowjetunion vorsah, hat die Gruppe um Walter Ulbricht alles daran gesetzt, jede Form der Selbstverwaltung in das Staatsprojekt einzugliedern oder zu unterbinden.

Leitlinien des Staates und Unterstützung nach außen

Eine der zentralen Leitlinien war die des »Revolutionären Weltprozesses« mit seinen 3 Säulen

1. Unterstützung der sozialistischen Staatengemeinschaft
2. Unterstützung kommunistischer Parteien im Kapitalismus
3. Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen

Weitere Begriffe, die im Zusammenhang des revolutionären Weltprozesses genannt wurden, wie Proletarischer Internationalismus, Solidarität oder Friedliche Koexistenz, waren in der ostdeutschen Gesellschaft durchweg präsent, da sie eigentlich täglich in der Schule, im Radio, im Fernsehen oder im Betrieb benannt wurden.

Auch die Zehn Gebote zum neuen Sozialistischen Menschen, die 1958 von Walter Ulbricht verkündet wurden und in jedem FDJ-Heft zu finden sind, geben einen guten Einblick in die Idee des staatlichen Internationalismusbegriffes und wie sich das Individuum dazu verhalten sollte. Dieser Versuch wirft zunächst die Frage auf, ob die DDR-Staats- und Parteiführung tatsächlich der Auffassung war, das gesamte Werteverständnis der Lesenden durch diesen, naturgemäß stark verkürzten Gebotekatalog verändern zu können. Wer wird schon durch das Auswendiglernen eines solchen Textes zum sozialistischen Menschen?

Es sind Begriffe, die durchaus mit praktischen Handlungen und Kampagnen gefüllt wurden, angefangen von gegenseitiger materieller und militärischer Unterstützung bis hin zu Wissensweitergabe. Doch waren sie für einen Großteil der Gesellschaft nur hohle Phrasen und »geschwollenes Gerede«, wurden sie doch nur auf die Staaten und deren Institutionen bezogen und

nicht auf den direkten Austausch von Mensch zu Mensch und von Kultur zu Kultur. Auch hier sehen wir, dass ein entscheidender Teil des internationalistischen Geistes, der die Diversität einer Gesellschaft berücksichtigt und die menschlichen Beziehungen in den Vordergrund stellt, nicht ausreichend verankert war.

Projekte, die zwar staatlich geführt wurden, wie z.B. der Studentenaustausch, oder die »Brigaden der Freundschaft« der FDJ, aber auch Solidaritätskampagnen wie z.B. die Befreiungskampagne für Angela Davis, haben aber auch dazu geführt, dass direkter Austausch ermöglicht wurde und Freundschaft, wie Internationalismus, als ein innerer Wert wachsen konnte. Deswegen hatten diese Projekte durchaus eine gesellschaftliche Verankerung, was zu einem Solidaritätsgefühl und einer Verbundenheit mit etwas Größerem geführt hat.

Hier zeigt sich ein zentrales Problem, das in der DDR immer wieder bei der Entwicklung und Verankerung sozialistischer Werte auftaucht und das aus der dogmatischen Auslegung des staatlichen Paradigmas und einem verkürzten Materialismus herrührt: Vielerorts wurden durch die Staats- und Parteiführung zwar materielle Verhältnisse verändert, die Veränderung der gesellschaftlichen Mentalitäten aber vernachlässigt. Man ging davon aus, die Mentalitäten und Persönlichkeiten würden sich von allein verändern, wenn sich nur die materiellen Verhältnisse änderten, in denen die Menschen lebten, und der Staat nur genug Veränderung vorgäbe.

So kommt es auch in Bezug auf den Internationalismus zu dem Widerspruch, dass die demokratische Gesellschaft zwar durch den Staat erzogen werden sollte, ihm in Fragen der sozialistischen Werte aber oft voraus war und an diesen Stellen mit dem Staat in Widerspruch geriet, etwa wenn sich Kontakte zwischen internationalen Vertragsarbeitenden und der DDR-Bevölkerung trotz strenger Segregation und Verboten eben doch nicht ganz verhindern ließen und diese Beziehungen teilweise bis heute in der Gesellschaft fortbestehen.

Außerstaatlicher Internationalismus

Genauso, wie schon die staatlichen Projekte auf direkten Verbindungen zwischen den Menschen aufbauten, hatte sich die Neugier auf das Unbekannte und der tief menschliche Wunsch, sich gegenseitig zu unterstützen, auch außerhalb des staatlichen Rahmens Wege gebahnt. Ein prägnantes Beispiel dafür ist die Solidarität mit Nicaragua, in der sich staatlicher und gesellschaftlicher Internationalismus immer mehr vermischten. Neben einer zuerst staatlich initiierten Solidaritätskampagne wuchsen immer mehr selbstorganisierte Solidaritätsgruppen, wie z.B. die Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua (IHN) aus Leipzig, die durch Kunstauktionen und gemeinsames Spendensammeln mit der Kirche hohe Spendensummen aufbrachte.

Sehr interessant ist an dieser Stelle die Rolle der Kirche in der DDR. Im Gegensatz zum größten Teil ihrer Geschichte in Deutschland, befand sich diese in der DDR in einer außerstaatlichen Rolle. Welchen (zum Teil durchaus positiven) Einfluss das sowohl auf die Gesellschaft als auch auf die Kirche selbst hatte, ist eine äußerst spannende Frage und sollte an anderer Stelle unbedingt tiefgreifender erforscht werden. Gleichzeitig ist noch weitgehend unergründet, welche Rolle die Kirche in den sogenannten »Wühltätigkeiten« kapitalistischer Propaganda und westlicher Spionage gespielt hat und wie genau sich auch das auf die DDR-Gesellschaft und die demokratische Opposition auswirkte. Wir können aber festhalten, dass sie in einem gesellschaftlichen Internationalismus innerhalb der DDR eine wichtige Rolle eingenommen hat. Hier sei auf das Musik-Album »Menschenskind« von Gerhard Schöne (1985) verwiesen, der stark durch die Kirche beeinflusst Lieder über das Menschsein und die Menschlichkeit in der Gesellschaft schrieb.

Aber ein gesellschaftlicher Internationalismus hat sich nicht nur über die Staatsgrenzen hinaus bezogen, sondern auch nach innen in die DDR gewirkt. So hat uns z.B. eine Mutter davon erzählt, dass sie sich früher in Gastarbeiterheime geschlichen haben, um sich heimlich treffen zu können. Denn obwohl es in der DDR offiziell keinen Rassismus gab und er staatlicherseits als »Krankheit des Westens« abgetan wurde, wurden GastarbeiterInnen auch in der DDR systematisch ausgebeutet und separiert. Deshalb stellten ein staatlicher Rassismus sowie rassistisches Gedankengut in der Bevölkerung in der DDR den größten Angriff auf einen internationalistischen Geist dar.

Ein gesellschaftlicher Internationalismus hat auch von außen in die DDR gewirkt. So hat die Diskussion rund um die »Solidarność« in Polen den gesellschaftlichen Diskurs und die Entstehung der Bürgerbewegung in der DDR stark geprägt¹. Die konträre staatliche Haltung dazu wird in einer Aussage von Helmut Müller, Mitglied des Zentralkomitees der SED, deutlich:

»Als Genosse Erich Honecker damals im Friedrichstadt-Palast den historischen Vorschlag zur Öffnung der Grenze zu unserem sozialistischen Nachbarland unterbreitete, gab es ja bekanntlich klare Partnerschaft mit der sozialistischen Staatsmacht der Volkspolen. An einen visafreien Verkehr mit konterrevolutionären Elementen als Partner war allerdings nie gedacht. Und das wird im Interesse des proletarischen Internationalismus und zum Schutze der DDR auch in Zukunft nicht der Fall sein.«

1 Die »Niezależny Samorządny Związek Zawodowy »Solidarność«« (deutsch: »Unabhängiger Selbstverwalteter Gewerkschaftsbund »Solidarität«) ist eine polnische Gewerkschaft, die 1980 aus einer Streikbewegung heraus entstand und an der Revolution und Reform in Polen 1989 entscheidend mitwirkte.



Angela Davis wird 1973 von Erich Honecker in der DDR empfangen. Die DDR hatte zuvor eine Befreiungskampagne für die inhaftierte Black Panther-Aktivistin durchgeführt. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-L0911-029; Koard, Peter; CC-BY-SA 3.0

Fazit

Wie viele andere sozialistische Werte in der DDR, ist ihr Internationalismus geprägt von dem grundlegenden paradigmatischen Trugschluss der Befreiung der Gesellschaft durch den Staat. An diesem paradigmatischen Fehler schließen sich viele der Fehlentwicklungen an bzw. gehen aus ihm hervor. So kann in dieser Logik z.B. internationale Solidarität nur staatlich und zwischen Staaten organisiert werden. Jeder Versuch, solidarische Netzwerke außerhalb der Staaten bzw. an ihnen vorbei aufzubauen, sah sich dem Verdacht ausgesetzt, anti-staatlich – also antisozialistisch – zu sein und wurde vom Staat entsprechend bekämpft. Auch eine Kritik nach innen, etwa an rassistischer Behandlung der Vertragsarbeitenden, konnte so nicht erfolgen.

Dieser Widerspruch kann als der Widerspruch zwischen dem staatlich-patriarchalen Prinzip einerseits und einer gesellschaftlichen, von Frauen geprägten Linie andererseits begriffen werden. Es ist kein Zufall, dass in all den oben benannten Beispielen von erfolgreichem außerstaatlichen Internationalismus Frauen eine zentrale Rolle gespielt haben. Ob als Gruppen, wie die »Frauen für den Frieden« oder als Einzelpersonen – sie waren die entscheidende Kraft in der Gesellschaft, die auf menschliche, also sozialistische Werte beharrte und einem sehr männlich geprägten, staatlichen Internationalismus etwas entgegengesetzte bzw. ihn veränderte.

Es ist wichtig, in der Geschichte wie auch in der Gegenwart die Einflüsse von Herrschaft, Macht und Patriarchat sowie den Verlauf demokratischer Gesellschaften und den Erhalt von sozialistischen Werten zu verstehen. Wir können dabei nicht in »Gut und Böse« unterteilen, denn die Einflüsse einer demokratischen Gesellschaft einerseits und von patriarchalen Herrschaftssystemen andererseits spiegeln sich in den Begriffen, den Persönlichkeiten oder innerhalb der Bewegungen wider. Wenn wir in Ostdeutschland tiefgehende Veränderung anstreben, dann müssen wir in der Geschichte und in der Gegenwart die Linie der freien Frau verstehen. Sie zeigt uns am deutlichsten Widersprüche und Fehler auf, aus denen wir lernen können, und lässt getrennte Wurzeln unserer Geschichte neu wachsen, um Kraft für die kommenden Kämpfe zu ziehen.

Zur Frage der demokratischen Gesellschaft in der DDR und ihrem Widerspruch zum staatssozialistischen Paradigma hat die Forschungskommission »Michael Panser« mit dem Buch »Einige Gedanken unsere Geschichte betreffend – Zwischen demokratischer Gesellschaft und realsozialistischem Paradigma in der DDR« einen umfassenden Text als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Wir schließen uns der Einladung an, die Geschichte der demokratischen Gesellschaft und die Folgen des Realsozialismus anhand dieses Textes zu diskutieren und aus diesen Diskussionen eine Perspektive für die Stärkung demokratisch-sozialistischer Strukturen in Ostdeutschland zu entwickeln.



Internationalistisch gegen die kapitalistische Moderne

Der internationale Kampf ist eine Notwendigkeit

Arjîn Rozerîn, Aktivistin der TJA, Tevgera Jinên Azad (Bewegung der freien Frauen)

Die Autorin zeigt die Bedeutung des Internationalismus für den kurdischen Freiheitskampf wie für die Vernetzung und Stärkung weltweiter Kämpfe auf.<

Die Kräfte des destruktiven, gesellschaftsfeindlichen und das Chaos verschärfenden Systems der kapitalistischen Moderne erstarken, deshalb müssen auch die Kräfte der demokratischen Moderne ihren gemeinsamen Kampf für ein freies Leben und Dasein verstärken. Die Umsetzung der universellen Prinzipien des Sozialismus durch Länder, Völker und Gemeinschaften, die die Werte der demokratischen Moderne leben, und des Internationalismus, der die Solidarität und den gemeinsamen Kampf um diese Prinzipien zum Ausdruck bringt, bilden die Umgebung, in der sich die demokratische Moderne nachhaltig entfalten kann. Aus diesem Grund spielte der Internationalismus in allen Revolutionen eine wichtige Rolle, wie beispielsweise der Kampf Che Guevaras, der an der kubanischen Revolution teilnahm, die internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg und der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus in Griechenland. Zahlreiche sozialistische Vorreiterinnen wie Clara Zetkin, Emma Ihrer, Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai haben sich ebenfalls stark im Geist des Internationalismus eingesetzt.

Die PKK wurde auf dem Prinzip des Internationalismus gegründet

Die kurdische Freiheitsbewegung, die sich aus dem Erbe der Revolutionen entwickelt hat, basiert seit ihrer Gründung auf Werten des Internationalismus. Die PKK begann ihren Kampf mit dem Anspruch, eine Bewegung der Menschlichkeit zu sein,

DIE KRÄFTE DES DESTRUKTIVEN, GESELLSCHAFTSFEINDLICHEN UND DAS CHAOS VERSCHÄRFENDEN SYSTEMS DER KAPITALISTISCHEN MODERNE ERSTARKEN, DESHALB MÜSSEN AUCH DIE KRÄFTE DER DEMOKRATISCHEN MODERNE IHREN GEMEINSAMEN KAMPF FÜR EIN FREIES LEBEN UND DASEIN VERSTÄRKEN.

und sie handelte von Anfang an nach dem Grundsatz »Am Sozialismus festzuhalten, heißt, an der Menschlichkeit festzuhalten« und blieb diesem Grundsatz bis heute treu. Die kurdische Freiheitsbewegung strebt danach, auch die neue Phase ihres Kampfes auf diesem Grundprinzip aufzubauen und mit internationalistischen Werten in die Zukunft zu gehen. Die maßgebliche Beteiligung von türkischen Internationalisten wie Kemal Pir und Haki Karer¹ an der Gründung der Bewegung zeugt von ihrem Glauben an den internationalen Kampf. Die PKK wurde als Antwort auf den Märtyrertod von Haki Karer gegründet, und einer der ersten kollektiven Märtyrertode der Partei wurde im internationalen Kampf erlitten. Bei dem Angriff Israels auf die Arnon-Festung im Libanon am 5. Juni 1982 kamen 11 Genossen der PKK ums Leben. Dieser Preis war der konkreteste Ausdruck dafür, dass Internationalismus in der kurdischen Freiheitsbewegung kein taktisches Lippenbekenntnis ist, sondern schon immer tief verwurzelt war. Der Wegweiser (kurd.) Rêber Apo hat im Januar 1990 in

seiner Bewertung das Verständnis der Bewegung vom Internationalismus wie folgt formuliert: »Während wir die Revolution in Kurdistan als nationale Befreiungsbewegung entwickeln, verleihen wir ihr auch einen wesentlichen internationalistischen Aspekt. Wir machen unsere eigene Revolution zu einer grundlegenden Stütze der türkischen Revolution und gleichzeitig zu einem soliden Fundament für nationale und demokratische Befreiungsbewegungen im gesamten Nahen Osten. Wir positionieren uns als eine Bewegung und als Fundament, auf das sich die demokratische Revolution und der Sozialismus in der Türkei stützen und aus der sie Kraft schöpfen können. Gleichzei-

¹ Kemal Pir (geb. 1952 Güzeloluk, gest. 07.09.1982 im berüchtigten Foltergefängnis von Amed (Diyarbakır)) und Haki Karer (geb. 1950 Ulubey, gest. 18. Mai 1977 in Dilok (Gaziantep)) waren zwei türkischstämmige Gründungsmitglieder der kurdischen Befreiungsbewegung, aus der heraus sich nach der Ermordung Haki Karers die PKK gründete.

tig sind wir eine Stütze, aus der die vielen großen und kleinen Völker des Nahen Ostens Kraft für ihre demokratischen und nationalen Entwicklungen schöpfen können. Dies bedeutet gleichzeitig, dass wir den demokratischen Entwicklungen und dem Sozialismus in der Welt auf unsere Weise die sinnvollste Antwort geben.«

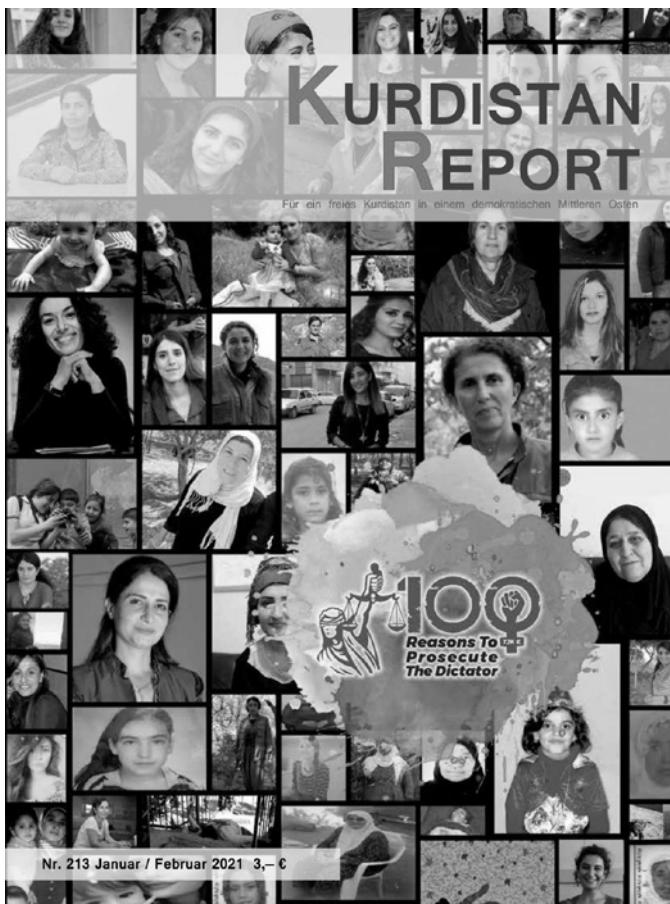
Die Frauenbewegung spielte eine entscheidende Rolle

Auf dieser Grundlage wuchs die kurdische Freiheitsbewegung und verstärkte im Laufe der Zeit ihren internationalistischen Charakter. Auch die Frauenbewegung spielte dabei eine entscheidende Rolle. Abdullah Öcalan erkannte von Beginn des Kampfes an, dass die Entwicklung der Frauenfreiheit unverzichtbar war und unternahm radikale Schritte, um die Glaubenssätze des patriarchalen Systems zu durchbrechen. Sakine Cansız (Sara), eine der führenden Persönlichkeiten der Bewegung, gehörte mit ihrem Widerstand und ihrer vorbildli-

chen Haltung zu denjenigen, die am stärksten an dieses Prinzip glaubten. Sie hatte schon am Gründungskongress der PKK teilgenommen und zeigte nicht nur den kurdischen Frauen, sondern auch den Frauen anderer Völker den Weg zur Freiheit. Mit ihrer heldenhaften Haltung im Gefängnis von Amed (türk. Diyarbakır) verkörperte Sakine Cansız das insbesondere nach der Jugendbewegung von 1968 gestiegene Freiheitsstreben der Frauen und wurde so zu einem Symbol des Widerstands. Ihre mutigen Schritte in Richtung Freiheit beeinflussten auch die internationale Beteiligung von Frauen am Kampf der PKK. Einige Jahre nach der Gründung der Partei nahmen auch Frauen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Identitäten wie Êzidinnen, Tatarinnen, Turkmeninnen und Albanerinnen an den militärischen und politischen Ausbildungsgängen und Kongressen im Libanon teil. Diese Zusammensetzung, die insbesondere bei der Teilnahme von Frauen am 3. Kongress der PKK im Jahr 1986 deutlich wurde, gewann in den folgenden Jahren immer stärker an Inklusivität und Vielfalt. Der Kampf für die Freiheit der Frauen war einer der wichtigsten Faktoren, der zur Massenbewegung und zum Fortbestand der kurdischen Freiheitsbewegung beitrug. Abdullah Öcalan erkannte, dass Klassen- und nationale Kämpfe allein nicht ausreichen würden, um die sozialen Probleme zu lösen, und stellte die Frage der Freiheit der Frau, die seit jeher eines der grundlegendsten Probleme der Menschheit ist, in den Mittelpunkt des Kampfes. Dies war einer der Hauptgründe für die Massenmobilisierung der Bewegung. Mit der Perspektive »Der Grad der Freiheit der Frau bestimmt den Grad der Freiheit der Gesellschaft« setzte er die Messlatte für die Freiheit immer höher und legte damit gleichzeitig eine Richtung fest, in der alle Frauen sich in diesem Kampf wiederfinden konnten. Er kam zu dem Schluss, dass vor allem auch in der Frauenfrage eine Revolution der Denkweise erforderte und legte den Schwerpunkt auf die Analyse der Lage der Frauen, die er als das erste unterdrückte Geschlecht, als erste unterdrückte Klasse und als erste unterdrückte Nation definierte. Die umfassende Analyse der Situation der Frauen und Familien, die zusammen mit der kurdischen sozialen Realität die Grundlage für die bisherigen Kolonialpraktiken der herrschenden Mächte bilden, sowie die in diesem Zusammenhang unternommenen Schritte haben dazu geführt, dass Frauen unterschiedlichster Identitäten sich diesen Kampf zu eigen gemacht haben.

Andrea Wolf, Symbol des internationalistischen Kampfes

Die Frauenbewegung, die mit der Leidenschaft tausender Kämpferinnen für die Freiheit im nationalen Kampf ein einzigartiges militärisches, politisches und soziales Organisationsniveau erreichte, entwickelte sich organisatorisch weiter und setzte sich immer höhere Ziele. I – von der 1987 gegründeten eigenständigen Frauenorganisation Yekîtiya Jinên Welatparêz



Die 213. Ausgabe des Kurdistan Reports (Januar/Februar 2021) stellte unter anderem die Kampagne »100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen« vor, die sich für die internationale Anerkennung von Feminizid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit stark machte. Foto: Archiv



Frauen tanzen auf der Newroz-Feier in Amed am 21.03.2026. Foto: ANF

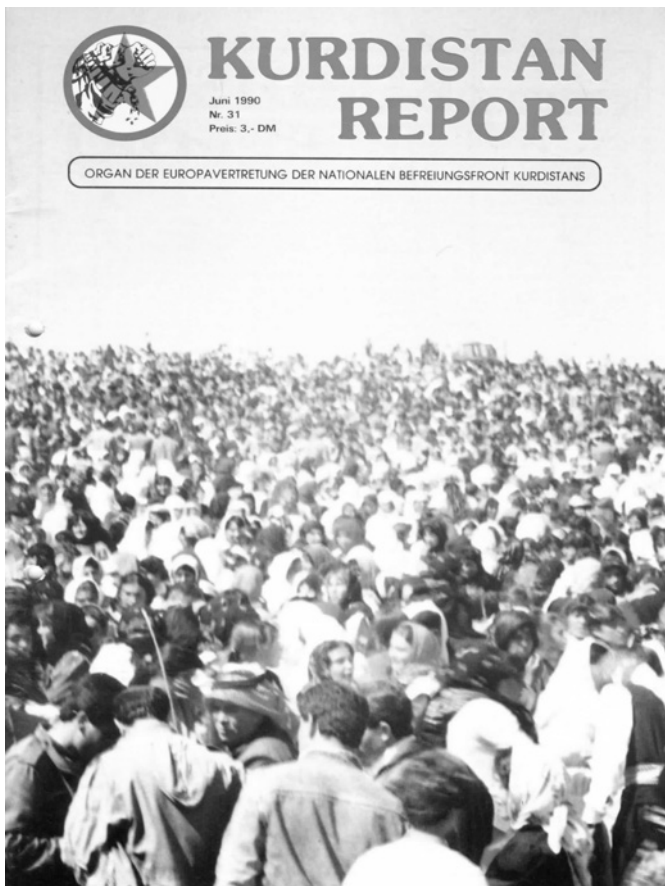
a Kurdistan - YJWK bis hin zur Gründung der Frauenpartei Partiya Jinên Azad a Kurdistan - PAJK – nahmen internationalistische Frauen eine führende Rolle ein. Hüsne Akgül (Mizgin Türkmen), Aftap Demirer (Rûken Çiya), Nermin Akkuş (Helîn Çerkes), Sanem Bertan (Canda Türkmen), Ümran Yıldırım (Ronahî Emek), Ülkü Bahçeci (Özgür), Fatma Özen (Rojbîn Arap), Andrea Wolf (Ronahî), Uta Schneiderbanger (Nûdem), Ekin Ceren Dođruak (Amara), Nuran Er (Gülnaz Ege) und Nazlı Taşpınar (Emine Erciyes) sind die ersten Vorreiterinnen des Internationalismus in der Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan. Die Frauen, die sich mit internationalistischem Bewusstsein der Bewegung anschlossen, betrachteten die Freiheit nicht nur als einen Kampf der Geschlechter, sondern kämpften auch gegen die ethnischen und klassenbezogenen Praktiken des Kolonialismus. Als der Freiheitskampf wuchs und Grenzen überwand, schlossen sich auch Aktivistinnen aus anderen Kontinenten an, wie beispielsweise die deutsche Revolutionärin Andrea Wolf (Ronahî). Sie trat 1996 der PKK bei und entschied, in Botan, einem der am stärksten vom Krieg betroffenen Gebiete, in der Guerilla zu kämpfen. Sie glaubte, dass die Prinzipien der Frauenbefreiung nur durch einen entschlossenen Kampf verwirklicht werden könnten. Dazu wollte sie in den Bergen beitragen, indem sie sich an die Seite der Guerillakämpferinnen stellte. Andrea Wolf bekundete mutig ihren Glauben an den Internationalismus, indem

sie den türkischen Soldaten, die sie töteten, vor ihrem Tod ins Gesicht sagte: »Ich bin Internationalistin, ich bin Sozialistin. Das habe ich in der PKK gesehen, und ich bin hier für die Freiheit aller Menschen.«

Die Ideologie der Freiheit stärkte die Basis des gemeinsamen Kampfes

Dieser internationale Geist in den Reihen der Guerilla spiegelte sich auch in den sozialen Aktivitäten der Frauenbefreiungsbewegung wieder. Nachdem die YAJK 1995 erstmals offiziell an der von den Vereinten Nationen initiierten 4. Weltfrauenkonferenz in Peking teilgenommen hatte, beteiligte sich die Frauenfreiheitsbewegung in den folgenden Jahren an zahlreichen internationalen Plattformen, Konferenzen, Veranstaltungen, Frauennetzwerken und Treffen mit dem Ziel, den internationalen Kampf weiterzuentwickeln. Insbesondere seit den 2000er Jahren wurden in Kurdistan und Europa zahlreiche Konferenzen und verschiedene Treffen auf internationaler Ebene organisiert, um die Frauenbefreiungsbewegung bekannt zu machen und die Solidarität unter Frauen zu stärken.

Der wichtigste Faktor für die Verwirklichung der internationalen Ziele der Freiheitsbewegung war jedoch die Entwicklung



In der 49. Ausgabe des Kurdistan Reports (1990) berichtet der 42-jährige o. Akgün über den Volksaufstand in Nisêbîn (tr. Nusaybin): »Wenn wir keine Steine fanden, zogen wir uns die Schuhe aus und schlugen damit«. Foto: Archiv

im ideologischen Bereich. Die kurdische Frauenbewegung, die mit der Gründung einer eigenen Frauenarmee – eine Premiere in der Weltgeschichte – ihr Streben nach Freiheit zum Ausdruck brachte, konkretisierte ihre Prinzipien 1998 mit der Erklärung der Ideologie der Frauenbefreiung. Das Paradigma der Basisdemokratie, Ökologie und Frauenbefreiung, das Abdullah Öcalan nach dem İmralı-Prozess niederschrieb, gab mit seinen universellen Werten der internationalen Bewegung neuen Schwung. Der sich immer weiter entwickelnde Kampf für die Freiheit der Frauen, der durch die Jineolojî einen wissenschaftlichen Rahmen erhielt und sich durch seine eigenständige, autonome Organisation auszeichnete, wurde durch unzählige Arbeiten und Kampagnen mit unterschiedlichsten Frauengruppen diskutiert und weitergegeben und entwickelte sich so zu einer gemeinsamen weltweiten Grundlage für den Kampf der Frauen. Diese Schritte waren für den langfristigen und organisierten Kampf der Frauen gegen das patriarchale System von großer Bedeutung.

Rojava – Ergebnis des internationalen Kampfes

Die Rojava-Revolution, die durch ihren Widerstand, ihre Perspektive des demokratischen Sozialismus und ihr Paradigma einer demokratischen, ökologischen und auf der Freiheit der Frauen basierenden Gesellschaft Aufmerksamkeit erregte, war ein Prozess, in dem internationale Solidarität und Beteiligung auf höchstem Niveau gelebt wurden. An der Rojava-Revolution nahmen Tausende von Revolutionär:innen aus aller Welt teil, darunter die Argentinierin Alina Sanchez, die Britin Anna Campbell, die Deutschen Eva Maria Steiger und Ivana Hoffmann, die Syrerin Muna Mustafa, die Türkinen Ayşe Deniz Karacagil und Sibel Bulut. Diese revolutionären Frauen haben mit ihrem beispiellosen Heldentum und dem von ihnen vertretenen internationalistischen Geist und Bewusstsein eine neue Phase des Kampfes eingeleitet. Die Rojava-Revolution, die sich im Rahmen des internationalen Kampfes entwickelte, gab trotz der ununterbrochenen vielfältigen Angriffe des patriarchalen Systems ihren Anspruch auf ein freies Leben nicht auf. Im Laufe der Revolution zeigte sie die Schönheit eines auf der Freiheit der Frauen basierenden Lebens und ihre Vorteile für die Gesellschaft auf. Die Erfahrungen der Rojava-Revolution, die 2026 erneut zum Ziel von Angriffen der Allianz des patriarchalen Systems wurde, sollten als einzigartiges Erbe der Geschichte der Frauenfreiheit weltweit gewürdigt werden. Da die Rojava-Revolution auf der Freiheit der Frauen basiert und der internationalistische Kampf hier am deutlichsten zum Ausdruck kommt, ist es wahrscheinlich, dass sie und die von ihr geschaffenen Werte in nächster Zeit noch schwereren Angriffen ausgesetzt sein werden. Diese Angriffe sollten jedoch nicht dazu führen, dass wir aufgeben, den internationalen Kampf in Rojava abwerten oder ihn ganz einstellen, sondern im Gegenteil, dass wir ihn weiter ausbauen, ihn zu einer dauerhaften, wirkmächtigen Organisationsstruktur machen und ihn in der Welt verbreiten. Die Frauenrevolution, eine der ersten in der Geschichte der Menschheit, darf nicht nur auf Rojava und nicht auf die Gegenwart beschränkt bleiben, sondern die Hoffnung für Frauen auf ein Leben in Freiheit, der Mut zu ihrer Verwirklichung und der Widerstand müssen ständig lebendig gehalten werden.

Ein neuer Internationalismus

Die Angriffe der kapitalistischen Moderne in Kurdistan und anderen Ländern der Welt machen einen vielschichtigen internationalen Kampf dringend erforderlich. Die hegemonialen Kräfte, die in der Geschichte den Faschismus gegen den Sozialismus und die internationalistische Solidarität eingesetzt haben, greifen heute auf neue Versionen dieser Denkweise zurück. Während die Forderungen der Völker nach Demokratie ignoriert werden und der Dritte Weltkrieg eskaliert, kommen in Afghanistan die Taliban und in Syrien dschihadistische

Kräfte wie HTŞ an die Macht. Als Teil dieses Projekts werden die in der Vergangenheit verdeckt geschlossenen Bündnisse mit dschihadistischen Kräften heute offen und mit Zustimmung der Länder der Welt und internationaler Institutionen wie der UNO legitimiert. Die neue Weltordnung, die von den herrschenden Mächten mit unmoralischen, barbarischen und kriminellen Methoden durchgesetzt wird und die eine Bedrohung für alle Werte der Gesellschaft und die Freiheit der Frauen darstellt, führt zu Willkür, Massakern und Völkermorden. Diese sich verschärfende Grausamkeit macht einen gemeinsamen Kampf umso notwendiger. Angesichts der totalen Zerstörung und Skrupellosigkeit der Hegemonialmächte gegenüber der Gesellschaft, den Frauen und der Natur ist es eine vorrangige Aufgabe, einen internationalen Kampf zu entwickeln, der universelle moralisch-politische Werte verkörpert und den Freiheitsforderungen der Völker entspricht. Abdullah Öcalan betont die Notwendigkeit dessen wie folgt: »Für eine neue menschliche Ordnung ist es unumgänglich, dass die grundlegenden Probleme der Menschheit aus einer sozialistischen Perspektive sowohl philosophisch und moralisch als auch wissenschaftlich gelöst werden. In diesem Sinne ist ein neuer Internationalismus gegen imperialistische Unordnung und Chaos unvermeidlich ... Ein neuer internationaler Ansatz wird sich zunehmend bemerkbar machen. Genauer gesagt, wird er sich sowohl an konkreten nationalen Grenzen als auch an universellen Grenzen zeigen. Eine sozialistische Internationale, die die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur gut formuliert, ist ein wichtiges Bedürfnis und es wird vielleicht das Richtige und Notwendigste sein, das kommende Jahrhundert unter dem Banner einer solchen Internationale zu begrüßen.«²

Der Frauenkonföderalismus zielt auf einen gemeinsamen Kampf ab

Die Verwirklichung dieser Funktion des neuen Internationalismus, auf die Abdullah Öcalan hingewiesen hat, ist nur mit der Beteiligung und unter der Vorreiterrolle der Frauen möglich. Aus diesem Grund ist der Frauenkonföderalismus einer der wichtigsten Bereiche des Kampfes im neuen Internationalismus. Der demokratische Weltfrauenkonföderalismus, der auf einer universellen Lösungsperspektive basiert, ist eine strategisch wichtige Organisationsform, die Frauen dabei hel-

fen wird, ihre Ziele zu erreichen. Er zielt nicht nur darauf ab, die Erfahrungen aus dem Kampf für die Freiheit der Frauen in Kurdistan mit Frauen auf der ganzen Welt zu teilen und den Widerstand der Frauen weltweit zu unterstützen; sondern auch darauf, weitergehend den Horizont, die Kraft und das Handeln zu erweitern und einen gemeinsamen Kampf zu führen. Der Frauenkonföderalismus, der sich langfristig und in all seinen Facetten mit der Frage der Frauenfreiheit befasst, sieht eine Perspektive vor, die auf einer breiten Organisation, einem Bündnis der Kräfte, Solidarität und der Vertiefung von Beziehungsnetzwerken basiert. Er reagiert auf das Streben der Frauen weltweit nach

Freiheit und bietet mit seinem auf der Einheit der Unterschiede basierenden Verständnis von Kampf die Möglichkeit, Alternativen zu den Angriffen des patriarchalen Systems in allen Bereichen zu entwickeln und so Frauen die Möglichkeit zu geben, sich in allen Bereichen zu organisieren. Die Demokratie, in der der Frauenkonföderalismus zum Leben erwacht, die Freiheit der Frauen und das auf Ökologie basierende Paradigma sind grundlegende Faktoren, die den kommunalen, sozialistischen und internationalen Kampf stärken werden.

Frauen weben mit ihrem Widerstand die Zukunft

Wie in allen Revolutionen sind Jugendliche und Frauen die dynamischsten Kräfte der Gesellschaft und führen diesen Kampf an. Die sinnvollste Antwort junger Menschen, die für die Interessen der herrschenden Kräfte an die Kriegsfrennen geschickt und für alle möglichen Spezialkriegspraktiken instrumentalisiert werden, ist der internationalistische Kampf. Die universellen Werte, die diesen Kampf stärken, sind weder örtlich noch zeitlich beschränkt. Trotz aller Angriffe bestehen diese Tatsachen weiterhin und sorgen dafür, dass der Widerstand in unterschiedlicher Form auf der ganzen Welt fortgesetzt wird, dass die Plätze unter der Führung von Jugendlichen und Frauen nicht leer bleiben und dass sie sich, wie in Rojava, gegen die Barbarei und das Chaos wehren, das die Kräfte der kapitalistischen Moderne den Völkern auferlegen. Die Angriffe des patriarchalen Systems, die auf den Widerstand der Frauen und das gesellschaftliche Miteinander abzielen, stoßen auf die Barrikaden dieses Widerstands. Frauen bestehen durch ihren Widerstand darauf, eine freie Zukunft zu gestalten. Die universelle Umsetzung dieses Widerstands, der das Leben ermöglicht, ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit.

² Abdullah Öcalan »Am Sozialismus zu festzuhalten heißt, an der Menschlichkeit festzuhalten«, Weşanên Serxwebûn, 1987. [Die Übersetzung des titelgebenden Zitats lautet häufig auch »Das Beharren auf Sozialismus ist das Beharren auf Menschsein«].

Internationale Solidarität bedeutet den Aufbau von Alternativen

Hoch die Internationale Solidarität!

Michael Kaiser, Aktivist von »Defend Kurdistan«

Es gibt eine Anekdote, die der viel zu früh verstorbene Anthropologe David Graeber immer wieder erzählte, wenn er über seine Reise nach Rojava sprach. Sie handelt von einem kurzen Austausch mit Amina, einer Aktivistin der lokalen Strukturen. Graeber berichtete: »Einmal haben wir uns dafür entschuldigt, dass wir keine besseren Geschenke oder materielle Hilfe für die Menschen Rojavas mitbringen konnten, die derart unter dem Embargo leiden. Und sie sagte: ›Letztendlich ist das nicht entscheidend. Wir haben das, was uns niemand je geben kann. Wir haben unsere Freiheit, ihr nicht. Wir wünschen uns nur, dass es einen Weg gäbe, wie wir sie euch geben könnten.« «Diese Worte sind nicht nur ein

Ausdruck bemerkenswerter Würde; sie machen deutlich, was internationale Solidarität im Kern ausmacht: es geht darum, Kämpfe um Freiheit und Selbstbestimmung nicht auf eine materielle Dimension zu reduzieren und zugleich anzuerkennen, dass globale Machtverhältnisse die Bedingungen für Befreiungsbewegungen entscheidend prägen. Sie führen uns damit direkt zu jenem Ort, an dem viele der geopolitischen Verwerfungen unserer Gegenwart sichtbar werden: Kurdistan.

Eine Region im Zentrum globaler Umbrüche

Die Welt befindet sich in einer Phase tiefgreifender Umwälzungen. Politische Ordnungen verschieben sich, alte Gewissheiten lösen sich auf, neue Konfliktlinien entstehen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Mittleren Osten, in dessen Zentrum sich Kurdistan befindet – ein Raum, der von den Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran geteilt wird. Der gegenwärtige Wandel ist ambivalent: Er birgt große Gefahren, aber auch historische Möglichkeiten.

Zu den Gefahren gehören die Angriffe auf das Projekt der Demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien (DAANES), das Wiedererstarken des sogenannten Islamischen Staates sowie die drohenden Eskalationen im Irak und Iran¹. Zugleich bietet der politische Prozess der möglichen Integration der selbstverwalteten Gebiete in eine neue syrische Staatsstruktur trotz Unsicherheiten Chancen: Chancen auf eine Stabilisierung des Landes, auf eine Ausweitung basisdemokratischer Erfahrungen und auf eine Neubestimmung gesellschaftlicher Beziehungen jenseits autoritärer Modelle.

Nicht weniger bedeutsam ist, dass sich die kurdische Gesellschaft – trotz aller inneren Widersprüche – historisch selten so geeint gezeigt hat wie heute. Diese neue Einheit ist Ausdruck eines kollektiven Bewusstseins, das in Jahrzehnten revolutionärer Organisation, Repression und Widerstand gewachsen ist.

Doch gerade in solchen Momenten historischen Übergangs wird deutlich, wie zentral internationale Solidarität ist: als konkrete Unterstützung, als ethische Verpflichtung und als Möglichkeit, von den Kämpfen anderer zu lernen.

¹ Der Text entstand kurz vor dem Beginn des Krieges der USA und Israels gegen Iran.



Die 120. Ausgabe des Kurdistan Reports war geprägt von den Diskussionen um den neu eingeführten Demokratischen Konföderalismus sowie der Trauer um Uta Schneiderbanger (Nüdem) und Ekin Ceren Doğruak (Amara), die durch ein Autounfall im Anschluss an die dritte Vollversammlung des Kongra Gel ihr Leben verloren. Foto Archiv



Eine Demo von dem Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« protestiert gegen die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei. Foto: Archiv

»Krieg beginnt hier«: Die Verantwortung des globalen Nordens

Wer von internationaler Solidarität spricht, darf die eigene Rolle nicht ausblenden. Menschen im globalen Norden leben in Gesellschaften, deren Regierungen durch ihr Handeln – oder ihr Nicht-Handeln – maßgeblich beeinflussen, wie repressive Staaten gegen freiheitliche, demokratische Bewegungen vorgehen können. Sowohl auf materieller Ebene wie auch auf der Ebene propagandistischer Legitimation.

Dass die Türkei in die Lage versetzt wurde, in Kurdistan und insbesondere in Syrien Kriege gegen revolutionäre Bewegungen zu führen, liegt nicht nur an ihren eigenen Ambitionen. Es liegt an der politischen, technologischen und finanziellen Unterstützung aus Europa. Ein großer Teil dieser Unterstützung erfolgt offiziell im Rahmen der Flüchtlingspolitik; faktisch jedoch dient er der Stabilisierung eines autokratischen Staates, der eine eigenständige Rüstungsindustrie aufgebaut hat, die heute Drohnenkriege, gezielte Tötungen und Besatzungsprojekte ermöglicht.

Es sind europäische Technologien, die in Drohnen verbaut werden, die in Gebieten wie Efrin, oder Serêkaniyê und Girê Spî, oder Tişrîn eingesetzt wurden. Es sind Panzer deutscher Produktion, die bei Angriffen genutzt wurden. Es sind politische Abkommen mit der Türkei, die ihr Handlungsspielräume

verschafft haben, während sie gleichzeitig demokratische Bewegungen kriminalisiert.

Ähnliches gilt für andere historische Ereignisse: vom Einsatz deutscher Chemikalien beim Massaker von Helebce (arab. Halabdscha) bis zur systematischen Unterstützung staatlicher Strukturen, die auf Gewalt und Unterdrückung aufgebaut wurden. Der Westen schürt mittels seiner Partner Stellvertreterkriege – aus geopolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Gründen.

Internationale Solidarität bedeutet daher zunächst: sich dieser Verantwortung bewusst zu werden. Schweigen legitimiert das Handeln der eigenen Regierungen. Selbst wenn einzelne Menschen die Staatsraison nicht verändern können, beginnt jeder Wandel mit dem Schritt, die Realität zu benennen.

Und gleichzeitig bedeutet Solidarität zu erkennen, dass globale Krisen nicht voneinander getrennt betrachtet werden können. Die Kriege in Kurdistan, in der Ukraine und in Gaza, die imperialen Ansprüche der USA in Lateinamerika, die Zunahme autoritärer Populismen, soziale Spaltungen, Wohnungsnot und sexualisierte Gewalt – sie hängen miteinander zusammen. Ihre gemeinsame Grundlage ist die Struktur der kapitalistischen Moderne, deren Ausprägungen sich regional unterscheiden, deren Wurzeln jedoch dieselben sind.

Eine Alternative aufbauen: Die Kraft der kurdischen Freiheitsbewegung

Hier wird das Beispiel Kurdistans besonders wichtig – nicht, weil es ein ideales Modell wäre, sondern weil es zeigt, dass Alternativen möglich sind. Die kurdische Freiheitsbewegung hat in den freien Bergen, in den Selbstverwaltungen Nordkurdistans, im selbstverwalteten Camp von Mexmûr, in Şengal und besonders in Rojava Räume geschaffen, in denen eine andere Form des Zusammenlebens praktisch erprobt wird.

Dass diese Alternativen existieren können, liegt an jahrzehntelangem Aufbau: an Kooperativen, Räten, Akademien, Frauenstrukturen, Jugendräten und Netzwerken. Es liegt an der politischen Philosophie des Vordenkers Abdullah Öcalan, die ihre Wurzeln nicht im utopischen Entwurf der Zukunft, sondern in der Geschichte der menschlichen Gemeinschaft sucht, bevor der Staat als zentrales Machtmonopol entstand.

Das strahlendste und stabilste Beispiel dieser Alternativen ist Rojava – ein Gebiet, das trotz Krieg, Embargo und permanenter Bedrohung ein Maß an Selbstverwaltung, Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe entwickelt hat, das im Umfeld des regionalen Chaos herausragt.

Doch ebenso wichtig ist: Diese Alternativen, wie sie auch beispielsweise die zapatistischen Gemeinden in Mexiko darstellen, sind nicht als isolierte Inseln zu denken. Die kurdische Bewegung betont immer wieder, dass der Freiheitskampf nur dann bestehen kann, wenn er Teil eines globalen Prozesses wird. Befreiung kann nicht exportiert werden – sie muss überall aufgebaut werden. Internationale Solidarität bedeutet daher nicht, Kurdistan zu romantisieren oder passiv zu bewundern, sondern den Aufbau eigener Alternativen im eigenen gesellschaftlichen Umfeld zu betreiben.

Hier lohnt wie gesagt auch der Blick auf andere Bewegungen wie die Zapatistas, die – ähnlich wie die kurdische Bewegung – Plattformen des Austauschs geschaffen haben, in denen Kritik und Selbstkritik zentrale Praktiken sind. Diese Formen der gegenseitigen Bezugnahme sind Beispiele dafür, wie internationale Solidarität zu einem Prozess gemeinsamer Veränderung wird.

Die verlernte Kunst des Aufbaus

Im globalen Norden ist eine der wichtigsten Fähigkeiten verloren gegangen: der Aufbau. Protest, Widerstand, Mobilisierung – all dies ist notwendig. Aber ohne Aufbau bleibt es

defensiv. Aufbau bedeutet, konkrete Strukturen zu schaffen: Bildungsräume, Kommunen, Kooperativen, Medien, Netzwerke und solidarische Infrastruktur. Aufbau bedeutet, die eigenen gesellschaftlichen Realitäten zu analysieren, Bedürfnisse zu erkennen und Lösungen zu entwickeln.

Internationale Solidarität, verstanden im Sinne revolutionärer Realpolitik, heißt: vom Mut anderer zu lernen, aber nicht zu kopieren. Der historische Satz »Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam« hatte nie den stumpfen Sinn, etwa überall identische Guerillabewegungen zu schaffen und einen nationalen Befreiungskampf wie den der Vietkong zu führen. Er bedeutete: überall den Mut zu entwickeln, dem expansiven Kapitalismus eine andere Idee, ein anderes gesellschaftliches Projekt entgegenzusetzen.

In einer politischen Gegenwart, die zunehmend von populistischen Akteuren dominiert wird, die je nach Tagesform neue Kurswechsel vollziehen und damit das Leben von Millionen beeinflussen, ist der Aufbau solcher transnationaler solidarischer Strukturen notwendiger denn je.

Die Verantwortung, die bleibt

Während dieser Text verfasst wird ist die Gefahr in Rojava nicht gebannt. Kobanê ist weiterhin abgeschnitten, und die humanitäre Lage ist katastrophal. Die Zukunft der demokratischen Integration Syriens ist ungewiss. Doch gerade darin liegt auch eine historische Chance: die Chance, Errungenschaften wie die Frauenbefreiung, die nie wieder vollständig zurückgedreht werden kann, weiter zu verbreiten und an gesellschaftliche Realitäten anderer Orte heranzutragen.

Ihre Verteidigung und Weiterentwicklung ist nicht allein Aufgabe der Menschen vor Ort. Sie liegt auch in der internationalen Verantwortung all jener, die erkennen, dass der Kampf um Freiheit – ob in Kurdistan, Lateinamerika, Afrika oder Europa – Teil eines gemeinsamen globalen Ringens ist.

Internationale Solidarität heißt, sich nicht abzufinden. Sie heißt lernen, aufbauen, austauschen, Verantwortung übernehmen. Und sie heißt, zu verstehen, dass die Freiheit anderer immer auch die eigene ist.



FORMEN DER GEGENSEITIGEN
BEZUGNAHME SIND BEISPIELE
DAFÜR, WIE INTERNATIONALE
SOLIDARITÄT ZU EINEM PROZESS
GEMEINSAMER VERÄNDERUNG WIRD.

Von der Entstehung moderner Identität zur Abkehr vom Nationalstaat

»Die Geschwisterlichkeit der Völker« und die kurdische Frage

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und Ko-Vorsitzender des Kölner Vereins für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD)

Im Kontext des weltweiten Aufschwungs nationaler Befreiungsbewegungen entstanden, überdauerte die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) den Zusammenbruch des Realsozialismus indem sie die entscheidenden Aspekte analysierte, die es zu ändern oder beizubehalten galt. Während anfangs überhaupt erst eine moderne kurdische Identität geschaffen werden musste, wurde diese im Verlauf der Jahrzehnte des Kampfes von der Idee des Nationalstaats und Nationalismus befreit und in die Vorstellung einer »demokratischen Nation« überführt, welche auf der Geschwisterlichkeit der Völker ebenso beruht wie auf der Befreiung der Frau.

Eine neue kurdische Identität entsteht

Es wird behauptet, dass die Kurd:innen zu den Völkern gehören, die am spätesten in den Prozess der modernen Nationenbildung eingetreten sind. Diese Einschätzung ist nicht falsch. Man könnte sogar behaupten, dass die Herausbildung der Kurd:innen als echte Nation ein Produkt der letzten fünfzig Jahre ist. Trotz aller Bemühungen um eine kurdische Identität, trotz nationalistischer Institutionalisationen und Aufständen war die Bewegung von Öcalan und der PKK die erste (und bislang einzige) Bewegung, deren Verbreitung ganz Kurdistan umfasste, die Geografie in Gänze nutzte und alle Bereiche der Gesellschaft durchdrang.

Die moderne kurdische Nation ist also in den letzten fünfzig Jahren mit einer neuen Identität auf die historische Bühne getreten. Identität ist, wie viele andere historische und soziale Phänomene auch, kein einheitliches, unveränderliches und feststehendes Phänomen. Jede Identität wird durch ihre eigenen historischen, politischen und sozialen Entwicklungen geprägt.

Die Ideologie der PKK hat dieser Identitätsbildung natürlich ihren Stempel aufgedrückt. Hier muss ich zwei Aspekte

besonders hervorheben. Erstens war die Bewegung von Öcalan im Gegensatz zu früheren Aufstandsbewegungen eine, die von unten kam und aus den Reihen der armen Kurd:innen hervorging. Dies war der entscheidende Faktor für ihre Existenz und ihre Geschichte bis heute.

Zweitens hat die PKK seit ihrer Gründung einen Ansatz verfolgt, der andere Identitäten und Kulturen respektiert, die Ursache sozialer Probleme nicht in den Völkern, sondern in den Herrschenden sieht und alle progressiven Klassen- und Identitätskämpfe als strategische Allianz betrachtet. Zudem sind die Gründungsmitglieder der PKK aus der revolutionären Linken der Türkei hervorgegangen, weswegen sie sich als deren Nachfolger:innen bezeichnen. Viele Mitwirkende des Gründungsprozesses der PKK waren selbst türkischer Herkunft. Für sie war klar, dass die Türkei ohne die Befreiung Kurdistans von der Kolonialherrschaft nicht frei sein kann.

Die Entstehung der PKK-Bewegung hat außerdem dazu geführt, dass Millionen unterdrückter Bäuer:innen, Arbeiter:innen, armer Kurd:innen und Frauen als politische Akteur:innen an die Stelle der traditionellen kurdischen Repräsentanten getreten sind. Die Konstruktion einer neuen kurdischen Identität

stand in engem Zusammenhang mit dem Ziel der Lösung von Klassen-, Religions- und Geschlechterfragen. Deshalb sagte Öcalan, sie seien die Begründer:innen und Vertreter:innen der demokratischen Linie in der Geschichte und Politik Kurdistans.

Die PKK findet zu sich selbst zurück

Der Kampf gegen den Kolonialismus und für das Recht auf Selbstbestimmung folgt im Fall Kurdistans keinem klassischen Muster. In ihren Anfängen interpretierte die PKK dieses Recht ausschließlich als die Gründung eines eigenen Nationalstaates. Die PKK-Bewegung begann jedoch in einer Zeit, in der

ENTSCHEIDEND WAR EINE IDEE, DIE
UNTERSCHIEDE NICHT ALS TRENNEND
BEGREIFT, SONDERN ALS GRUNDLAGE
FÜR EIN GEMEINSAMES LEBEN.



Im der Zeit im Gefängnis kam Abdullah Öcalan zu dem Schluss, dass der Kampf für einen neuen Nationalstaat nicht zur Befreiung führen könne. Foto: Archiv

der Realsozialismus zusammenbrach und die nationalen Befreiungsbewegungen völlig wirkungslos wurden, umzudenken und kam durch die Analyse dieses Erbes und die Realität ihres eigenen Kampfes zu Schlussfolgerungen. Sie begann, den Zusammenhang zwischen Befreiung und der Gründung eines neuen Staates zu hinterfragen.

Bereits Anfang der 1990er Jahre versuchte sie durch die Erklärung eines Waffenstillstands sowie durch die Herstellung des Zusammenhangs zwischen einer Demokratisierung der Türkei und der kurdischen Frage einen Weg zur Lösung jenseits des bewaffneten Konflikts zu finden. Die türkische Staatstradition hielt es jedoch aus eigenem Interesse für unverzichtbar, die PKK als »separatistisch und spaltend« zu definieren, und reagierte auf alle Vorschläge mit Krieg und Gewalt.

Insbesondere die Ausweisung Öcalans aus Syrien am 9. Oktober 1998 und seine Auslieferung an die Türkei am 15. Februar 1999 im Rahmen des internationalen Komplotts hatten strategische Konsequenzen für die kurdische Politik und waren entscheidende Ereignisse mit Auswirkungen bis heute.

Öcalan und die kurdische Politik standen historisch gesehen vor einem großen Umbruch und mussten strategische Entscheidungen treffen, die einen nachhaltigen Einfluss auf die Überwindung dieser Herausforderungen hatten. Zunächst wurde Anfang der 90er Jahre beschlossen, die Versuche einer friedlichen und demokratischen Lösung in eine dauerhafte strategische Linie umzuwandeln. Die Bewegung entschied sich dafür, den bewaffneten Widerstand nur dann als Kampfmittel einzusetzen, wenn es unvermeidlich war und nur begrenzt Gewaltmittel zur Selbstverteidigung einzusetzen.

Der zweite und tiefgreifendere Ansatz entwickelte sich während Öcalans Gefangenschaft. In dieser Zeit richtete er den Blick stärker auf die inneren Ursachen, die die Bewegung an einen historischen Wendepunkt gebracht hatten. Er kam zu dem Schluss, dass der Kampf für einen neuen Nationalstaat nicht zur Befreiung führen könne. Denn ein Nationalstaat würde die Bewegung nicht aus der kapitalistischen Moderne herauslösen, die er als Hauptursache der kurdischen Frage beschreibt. Er argumentierte, ein solcher Staat würde im Gegenteil am Ende nur Teil dieses Systems werden — ein weiteres Element der kapitalistischen Welt, eher eine Art Anhängsel als eine Alternative.

Aus diesen Analysen entwickelten Öcalan und die kurdische Bewegung ein neues Paradigma: Im Mittelpunkt steht nicht mehr der Staat, sondern die Gesellschaft und ihre Befreiung. Entscheidend sind dabei die Demokratisierung der eigenen Strukturen, die Organisation der unterdrückten kurdischen Bevölkerung, die Befreiung der Frauen vom Patriarchat und das Ziel, eine ökologische Gesellschaft aufzubauen. Öcalan versuchte, diese Ausrichtung durch vielfältige praktische Schritte zu stärken. Diese neue Denkweise knüpft im Kern an die ursprünglichen Prinzipien der PKK an – ihren volksnahen, fortschrittlichen, sozialistischen und internationalistischen Charakter. Man könnte sogar sagen: Die PKK hat auf diese Weise zu sich selbst zurückgefunden.

Als 2011 der Bürgerkrieg in Syrien eskalierte, zeigte sich schnell: Der Konflikt wurde stark religiös und ethnisch aufgeladen und von brutaler Gewalt geprägt. Weltmächte nutzten diese Unterschiede, um den Krieg weiter anzuhetzen und zu verschärfen. Mitten in diesem Schrecken entstand in Rojava jedoch ein anderer Weg: Verschiedene Bevölkerungsgruppen und Religionsgemeinschaften – Kurd:innen, Araber:innen, Suryoye, Êzîd:innen und Armenier:innen – begannen, gemeinsam ein neues Leben aufzubauen.

Den gedanklichen Rahmen dafür lieferte das Paradigma, das Öcalan und die PKK insbesondere seit 1999 weiterentwickelt und in der Praxis erprobt haben. Ohne Öcalans Konzept der »demokratischen Nation« wäre die Rojava-Revolution höchstwahrscheinlich nicht in dieser Form möglich gewesen – und sie würde vermutlich auch nicht so in die Geschichte eingehen. Entscheidend war eine Idee, die Unterschiede nicht als trennend begreift, sondern als Grundlage für ein gemeinsames Leben. Im Alltag drückt sich das in der Redewendung »Geschwisterlichkeit der Völker« aus. Diese Idee ermutigte die Menschen in Rojava, ihre Verschiedenheit nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sie gemeinsam zu leben. Ein feministisches Paradigma prägte dabei ihren Geist und ihre Praxis.

Die Anpassung der Ansätze zur Befreiung des kurdischen Volkes

Meiner Beobachtung und Interpretation nach haben Öcalan und die PKK ihre Grundgedanken zur Natur der kurdischen Frage und zur Struktur des türkischen Staates seit Anfang der 1970er Jahre nicht geändert. Die Tatsache, dass Kurdistan eine Kolonie ist und unter der Gefahr eines Völkermords lebt, ist theoretisch weiterhin aktuell und wurde nicht negiert.

Die Ursache und der Charakter des Problems haben sich trotz einer Vielzahl von Veränderungen nicht grundlegend geändert.

Die Bewertungen, Pläne und Strategien zur Lösung dieses strukturellen Problems hingegen haben – wie ich bereits gezeigt habe – im Laufe der Zeit deutliche strategische Veränderungen erfahren. Öcalan und der kurdische Freiheitskampf haben ihre Ansätze zur Befreiung des kurdischen Volkes aus kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen und zur Emanzipation mehrfach angepasst: an die eigenen Erfahrungen, an veränderte Bedingungen und an die jeweilige Positionierung der Gegenseite.

Politik ist ohnehin nichts Starres und Unveränderliches, kein heiliger Text. In der Tradition der Linken heißt das: Politik ist »konkrete Analyse der konkreten Situation«.

Vor diesem Hintergrund hat diese Bewegung ihre Haltung zum Nationalstaat strategisch und endgültig verändert. Sie hat sowohl den Nationalstaat als auch den Nationalismus – gewissermaßen die »Religion« des Nationalstaates – einer grundlegenden Kritik unterzogen. Immer wieder hat sie betont, wie sehr beide Phänomene den Völkern in der Vergangenheit geschadet haben und bis heute schaden.

Daraus folgt – aus historischem Bewusstsein und rationaler Einsicht ebenso wie aus der Analyse der heutigen politischen Lage –, dass die Völker nicht wieder den Weg des Nationalstaats und Nationalismus einschlagen sollten, die ihnen so viel Schaden zugefügt haben. Gerade Sozialist:innen sollten diesen Weg aus ihrer politischen Agenda streichen – und ihn auch nicht als Ziel für das kurdische Volk fordern.

»Demokratische Türkei, freies Kurdistan«

Wenn die Gründung eines neuen Nationalstaates kein sinnvoller und realistischer Weg ist, dann besteht die zentrale Strategie nicht nur darin, dass Kurd:innen eine autonome, freie Struktur aufbauen. Genauso wichtig ist, dass auch die Strukturen des Zentralstaates sich für die Demokratie öffnen und sich die Gesellschaft als Ganzes demokratisiert. Deshalb lautete ein zentraler Slogan dieser Strategie – bezogen auf die Türkei – etwa: »Demokratische Türkei, freies Kurdistan«. Eine Demokratisierung des Zentralstaates und ein Modell, das die autonome Struktur der kurdischen Gesellschaft schützt, lassen sich nur gemeinsam denken. Denn in einem undemokratischen Staat wären sowohl die Errungenschaften der Kurd:innen als auch ihre Autonomie und Selbstbestimmung ständig bedroht.

IN EINEM UNDEMOKRATISCHEN
STAAT WÄREN SOWOHL DIE
ERRUNGENSCHAFTEN DER KURD:INNEN
ALS AUCH IHRE AUTONOMIE UND
SELBSTBESTIMMUNG STÄNDIG BEDROHT.



In der 116. Ausgabe des Kurdistan Reports (2004) findet sich unter anderem der Bericht eines Guerillakämpfers über seine Erfahrung in der Frauenakademie sowie ein Interview über Frauen in der EZLN. Foto: Archiv

Aus dieser Perspektive kann eine Alternative zur Staatsgründung nur aus dem Konzept einer »demokratischen Nation« entstehen. Andernfalls droht ein Konflikt der Nationalismen, in dem die vergleichsweise schwächere kurdische Identität erneut zerrieben oder zerschlagen würde. Diese Erfahrung machen Kurd:innen seit fast 200 Jahren immer wieder.

Öcalans zentrales Anliegen ist es, die kurdische Frage aus der Logik von »Aufstand und Vernichtung« herauszuführen. In diesem Sinn ist die »Geschwisterlichkeit der Völker« nicht nur ein ethischer, fortschrittlicher Grundsatz oder ein schöner Slogan, sondern eine notwendige Voraussetzung für gemein-

sames Leben und eine friedliche Politik. Natürlich wird dieser Weg erschwert, wenn die Gesellschaft, mit der man »geschwisterlich« zusammenleben will, selbst stark vom Nationalismus geprägt ist. Doch das ist ein erkennbarer Teil staatlicher Politik – und genau deshalb muss darum gekämpft werden, dass sich die Bedingungen ändern.

Die kurdische Identität umfasst mehr als Kultur und nationale Zugehörigkeit

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Bedingungen, unter denen die PKK entstanden ist, ihre klassenbezogene und ideologische Prägung sowie ihre lange Tradition des Widerstands zeigen, dass es kein Zufall ist, dass sie zur Idee der demokratischen Nation und zur Jineolojî (Wissenschaft aus der Perspektive der Frau) gelangt ist. Deshalb betont Öcalan im letzten Band seines »Manifests der demokratischen Zivilisation«, dass die Idee der demokratischen Nation das Ergebnis von vierzig Jahren Arbeit und Kampf ist.

Die Angriffe auf die Theorie der demokratischen Nation und auf das Ziel der »Geschwisterlichkeit der Völker« richten sich aus dieser Sicht gegen eine historische Errungenschaft der Freiheitsbewegung und gegen die Identität, die sie geprägt hat. Aus derselben Logik heraus wären die nächsten Ziele derjenigen, die diese Ideen angreifen, die Parole »Jin, Jijan, Azadi«, die Jineolojî und das Streben nach Frauenfreiheit. Denn

Nationalismus geht häufig mit einer patriarchalen Mentalität einher.

Die kurdische Identität, die sich in den letzten fünfzig Jahren entwickelt hat, stützt sich heute nicht nur auf Kultur und nationale Zugehörigkeit. Sie ist auch geprägt von dem Anspruch, Ausgrenzung zu überwinden, ein demokratisches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen und die Freiheit der Frauen voranzutreiben. Genau diese Haltung ist meiner Meinung nach die größte Stärke und eine zentrale Kraft der Kurd:innen.



Ein Vorschlag für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert

Warum ein neuer Sozialismus?

Zeki Bayhan, kurdischer Politiker und Autor zahlreicher Schriften zum demokratischen Sozialismus

Um zu wissen, was wir tun werden, müssen wir erst wissen, wer wir sind. (nach Peter Weiss)

Die Verwendung des Begriffs Sozialismus reicht geschichtlich nicht sehr weit zurück, doch sein begriffliches Äquivalent ist Gesellschaftlichkeit beziehungsweise Kommunalismus. Daher kann er als gemeinsamer Name all jener gesellschaftlichen Kämpfe und Strukturierungen gelesen werden, die im Namen der Gesellschaft und für die Gesellschaft entwickelt worden sind. In diesem Sinne ist die Geschichte sozialistischer Kämpfe die Geschichte aller Kämpfe, die sich gegen die Kultur der Herrschaft herausgebildet haben. Ob ökonomisch, geschlechtsbezogen oder kulturell: Alle Kämpfe, die sich gegen sämtliche Ausbeutungs- und Unterwerfungsdiktate richten, sind sozialistische Kämpfe. Deshalb bleibt es eine unvollständige Lesart, die Idee des Sozialismus auf die letzten 200-300 Jahre der modernen Zeit, ja mehr noch: auf die Zeit seit der Entstehung des Marxismus zu begrenzen.

Zweifellos haben die sozialistischen Theorien und Kämpfe der letzten 200-300 Jahre – von den utopischen Sozialist:innen bis zum Marxismus – einen strategischen Platz und eine strategische Rolle im sozialistischen Denken. Es sollten jedoch deshalb nicht andere Erfahrungen übersehen werden: etwa die der Qarmaten, die zwischen dem 9. und 10. Jahrhundert ein kommunalistisches System errichteten. Denn die Qarmaten¹ haben es vermocht, eine Struktur zu schaffen, die länger Bestand hatte als die Sowjetunion. Wir bringen dieses Beispiel aus folgendem Grund: Sozialismus – der Marxismus eingeschlossen – kann und darf nicht nur auf eine bestimmte Epoche begrenzt werden. Die Qarmaten stehen für eine gemeinschaftliche Denkweise und Organisation, die sich gegen die damals im Islam vorherrschende Politik richtete.

Das darf nicht so verstanden werden, dass wir den Marxismus trivialisieren. Marx ist einer der brilliantesten sozialistischen Denker, die die Menschheitsgeschichte gesehen hat. Wir

ziehen bis heute Lehren aus dem Marxismus, wir lernen auch weiterhin von Marx. Was wir mit Nachdruck unterstreichen wollen, ist Folgendes: So sehr der Marxismus eine brillante, uns weiterhin erhellende Perspektive enthält, bleibt er in letzter Instanz eine Interpretation einer Epoche – die konkrete Analyse konkreter Bedingungen des 19. Jahrhunderts. Wenn sich die Bedingungen nach 200 Jahren verändert haben, verändert sich auch die Analyse. Und die Veränderung der Analyse bringt einen vielschichtigen Veränderungsbedarf hervor: von der Ideologie über Organisationsformen bis hin zur Kampfstrategie. Marx selbst hat im Zeitraum von 1848, als er das Kommunistische Manifest schrieb, bis zu seinem Tod sein Denken fortwährend überprüft und revidiert.

Seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems ist der Sozialismus in erheblichem Maße auf die Ebene einer intellektuellen Debatte zurückgewichen. Er wurde aus dem Feld gesellschaftlicher Organisation an Universitätslehrstühle und in Konferenzsäle verlagert. Und diese Debatten trugen – und tragen – zumeist die Spuren jener Melancholie, in die die sozialistische Welt nach dem Kollaps der Sowjetunion verfallen ist. Mit anderen Worten: Nach dem Verlust des Sozialismus entwickelte sich ein Zustand der Orientierungslosigkeit.

Dabei hätte getan werden müssen, was notwendig ist: aus dem Ergebnis einer richtigen kritisch-selbstkritischen Analyse Lehren zu ziehen und den sozialistischen Kampf wiederzubeleben. Doch es traten kaum Menschen hervor, die dies wirklich zu ihrer Sache machten. Wer hervortrat, blieb in persönlichen oder gruppenspezifischen Grenzen gefangen.

Mit der 68er-Bewegung hatte sich tatsächlich gezeigt, dass das modernistische Paradigma sowohl in seiner rechten als auch in seiner linken Ausprägung zusammengebrochen war. Das ist es, was wir eine systemische Krise nennen. Keine innerhalb des Horizonts des modernistischen Denkens geformte rechte oder linke Struktur kann außerhalb dieser Krise verortet werden. Tatsächlich war die '68er-Bewegung keine klassische sozialistische Bewegung. Sie brachte vielmehr zum Ausdruck, dass weder der Liberalismus noch die realsozialistischen Erfahrungen die von ihnen versprochenen Utopien verwirklicht hatten – und, noch wichtiger, dass sie diese auch nicht würden verwirklichen können.

¹ Die Qarmaten waren eine radikale, revolutionäre Gruppierung und Bewegung des 9., 10. und 11. Jahrhunderts, die ebenso wie die Fatimiden zu den Ismailiten zählt und auf Hamdan Qarmat (890–906) zurückgehen. Sie werden auch als frühe »Kommunisten« bzw. »Kommunalisten« im islamischen Kontext bezeichnet.

Angesichts dieser Entwicklung begann die kapitalistische Moderne, insbesondere über die Politik der Globalisierung, nach neuen Auswegen zu suchen. Die sozialistische Welt hingegen las die 68er-Bewegung im Allgemeinen als einen Aufstand gegen die kapitalistische westliche Welt. In Wirklichkeit war es das sowjetische System, das stärker unter Druck stand – und damit einem größeren Risiko ausgesetzt war. Wenn man die Periode 1970-1990 des sowjetischen Systems gründlich untersucht, wird das leicht zu erkennen sein.

Sozialismus und Kritik/Selbstkritik

Die marxistische Theorie ist eine Theorie der Kritik und ist von Beginn an auch selbst kritisiert worden. Man kann an die Marx-Proudhon-Debatten erinnern; diese Debatten waren äußerst produktiv. Doch als marxistisch-sozialistische Bewegungen an die Macht kamen, wurde ein deutlicher Wandel in der Kultur der Kritik sichtbar. Einer der wichtigsten Gründe, die das sowjetische System in die Zerstörung führten, ist der Bruch mit der Kultur der Kritik und Selbstkritik. Denn nach der Revolution wurde in der Sowjetunion die Richtung der Kritik nach außen gedreht. Ja, die Kritik am sowjetischen System wurde als Konterrevolution verstanden. Das System wurde der Kritik – und damit auch der Selbstkritik – entzogen. Der Stimme der Kritik wurde die Luft abgeschnürt. Eine Struktur, die sich gegenüber Kritik verschließt, kann sich nicht erneuern; sie kann sich nicht von ihren Mängeln und problematischen Seiten reinigen.

Ein ähnlich problematischer Zugang herrscht in vielen sozialistischen Bewegungen. Revolutionäre Bewegungen existieren über Kritik am herrschenden System; sie sind selbst Bewegungen der Kritik. Diese Wahrnehmung versteht Kritik an sozialistischen Bewegungen automatisch als Konterrevolution. Dieses Verständnis ist ein Erbe der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) in den sozialistischen Bewegungen der Welt. Es ist derart starr – man muss es Dogma nennen –, dass Bewegungen, die seit über 100 Jahren behaupten, einen sozialistischen Kampf zu führen, sich nicht hinterfragen, keinen Erneuerungsbedarf verspüren, obwohl sie keinen Schritt vorgekommen sind, und trotz all dieser Misserfolge weiterhin großspurig daherreden.

Realismus in revolutionärer Politik ist zugleich eine Falle und eine Stufe. Wenn du dich auf Realismus beschränkst, wirfst du am Ende im Hafen konservativer Politik den Anker und trittst in die Falle. Wenn du aber die Realität als Analyse konkreter Bedingungen liest und von dort solide Brücken zu revolutionären

Idealen schlägst, führst du einen erfolgreichen revolutionären Prozess an. Dann wird Realismus zu einer Stufe, die den revolutionären Kampf voranträgt. Es ist eine schlichte Realität: Ob sie sich marxistisch, leninistisch oder maoistisch nennen – die sozialistischen Erfahrungen haben das 20. Jahrhundert mit großen Enttäuschungen abgeschlossen. Sozialistische Bewegungen haben – unter sowjetischer Führung – in einem Drittel der Welt, entsprechend der marxistischen Revolutionsstrategie, die Macht ergriffen und sind dennoch zusammengebrochen. Warum?

Wir dürfen nicht der Illusion verfallen, dieser Zusammenbruch ließe sich allein auf die Schwierigkeiten reduzieren, denen die Erfahrungen begegnet sind. Natürlich hatte jede Erfahrung in ihrer jeweiligen Besonderheit Fehler und Mängel; das muss untersucht werden. Doch wenn das Ergebnis überall das gleiche ist, müssen die gemeinsamen Grundlagen problematisiert werden: Systemanalyse, Revolutionsstrategie, Macht- und Staatspolitik etc.

Die heutige Welt ist dunkler als die des 20. Jahrhunderts: für die Arbeiter:innen, für unterdrückte Kulturen und Ethnien, für Frauen, für die Natur, für die Lebewesen in der Natur... Seit 40-50 Jahren ist mit den Globalisierungspolitiken nicht nur die Arbeitskraft, sondern der ganze Planet rücksichtslos ausgebeutet worden – und er wird es weiterhin. Während globale Konzerne gemästet werden, wachsen die großen Gesellschaftsschichten, die in Armut und Elend leben, täglich. Mit der Globalisierung dreht sich die Spirale von Krieg und Gewalt weiter. Es sind bereits massenhafte Migrationsbewegungen entstanden, die mit zig Millionen Betroffenen beziffert werden.

Schauen wir auf die Türkei. In der Türkei ist Arbeit nie so rücksichtslos ausgebeutet worden wie heute. Gewerkschaftliche Rechte sind niemals so gestutzt worden. Arbeitslosigkeit und Armut sind niemals so ausgeweitet worden. Glaube, Identität, Kultur, Lebensstile sind niemals so rücksichtslos unter Druck gesetzt worden. Der Graben zwischen Gesellschaft und Kapital war nie so tief. Gibt es angesichts dessen eine Bewegung, die im Namen des Sozialismus in die Gesellschaft hinabsteigt, organisiert, eine gesellschaftliche Basis schaffen kann? Und sagt dieses Bild nicht etwas aus?

Kurz: Die sozialistischen Kampf- und Machterfahrungen des 20. Jahrhunderts haben sich aufgelöst; die politische Ökonomie des herrschenden Systems hat sich gewandelt; die Ausbeutung der Arbeitskraft hat sich verschärft; die Globalisierungspolitiken haben die Gesellschaft in vielfacher Weise zerstört; die ökologische Krise hat ein Niveau erreicht, das das

Leben bedroht. Unter diesen Bedingungen ist es eine historische Verpflichtung der sozialistischen Welt, einschließlich des Marxismus, aus der Geschichte der sozialen Kämpfe durch eine selbstkritische Lektüre Lehren zu ziehen und auf der Grundlage einer konkreten Analyse der konkreten Bedingungen der Gegenwart im Zusammenspiel von Theorie und Praxis einen neuen Ausweg zu schaffen.

Die Auflösung der sozialistischen Vorreiterrolle und die Mission Öcalans

Während einige nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems trauerten und andere mit melancholischen Gefühlen kämpften, erklärte Öcalan mit dem Satz »Das Beharren auf Sozialismus ist das Beharren auf Menschsein«, wo er auch künftig stehen werde. Das war in den frühen 90er Jahren.

Es war zugleich die Erklärung der Entscheidung: Es wird ein Weg gefunden werden. Diese Suche stellt eine der strategischsten Dimensionen von Öcalans revolutionärem Kampf der letzten Jahrzehnte dar. Denn die Krise, in der der Sozialismus steckte, war nicht primär ein kurdisches oder Nahostproblem, sondern eine globale Krise.

Man kann sagen, dass Öcalan in seiner Suche nach einem sozialistischen Ausweg neben seiner Führungsfähigkeit zwei Vorteile besaß. Erstens: Er hatte den Kampf als Sozialist begonnen. Innerhalb der sozialistischen Bewegung der Türkei war er stark beeinflusst von Mahir Çayan und empfand eine große Sympathie. Nach der Gründung der PKK verfolgte er die Sowjetunion aus der Nähe; er entwickelte Beziehungen zu Kreisen wie der Irakischen Kommunistischen Partei und der Bulgarischen Kommunistischen Partei. Der Sozialismus bildete seine theoretische Grundlage, aber er stand auch mit seinen politischen Repräsentationen in Beziehung. Das schuf eine sowohl theoretische als auch praktische Kompetenz.

Zweitens hatte Öcalan die Realität des Nahen Ostens im spezifischen Kontext der Türkei, Syriens, Iraks und Irans – seine politische Machtstruktur und sein gesellschaftliches Gefüge – gründlich analysiert. Die Tatsache dass die kurdische Freiheitsbewegung in einer Region wie dem Nahen Osten seit einem halben Jahrhundert – trotz Krieg, Vertreibung, Spaltung und Belagerung – bestehen und sogar erstarken konnte, beruht auch auf einer Kampfstrategie, die mit Öcalans ideologisch-politischen Erfahrungen verknüpft ist.

Chaos ist schöpferisch, die Mutter der Schöpfungen. Die Krisen- und Chaoslage, in die der Sozialismus geriet, verlangte nicht nur die Verantwortung, darüber nachzudenken, sondern schuf auch Möglichkeiten, frei zu denken. Das war eine gute Voraussetzung um von den sozialistischen Kämpfen zu lernen, die mit großen Opfern geführt worden sind. Denn nicht nur Wahrheiten, auch Irrtümer sind lehrreich.

Die Geschichte verläuft in Wellen und nimmt ihren Weg, doch manchmal erteilt sie bestimmten Menschen eine Hauptrolle in ihrem Fortgang. Öcalan ist eine Führungspersönlichkeit, die den Kampf für die Lösung der kurdischen Frage aus sozialistischer Perspektive begonnen und rasch Fortschritte gemacht hat. Zu Beginn der 1990er Jahre, sah er sich mit der Krise des Sozialismus konfrontiert, die auf nationaler, regionaler

und globaler Ebene breite unterdrückte gesellschaftliche Schichten erfasste. Er war eine der seltenen Persönlichkeiten, die Verantwortung übernehmen konnten – und, in gewisser Weise, übernehmen mussten. Denn er war Sozialist und repräsentierte eine sozialistische Bewegung, die sich im Aufstieg befand und an gesellschaftlicher

Unterstützung gewann. Das war eine Verantwortung, die die Geschichte Öcalan auferlegte. Und er zeigte die Kraft, ihrer gerecht zu werden.

DIE GESCHICHTE SOZIALISTISCHER
KÄMPFE IST DIE GESCHICHTE
ALLER KÄMPFE, DIE SICH GEGEN
DIE KULTUR DER HERRSCHAFT
HERAUSGEBILDET HABEN.

Der Begriff des »gesellschaftlichen Sozialismus«

Diese Begrifflichkeit ist ein Stück weit irritierend. Denn Sozialismus bedeutet ohnehin Gesellschaftlichkeit. Warum also »gesellschaftlicher Sozialismus«? Weil Sozialismus stets mit Staat und Macht identifiziert wurde – und auch so wahrgenommen wurde. Dem liegt zugrunde, dass die marxistische Revolutionsstrategie darauf basiert, die Staatsmacht zu ergreifen und durch Proletarisierung den Sozialismus zu erreichen.

Die Konzeptualisierung zeigt, dass die Ausrichtung des sozialistischen Kampfes vom Ziel, die Staatsmacht zu ergreifen, auf den gesellschaftlichen Aufbau verlagert wird. Öcalan beabsichtigt mit der Begrifflichkeit des »gesellschaftlichen Sozialismus« nicht nur, den Sozialismus wieder mit seinem philosophischen Kern zu verbinden. Gleichzeitig gibt er mit seiner sozialistischen Organisation und Politik eine klare Richtung vor. Danach werden alle politischen, ökonomischen und kulturellen Organisationsformen die Gesellschaft zur Grundlage nehmen.

Manche Kreise kritisieren dieses Argument mit dem Einwand, es enthalte keine Machtperspektive. Wenn Macht als Staat und zentralisierte politische Kraft definiert wird, ist diese

Kritik korrekt. Wenn Macht jedoch als gesellschaftliche Kraft und Wille definiert wird, dann nicht. Denn die hier zugrunde gelegte Machtperspektive ist die Übertragung der Macht aus Staat und politischen Kraftzentren auf die Gesellschaft, auf die gesellschaftliche Basis. Man kann nicht sagen, dass es keine Macht gibt, nur weil alle über Macht verfügen, – aber es existieren keine Machtzentren. Man kann dies als Perspektive beschreiben, an die Stelle zentraler politischer Macht eine gesellschaftliche Macht zu setzen.

Gesellschaftlicher Sozialismus ist gegen die Zentralisierung von Macht im Staat oder in staatsähnlichen Organisationsformen – selbst im Namen des Sozialismus.

Kritik und Systemaufbau sind nicht dasselbe

Es gab immer Kritik am Marxismus und an sozialistischen Erfahrungen: vom Anarchismus in Hinsicht auf Machtzentralisierung (Staat) und Hierarchie; vom Feminismus wegen der Art, wie geschlechtliche Ausbeutung behandelt wurde; von der Ökologiebewegung wegen Naturausbeutung und der Bejahung des Industrialismus; von kulturellen Bewegungen Kritiken in Bezug auf Identitätspolitik. Hinzu kommt die vielschichtige Kritik des Postmodernismus.

All diese Kritiken können aufgrund ihrer jeweiligen Perspektiven einseitige Aspekte aufweisen.

Doch sie weisen jeweils auf einen Mangel, eine Störung hin. Der erneute systemische Aufbau des Sozialismus ist etwas anderes. Selbst wenn marxistisch-sozialistische Theorie und Erfahrungen die Geschlechterfrage auf der Grundlage behandeln würden, die der Feminismus verlangt, hieße das nicht, dass damit auch die anderen Kritiken beantwortet wären.

Die Frankfurter Schule und die postmoderne Philosophie haben vielschichtige Kritiken am Marxismus und an sozialistischen Erfahrungen formuliert. Und sowohl in der Frankfurter Schule als auch in der postmodernen Philosophie gibt es starke marxistische Adern. Doch trotz ihrer horizonterweiternden Kritiken sprechen sie nicht über den erneuten, systemischen Aufbau des Sozialismus.

Der Wiederaufbau des Sozialismus

Der Wiederaufbau des Sozialismus erfordert eine systemische Ganzheitlichkeit – philosophisch, ideologisch und im Modell der Organisierung. Ohne eine systemische Ganzheitlichkeit kann die Dialektik von Teil und Ganzem nicht funktionieren.

Öcalans Formulierung des demokratischen Gesellschaftssozialismus bringt eine solche Ganzheitlichkeit zum Ausdruck. Denn in dieser Formulierung sind auf philosophischer Ebene die demokratisch-ökologische und auf Frauenbefreiung beruhende Perspektive, auf ideologischer Ebene der demokratische Gesellschaftssozialismus und auf organisatorischer Ebene der Konföderalismus systemisch mit einander verschränkt.

A – Philosophischer Kontext: Die demokratisch-ökologische, geschlechterbefreiende Perspektive

Diese Perspektive basiert auf drei Aspekten:

1 – Systemanalyse

Öcalan analysiert das kapitalistische System nicht als ein System der letzten paar Jahrhunderte, sondern als die letzte und krisenhafteste Phase der 5.000-jährigen staatlichen Zivilisation.

Dass anstelle des Kapitalismus die staatliche Zivilisation problematisiert wird, bedeutet eine paradigmatische Änderung in der Analyse. Eine Analyse, die nur den Kapitalismus problematisiert, richtet sich nur gegen kapitalistische Macht und gegen den kapitalistischen Staat. Eine Analyse, die die staatliche Zivilisation problematisiert, richtet sich jedoch gegen die staatliche Organisationsform selbst. Dieser Unterschied bestimmt viele Komponenten unmittelbar: von der Machtanalyse der Revolutionstheorie bis zur Revolutionsstrategie und zum Modell gesellschaftlicher Organisierung.

Öcalan zufolge ist eine korrekte Analyse des Kapitalismus nur möglich, wenn er zusammen mit der staatlichen Zivilisation und als deren Phase bewertet wird. Denn die Codes der kapitalistischen politischen Ökonomie wurden in der Morgendämmerung der staatlichen Zivilisation festgelegt.

Manche sozialistischen Kreise wenden sich gegen Öcalans These, anstelle des marxistischen Klassenwiderspruchs könne der Kommune-Staat-Widerspruch gesetzt werden. Hinter der geschichts- und gesellschaftsanalytischen Lesart auf der Grundlage des Kommune-Staat-Widerspruchs steht jedoch eine Systemanalyse, die den Kapitalismus als eine Phase der staatlichen Zivilisation begreift. Wenn die staatliche Zivilisation die Problematik darstellt, dann ist es ein unvermeidliches Ergebnis soziologischer Lektüre, den Staat und seine Beziehung zur Kommune – die der Staat zerstört und gegen den die Kommunalität kämpft – in den Mittelpunkt zu stellen. Im Übrigen gibt es auch in der marxistischen Theorie die These, dass sich der Staat entwickelt hat, indem er das kommunale Gesellschaftsleben zerstörte. Engels' Arbeiten dazu sind bekannt.

Die geschichts- und gesellschaftsanalytische Lesart auf der Grundlage des Widerspruchs zwischen Kommune und Staat negiert den Klassenwiderspruch nicht. Kommune ist als Begriff die Negation aller Ausbeutungsbeziehungen und -strukturen: klassenbezogen, geschlechtlich, kulturell. Der Staat als zentrales Machtinstitut des Ausbeutungssystems ist nicht allein auf Klassenverhältnissen aufgebaut. Staatliche Organisation trägt einen patriarchalen Charakter, und in ihrem Fundament liegt auch die geschlechtsspezifische Ausbeutung. Es ist eine bekannte Realität, dass diese Ausbeutung historisch der Klassen-Ausbeutung vorausgeht.

Die Kommune ist eine realistische Struktur, die sich besser für eine historische Soziologie eignet, weil sie im Vergleich zur Klasse die vielschichtigen Dynamiken der Kultur gesellschaftlicher Freiheit umfassend erfasst und somit für die Analyse von Geschichte und Gesellschaft deutlich ergiebiger ist.

Die Institutionalisierung von Ausbeutungsverhältnissen in den Bereichen Demokratie, Ökologie und Geschlecht ist das Werk staatlicher Zivilisationsstrukturen. Die sozialistische Sichtweise und Perspektive, die einen ganzheitlichen Kampf in diesen Bereichen vorsieht, wird durch diese Systemanalyse geprägt.

2 – Kritik am Marxismus

Wir sagen: demokratischer Gesellschaftssozialismus. Dabei ist der Charakter des Sozialismus ohnehin gesellschaftlich – und auch demokratisch. Doch diese Benennung ist politisch notwendig. Denn vor allem die Sowjetunion und andere sozialistische Experimente haben den Demokratie-Test nicht wirklich bestanden.

Hinter diesem Problem steht, dass die marxistische Revolutionsstrategie die Ergreifung der Staatsmacht und den Aufbau der Diktatur des Proletariats priorisiert. Mit dieser Strategie wurde zunächst die Macht angestrebt, bevor man sich der Demokratie zuwandte. Und nach der Revolution erhielt – wie im sowjetischen Beispiel – die Stärkung des Staates Priorität. Daher tritt auch in den marxistisch-sozialistischen Experimenten der Mangel an Demokratie in den Vordergrund, der dem Sozialismus schadet.

Eine der wichtigsten Unzulänglichkeiten marxistischer Theorie – und damit sozialistischer Erfahrungen – liegt im Feld der Geschlechterausbeutung. Marx war sich selbstverständlich der Geschlechterausbeutung bewusst und sah sie als Problem.

WENN DIE GESELLSCHAFT DURCH
LOKALE INITIATIVEN EIN NETZWERK
VON ORGANISATIONEN AUFBAUT,
DAS IHRE WIRTSCHAFTLICHEN
UND POLITISCHEN BEDÜRFNISSE
ERFÜLLEN KANN, WIRD DER STAAT
SEINE FUNKTION VERLIEREN.

Doch wegen der klassenzentrierten Gesellschaftsanalyse prognostizierte er, dass mit der Überwindung der Klassen-Ausbeutung auch die Geschlechterausbeutung überwunden werde. Damit wurde die Geschlechterausbeutung in der marxistischen Theorie objektiv auf eine Nebensache reduziert, wodurch die Theorie unvollständig blieb.

Auch im Feld der Ökologie kann man nicht leugnen, dass es in der marxistischen Theorie eine starke Naturphilosophie gibt. Doch dass Marx und Engels industrielle Entwicklungen mit Lob begrüßten und als Fortschritt begrüßten, führte in sozialistischen Kreisen zu einer oberflächlichen Behandlung des Industrialismus. Dies hat sowohl den Weg für die Ausbeutung der

Natur durch das kapitalistische System erleichtert als auch die marxistische Theorie in ökologischer Hinsicht unvollständig gelassen. Die marxistische Theorie hat industrielle Entwicklungen nur oberflächlich behandelt, was maßgeblich zur Entstehung der weit verbreiteten und nach wie vor stark vertretenen Auffassung beigetragen hat, dass nicht industrielle Entwicklungen für die ökologische Zerstörung verantwortlich sind, sondern die Machthaber, die sie nutzen. Dabei sind industrielle Entwicklungen keineswegs so harmlos, wie sie dargestellt werden.

Kurzum: Demokratie, Ökologie und Geschlecht bilden die wichtigsten Mangelstellen der marxistischen Theorie. Ein freiheitlicher sozialistischer Blick und eine Praxis müssen jedoch demokratisch, ökologisch und geschlechterbefreiend sein. In diesem Sinn bedeutet dies zugleich die Vervollständigung des marxistisch-sozialistischen Ansatzes.

3 – Die heutige Welt

In der heutigen Welt bilden Demokratie, Ökologie und gesellschaftlicher Sexismus die brennendsten gesellschaftlichen Fragen. Da die staatliche Zivilisation auf der Ausbeutung dieser Felder aufgebaut ist und der Kapitalismus die Spitze dieser Struktur darstellt, ist dieses Ergebnis nicht überraschend.

Eines der meistdiskutierten Themen in der politikwissenschaftlichen und philosophischen Mainstream-Literatur ist Demokratie. Nahezu jede Analyse beginnt hier mit der Annahme, Demokratie sei ein Bestandteil der staatlichen Zivilisation. Doch im System staatlicher Zivilisation kann man weder von klassenbezogener noch von kultureller noch von politischer noch von geschlechtlicher Demokratie sprechen. Denn der Staat ist auf der Negierung von Demokratie aufgebaut. »Demokratischer Staat« ist eine Worthülse. Demokratie ist die Selbstverwaltung des Volkes. Wo Selbstverwaltung existiert,

tiert, funktioniert auch die staatliche Struktur nicht. In der kapitalistischen Welt von heute, in der Völker bis ins Mark ausgebeutet werden und in Hunger und Elend darben, kann man von Demokratie nicht auch nur annähernd sprechen. Die ökologische Krise hat ein Niveau erreicht, das das Leben bedroht. Die Ökologie gehört heute zu den größten Herausforderungen, denen die Menschheit gegenübersteht.

Im Bereich des sozialen Geschlechts haben sich die Widersprüche vertieft. Frauen werden ökonomisch, kulturell, politisch, psychologisch, geschlechtlich – auf allen Ebenen – in einem nie gesehenen Ausmaß ausgebeutet und negiert. Dass der Sozialismus Lösungen für diese Problemfelder hervorbringt, die gesellschaftliches Leben und Freiheiten vernichten, ist eine moralisch-politische Verantwortung. Und die Überwindung dieser Probleme ist nur möglich, wenn der Blick eine entsprechende Ausrichtung und Schärfe erlangt.

Der Unterschied der demokratisch-ökologischen, geschlechterbefreienden Perspektive besteht darin, dass diese Aspekte miteinander verknüpft analysiert und zur Grundlage einer Perspektive des gesellschaftlichen Sozialismus gemacht werden. Demnach sind die ökologische, geschlechterbefreiende und eine demokratische Sichtweise nicht voneinander zu trennen. Eine demokratische Perspektive erfordert von Sozialist:innen zwingend gleichzeitig die ökologische und geschlechterbefreiende Perspektive. Ein Sozialist kann nicht gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft auftreten und zur Frauen- und Umweltfrage schweigen. Tut er das, wird er inkonsequent und verliert seine sozialistische Identität.

Hinter all diesen Widersprüchen steht die herrschaftliche Mentalität und Kultur der staatlichen Zivilisation. Ausgebeutet werden Arbeit, Frau, Natur, Identität – der Ausbeutungsmechanismus ist der gleiche. Der sozialistische Kampf dagegen kann sich nicht auf einen einzigen der Widersprüche beschränken. Sozialist:innen müssen unter Berücksichtigung des Charakters des Herrschaftssystems auf der Grundlage einer vielseitigen relationalen Ganzheitlichkeit kämpfen.

B – Ideologischer Kontext: demokratischer Gesellschaftssozialismus

Der demokratische Gesellschaftssozialismus beinhaltet die Grundannahme, dass der grundlegende Widerspruch zwischen Kommune und Staat besteht und die Gesellschaftsgeschichte durch diesen Widerspruch charakterisiert ist. Kommune ist in dieser Perspektive die Wertekomposition, die freie Gesellschaftlichkeit bildet; sie beruht auf dem Prinzip der Freiheit und Gleichheit. Man kann auch sagen: Sie beruht auf der Dialektik von Gleichheit und Freiheit. Denn Gleichheit und Freiheit sind gesellschaftliche Komplementäre, die nicht

voneinander zu trennen sind. In allen gesellschaftlichen Beziehungsfeldern – Arbeit, Politik, Geschlecht, Kultur, Natur – ist dieses Prinzip grundlegend. Die Klassenverhältnisse sind ebenfalls eines der Widerspruchsfelder, die entgegen dem Prinzip von Gleichheit und Freiheit entstanden sind. Die Kommune hingegen ist nicht klassen-, sondern gesellschaftsbezogen. Sie ist eine Form der Gesellschaftlichkeit, die über Klassenzugehörigkeiten hinausgeht.

Diese Analyse priorisiert für die gesellschaftliche Transformation kein Ausbeutungsverhältnis vor den anderen. In Bezug auf Freiheitskultur gibt es keinen Unterschied und keine Überlegenheit der Arbeitsausbeutung gegenüber der Geschlechterausbeutung oder der Geschlechterausbeutung gegenüber der Ausbeutung kommunaler Werte. Aus der Ethik der Freiheit heraus können Ausbeutungsverhältnisse nicht in »wesentlich/ nebensächlich« unterschieden werden.

Deshalb ist in der Perspektive des demokratischen Gesellschaftssozialismus das Subjekt gesellschaftlicher Transformation weder allein das Proletariat noch allein Frauen noch eine andere einzelne Gruppe. Das Subjekt gesellschaftlicher Transformation sind Arbeiter:innen, Frauen, Ökolog:innen, unterdrückte Identitäten, Kulturen und andere gesellschaftliche Segmente – die moralisch-politischen Kräfte der Gesellschaft.

Die marxistische Revolutionsstrategie räumt der Übernahme der Staatsmacht Vorrang ein und verschiebt die gesellschaftliche Transformation, mit anderen Worten den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, auf einen späteren Zeitpunkt. Das bedeutet, dass der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erst dann erfolgen kann, wenn die Staatsmacht übernommen worden ist. Dass diese Revolutionsstrategie nicht funktioniert, hat sich in den realsozialistischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gezeigt, und das ist weniger eine Kritik als vielmehr eine von der Geschichte belegte Tatsache. Die sozialistische Welt kann es sich nicht leisten, die Augen vor dieser Tatsache zu verschließen.

Der demokratische Gesellschaftssozialismus lehnt eine Revolutionsstrategie ab, die auf der Übernahme der Staatsmacht basiert, und er lehnt es ab, zu diesem Zweck in den Kampf zu ziehen. Denn er analysiert und stellt fest, dass der Staat charakteristischerweise auf der Unterdrückung von Freiheiten aufgebaut ist und dass freiheitliche gesellschaftliche Veränderungen nicht durch eine freiheitsfeindliche Institution erreicht werden können. Die Transformationsstrategie des demokratischen Gesellschaftssozialismus ist auf eine Selbstverwaltung orientiert und basiert gemäß diesem Prinzip auf der Organisation der Gesellschaft von der Basis aus.

Die Organisation der Gesellschaft auf der Grundlage des Prinzips der Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen, ins-

besondere in der Wirtschaft, wird die Ausbeutungspolitik des Staates gegenüber der Gesellschaft zurückdrängen. Denn wenn die Gesellschaft durch lokale Initiativen ein Netzwerk von Organisationen aufbaut, das ihre wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse erfüllen kann, wird der Staat seine Funktion verlieren.

Selbstverwaltung schließt den Staat politisch aus – oder umgekehrt. Denn der Staat verwaltet die Gesellschaft, gestützt auf die zentralistische Macht. Je mehr lokale Initiativen entstehen, die mit der direkten Beteiligung des Volkes als politische Subjekte funktionieren, je mehr sich Selbstverwaltungsmechanismen institutionalisieren, desto mehr wird der Teppich unter dem Staat zuerst verkleinert und diesem dann der Boden unter den Füßen weggezogen.

Denn während der Staat dadurch existiert, dass er ökonomische und politische Macht in seiner Hand zentralisiert, setzt Selbstverwaltung voraus, dass Macht in lokale Strukturen, an die Basis verteilt wird. Weil dieser Konflikt ein struktureller ist, wird es, solange der Staat existiert, auch eine politische Spannung zwischen Selbstverwaltung und zentralistischem Staat geben.

Selbstverwaltung ist zugleich die wirksamste Schule, die die Gesellschaft rasch transformiert. Denn eine selbstverwaltete Gesellschaft verlangt, dass jedes Mitglied als politisches Subjekt handelt – und seine Praxis sowohl in leitender als auch in geleiteter Rolle politisch ausübt. In diesem Sinne wird Selbstverwaltung den Weg für die Begegnung der Gesellschaft mit ihrem moralisch-politischen Charakter ebnet und durch Handeln im öffentlichen Raum ihre Befreiung ermöglichen.

Ein wesentliches Merkmal, das die Transformationsstrategie des demokratischen Gesellschaftssozialismus auszeichnet, ist auch, dass sie gesellschaftliche Transformation nicht in die Zukunft verschiebt, sondern als einen Prozess versteht, der sofort und vor Ort beginnt. Prozesshaftigkeit ist ein wesentliches Merkmal dieser Strategie des gesellschaftlichen Wandels. Vereinfacht gesagt: Nicht alles wird auf einmal geschehen, sondern der Sozialismus wird überall Schritt für Schritt aufgebaut, und diese Schritte werden durch Organisation von Netzwerken zu einem System der Solidarität wachsen.

1. Positive Revolution

Öcalan verwendet stellenweise im Bezug auf diese gesellschaftliche Transformationsstrategie den Begriff »positive Revolution«. Bekanntermaßen ist Revolution eine vielschichtige Handlung, die sowohl Zerstörung als auch Aufbau enthält: Zuerst wird das Alte zerstört, an seiner Stelle wird das Neue

aufgebaut, und die Gesellschaft wird im Sinne dieses Neuen neu strukturiert. Meiner Ansicht nach bildet Zerstörung die negative, Aufbau die positive Seite der Revolution. Weil Öcalan die Strategie, die Staatsmacht zu ergreifen, ablehnt, wendet er sich dagegen, revolutionäre Potenziale der Zerstörung zu widmen und darin zu erschöpfen. Ihm zufolge muss die revolutionäre Energie unmittelbar, jetzt und hier, auf den Aufbau des Sozialismus gerichtet werden. Diese Transformationsstrategie, die in der Revolutionstheorie nicht die Zerstörung, sondern gleich den Aufbau zur Grundlage nimmt, stellt die positive Seite der

Revolution in den Vordergrund. Insofern kann die »positive Revolution« als Bezeichnung einer direkt auf Aufbau ausgerichteten gesellschaftlichen Transformation gelesen werden.

2. Demokratische Nation

Der demokratische Gesellschaftssozialismus sieht die Freiheit von Identität und Kultur als Existenzbedingung freier Gesellschaftlichkeit. Gesellschaft stützt sich ontologisch auf Verschiedenheiten; sie ist ihrer Natur nach heterogen. Deshalb wird der Schutz identitärer, kultureller Unterschiede auf gesellschaftlicher Ebene nicht als Problem einzelner Identitäten, sondern als Angelegenheit der ganzen Gesellschaft betrachtet.

Auch aus der Ethik gesellschaftlicher Freiheit folgt: Die Freiheit einer Identität erfordert, dass auch andere Identitäten frei sind. Denn Freiheit ist eine relationale Praxis; sie braucht Beziehung zum Anderen. Auf einer Ebene, auf der alles eins und gleich ist, kann es weder Beziehung noch Entwicklung geben.

Daher lehnt der demokratische Gesellschaftssozialismus die Vorstellung von Nation des Nationalstaatsmodells ab. Denn diese Vorstellung ist machtfixiert, monistisch – und damit identitäts- und kulturvernichtend. Sie ist gesellschaftsfeindlich.

Das Lösungsmodell des demokratischen Gesellschaftssozialismus für Identitäts- und Kulturfragen ist die demokratische Nation. Demokratische Nation ist ein Organisationsmodell, in dem alle Identitäten und Kulturen sich auf Grundlage einer Selbstverwaltungskultur organisieren und sich entwickeln können; und in dem sie auf Grundlage des Prinzips der Freiheit und Gleichheit in solidarischem Verhältnis zueinander stehen. Im Modell der demokratischen Nation ist vorgesehen, dass Identitäten, indem sie ihre Unterschiede bewahren, in Gemeinschaft mit anderen Identitäten leben. Dass der demokratische Gesellschaftssozialismus politisch selbstverwaltungsorientiert ist, ermöglicht in diesem Sinn die Selbstorganisation jeder Identität.

C – Organisationsmodell: Konföderalismus / Bund der Kommunen

Das gesellschaftliche Organisationsmodell, das der demokratische Gesellschaftssozialismus vorsieht, ist der Konföderalismus. Denn der Konföderalismus ist ein Modell, das die netzwerkförmige, horizontale Beziehung und solidarische Einheit gesellschaftlicher Organisationen auf der Grundlage einer Selbstverwaltung möglich macht.

Öcalan verweist auf die Kommune als grundlegende Zelle des freiheitlichen gesellschaftlichen Organisationsmodells. Das System, das er »Bund der Kommunen« nennt, entspricht in der Literatur dem Konföderalismus. Dass Öcalan sein Modell gesellschaftlicher Organisation auf die Kommune stützt, ist ein Produkt seiner historisch-gesellschaftlichen These. Demnach ist Gesellschaft ihrer Natur nach kommunal. Dass die ersten sozialen Gemeinschaften Kommunen waren, ist kein Zufall und keine Wahl, sondern ein Ergebnis der Natur der Gesellschaftlichkeit. Und die Kommune besteht aus einem gesellschaftlichen Gewebe, in dem das Prinzip der Freiheit und Gleichheit wirkt.

Die staatliche Organisation ist darauf aufgebaut, von dieser Form freier Gesellschaftlichkeit abzuweichen und sie zu degenerieren. Der Widerspruch zwischen Kommune und Staat ist in diesem Sinne der Widerspruch zwischen der freien Gesellschaft und ihren Antagonisten.

Wegen der Anti-Propaganda des kapitalistischen Systems und wegen des Scheiterns sozialistischer Erfahrungen ist gegenüber der Kommune nahezu überall – auch in manchen sozialistischen Kreisen – ein Vorbehalt entstanden. Doch sozialistischer Kampf ist nicht anhand von Wahrnehmungen, sondern von Realitäten und gesellschaftlichen Bedürfnissen zu führen.

Trotz dieser negativen Wahrnehmung haben kommunale Organisationen in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Regionen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Mexiko/Chiapas, Venezuela und Brasilien sind die ersten Beispiele, die einem in den Sinn kommen. Es gibt lokale Verwaltungserfahrungen wie Porto Alegre und Montreal, die Dezentralität, Partizipation und gemeinwohlorientierte Ökonomie in den Vordergrund stellen. Und es gibt die Erfahrung von Rojava, die sich ausdrücklich nach dem Vorbild von Öcalans Perspektiven organisiert. Diese Beispiele sind weniger Zufälle als vielmehr das Ergebnis sozialistischer Bestrebungen. Und unserer Mei-

nung nach sind sie überfällige Maßnahmen, die beschleunigt und ausgeweitet werden müssen.

Es ist bekannt, dass Marx sich in seiner späten Phase verstärkt für Selbstverwaltung und Kommunen interessierte. Denn Marx begann, die Theorien, die er in seiner frühen Phase entwickelt hatte, nach den Revolutionen von 1848 und nach der Erfahrung der Pariser Kommune zu überprüfen. Auch seine Einschätzungen zur kommunalen Kultur, die in den Dörfern Russlands vorherrschte und über damalige russische Revolutionär:innen vermittelt wurde, finden immer noch Beachtung.

Kommune darf nicht als eine bloß ökonomische Organisation gedacht werden. Kommune ist ein Netz ökonomischer, politischer, kultureller Organisationen, das gesellschaftliche Bedürfnisse durch lokale Initiativen deckt. Dieses Netz reicht von Produktions- und Verteilungsmechanismen bis hin zu Volksräten, die mit direkter Beteiligung und nach dem Willen des Volkes funktionieren – ein breites Spektrum von Organisationen. Zweifellos müssen Kommunen so aufgebaut werden, dass sie heutigen Bedürfnissen entsprechen. Die Perspektive einer auf Kommunen gestützten Organisation darf in diesem Sinn nicht auf enge und monistische Schablonen reduziert werden. Wesentlich sind kollektive Strukturen, die gesellschaftliche Bedürfnisse auf der Grundlage des Prinzips von Freiheit und Gleichheit erfüllen, partizipativ und solidarisch organisiert sind und deren gemeinsames Wirken durch politische Strukturen ermöglicht wird – wie etwa die Beziehung von Kommune und Konföderalismus bzw. die Union der Kommunen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es offensichtlich notwendig ist, sich ausführlich mit allen Aspekten des demokratischen Gesellschaftssozialismus zu befassen, dessen philosophische Grundlagen und organisatorische Perspektive wir hier nur in groben Zügen dargestellt haben. Es handelt sich um eine Zusammenfassung, die auf den von uns vorgestellten allgemeinen Grundzügen basiert. Und wir sind uns bewusst, dass aus dieser Zusammenfassung neue Fragen entstehen können. So sei es. Je mehr Fragen gestellt werden, desto stärker und tiefgründiger werden die Antworten. Was dem sozialistischen Denken schadet, sind nicht Fragen, sondern Schweigen. Denn Fragen sind ein Zeichen der Suche, und der Sozialismus braucht Fragen mehr denn je.



WAS DEM SOZIALISTISCHEN DENKEN
SCHADET, SIND NICHT FRAGEN,
SONDERN SCHWEIGEN. DENN
FRAGEN SIND EIN ZEICHEN DER
SUCHE, UND DER SOZIALISMUS
BRAUCHT FRAGEN MEHR DENN JE.

Über den Zusammenhang zwischen dem aktuellen Gesprächsprozess und dem Recht

Recht als eine Voraussetzung für demokratische Integration und Frieden

Raziye Öztürk, Rechtsanwältin der Istanbuler Anwaltskanzlei Asrin¹

Damit der Gesprächsprozess, der sich seit dem Aufruf von Abdullah Öcalan für Frieden und eine demokratische Gesellschaft entwickelt hat, zu einem Friedensprozess werden kann, bedarf es rechtlicher Voraussetzungen. Der Text erklärt deren notwendige Grundlagen und Inhalte.

Obwohl bekannt ist, dass Abdullah Öcalan bereits seit 1993 versucht, die kurdische Frage mit demokratischen Mitteln zu lösen und dafür auch die Waffen zur Disposition gestellt hat, rief die von Öcalan am 27. Februar 2025 veröffentlichte Erklärung für Frieden und eine demokratische Gesellschaft weltweit Staunen hervor. Im Rahmen seiner Bemühungen hat Öcalan zu verschiedenen Zeitpunkten, schon mehrfach einseitige Waffenstillstände aus- und zu einer Lösung aufgerufen. Er hat erklärt, dass er im Falle der notwendigen gesetzlichen Regelungen eine Entwaffnung durchführen werde und in diesem Zusammenhang als Zeichen des guten Willens dafür gesorgt, dass die Kämpfer:innen seiner Organisation sich aus dem Grenzgebiet zurückziehen. So erklärte er beispielsweise im Jahr 2008, dass für eine Lösung bereits eine Ergänzung der Verfassung durch den Satz: »Die Verfassung der Republik Türkei erkennt die demokratische Existenz aller Sprachen und Kulturen an« ausreichen und den Weg für viele weitere Entwicklungen ebnen würde. Er erklärte, dass die PKK bereits innerhalb von zwei Monaten die Waffen niederlegen würde, wenn nur dieser Satz in die Verfassung aufgenommen würde. Obwohl diese Bemühungen und Aufrufe in den letzten 32 Jahren meist abgelehnt wurden, gab es auch Zeiten, in denen sie auf Resonanz stießen. Doch auch in diesen Phasen haben internationale Macht- und Interessengruppen und ihre Ableger in der Türkei die sich entwickelnden Prozesse umgekehrt. So endete jeder Prozess, in dem eine Ausweitung eines Friedensklimas erwartet wurde, in Chaos und Gewalt.

Trotz alledem hat Öcalan die Idee einer Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage von Verhandlungen und demokratischer Einigung nicht aufgegeben. Im Gegenteil, während all dieser Prozesse hat er nach Möglichkeiten gesucht, um die kurdische Frage auf diesem Weg zu lösen. Er hat stets einen rationalen und realistischen Ansatz verfolgt, der sich an historischen Analysen orientiert. Auf der Grundlage dieses Ansatzes hat die Dynamik des Kampfes die Entwicklung eines neuen Prozesses unausweichlich gemacht.

Entwicklung seit dem Friedensaufruf vom 27. Februar 2025

Der Vorsitzende der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Devlet Bahçeli, der innerhalb der »staatlichen Struktur« eine einflussreiche politische Strömung vertritt, hat bei der Eröffnung der Legislaturperiode der Großen Nationalversammlung der Türkei den Vertretern der DEM-Partei, die er sonst bei jeder Gelegenheit als »Terroristen« brandmarkte, die Hände geschüttelt. Dies war eines der ersten Anzeichen für den heute diskutierten Prozess. Darauf folgte in seiner Rede auf der Fraktionssitzung ein Verweis auf das »Recht auf Hoffnung²«.

Öcalan, der bei jeder Gelegenheit betonte, dass er »die theoretische und praktische Kraft [habe], diesen Prozess von einem

¹ Die Rechtsanwaltskanzlei Asrin vertritt Abdullah Öcalan.

² Das Recht auf Hoffnung regelt, dass die Strafe von zu lebenslanger Haft verurteilten Häftlingen, nach einer bestimmten Zeit überprüft werden und ihnen die Chance auf eine Freilassung gewährt werden muss. Das erste Beispiel, in dem der EGMR das Recht auf Hoffnung in Bezug auf lebenslange Freiheitsstrafen in der Türkei deutlich zum Ausdruck gebracht hat, ist die Entscheidung Öcalan/Türkei Nr. 2 vom 18. März 2014. In dieser Entscheidung hat der EGMR die Verhängung einer verschärften lebenslangen Freiheitsstrafe gegen Öcalan ohne die Möglichkeit einer bedingten Entlassung als Verstoß gegen Artikel 3 EMRK gewertet. Das Gericht hat betont, dass eine gesetzliche Regelung getroffen werden muss, die eine Überprüfung der Strafe von Öcalan nach einer bestimmten Zeit und die Prüfung der Möglichkeit einer bedingten Entlassung gewährleistet. Seit 2014 wurde diese Entscheidung jedoch nicht umgesetzt.

BU

Konflikt- und Gewaltfeld auf ein rechtliches und politisches Feld zu verlagern, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind«, veröffentlichte nach Bahçelis Schritt am 27. Februar 2025 die Erklärung für Frieden und eine demokratische Gesellschaft.

In dieser Erklärung, in der die Notwendigkeit eines durch demokratische Konsensfindung zu erreichenden Friedens und einer demokratischen Gesellschaft betont wird, wird zusammengefasst, dass die PKK aus historischer Notwendigkeit entstanden sei, dass jedoch in der gegenwärtigen Phase ihre Existenz anerkannt worden sei und diese Grundlage damit weggefallen sei. Anschließend wird unter der Bedingung der Anerkennung einer demokratischen Politik und entsprechender rechtlicher Voraussetzungen zur Niederlegung der Waffen und zur Auflösung der PKK aufgerufen.

Im Anschluss an diese historische Erklärung Öcalans hat die PKK auf der Grundlage des Aufrufs praktische Schritte unternommen. Am 12. Mai 2025 beschloss sie, den bewaffneten Kampf zu beenden und sich aufzulösen. Am 11. Juli 2025 organisierte sie unter der Leitung hochrangiger Führungskader:innen der Organisation eine Zeremonie zur Verbrennung von Waffen, und am 17. November 2025 gab sie öffentlich bekannt, dass sie ihre bewaffneten Kräfte aus dem Zap-Gebiet im Norden des Irak abgezogen habe. Zweifellos haben diese Schritte erneut die Entschlossenheit und Entschiedenheit Öcalans, der im Kontakt mit der PKK steht, deutlich

gemacht, die kurdische Frage mit demokratischen Mitteln zu lösen.

Im Gegensatz zu früheren Lösungsprozessen wird dieser Prozess zwar als ein Prozess angesehen, der eine breitere gesellschaftliche Unterstützung und Politik einbezieht, doch wenn man die konkreten Schritte betrachtet, die in sehr kurzer Zeit unternommen wurden, wird deutlich, dass der Prozess bis zu diesem Stadium nur einseitig vorangetrieben wurde. Dabei hängt es naturgemäß von gegenseitigen Schritten der Parteien ab, ob Prozesse auf eine gesunde Weise und dauerhaft voranschreiten können. In dieser Situation ist es nach den von Öcalan und der PKK unternommenen praktischen Schritten nun zwingend erforderlich, dass die andere Seite des Prozesses, nämlich der Staat, Schritte unternimmt, um die Bedingungen zu beseitigen, die zur Entstehung der kurdischen Frage geführt haben. An erster Stelle dieser Schritte steht die Umsetzung umfassender und struktureller Reformen im Bereich des Rechts.

Die Notwendigkeit rechtlicher Schritte

Denn im Laufe der Zeit wurde die Einbeziehung der Kurd:innen ins Recht gänzlich unterbrochen. Es ist bekannt, dass es während der osmanischen Zeit neben der offiziellen Rechtsordnung des Staates auch einzigartige Rechtspraktiken gab, die auf lokaler und traditioneller Ebene fortbestanden. Ebenso ist bekannt, dass während des nationalen Befreiungs-

prozesses die Begriffe »Kurden« und »Kurdistan« in offiziellen Dokumenten vorkamen und im Rahmen des sog. Kurden-Reformplans sogar einige Regelungen diskutiert wurden³. Seit 1925 wurde jedoch versucht, die Identität der Kurd:innen durch Verschwörungen, Staatsstrieche und Assimilationsmaßnahmen auszulöschen und sie aus der Geschichte zu tilgen. Die kurdische Frage wurde als Sicherheitsproblem und Terrorbekämpfung eingestuft, und in diesem Rahmen wurde versucht, eine einseitige »Lösung« zu finden.

Diese unrealistische Herangehensweise und die darauf basierende Lösung, die auf der Leugnung und Vernichtung der kurdischen Existenz beruhte, führte jedoch zu nichts anderem als einer Verschärfung des Krieges. Statt die Realität hinter der kurdischen Frage anzuerkennen, wurden andere Wege und Methoden eingeschlagen. Dadurch kam es zu zahlreichen Krisen, insbesondere zu einer Rechts- und Justizkrise. Vor allem aber hat dieser Ansatz die Kurd:innen aus dem Rechtsraum gedrängt und die Festschreibung ihrer Rechte verhindert. Genau an diesem Punkt muss nun der seit einem Jahrhundert aus dem Rechtsraum verdrängte kurdische Mensch sowohl als Individuum als auch als Volk in allen Dimensionen in den Rechtsraum aufgenommen werden. Das heißt, es muss dafür gesorgt werden, dass die kulturellen, sprachlichen, religiösen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Rechte der Völker auf der Grundlage der rechtlichen Anerkennung der kurdischen Existenz gesetzlich garantiert werden.

In diesem Sinne ist es offensichtlich, dass man sich bei der Lösung eines vielschichtigen und seit über einem Jahrhundert bestehenden historischen Problems nicht auf begrenzte und vorübergehende Rechtsreformen beschränken darf, sondern dass man sich auf eine ganzheitliche Rechtsperspektive stützen muss. Diese Perspektive umfasst die demokratische Politik, gesellschaftliche Teilhabe, kulturelle Rechte und lokale Organisationsformen auf der Grundlage der Freiheit der Frauen.

Die Fähigkeit der Gesellschaft, sich selbst zu verwalten und Politik zu gestalten, ist so stark zerstört worden, dass sie dadurch dauerhaft und strukturell für Machtmissbrauch und Ausbeutung anfällig geworden ist. Wie das Beispiel der Türkei zeigt, ist das Recht, das sich als Summe von Normen, Regeln und Sanktionen beschreiben lässt, die allein vom Willen der Staatsverwaltung abhängen, als Mittel der Unterdrückung weit davon entfernt, eine Antwort auf die Probleme der Gesellschaft zu sein und Gerechtigkeit zu schaffen.

Es bedarf eines ganzheitlichen Rechtsverständnisses, welches das Recht aus seinem statischen Regelungsbereich herauslöst und zu einem aktiven Element des sozialen Wandels

macht. Gesellschaft hat auch den menschlichen Verstand als Grundlage, aus dem sich neue Positionen und Ideen entwickeln; starre Gesetze werden einer Gesellschaft nicht gerecht. Darum ist ein dynamisches Rechtssystem erforderlich, das auf gesellschaftliche Bedürfnisse reagieren kann, sich im Laufe der Zeit an veränderte Bedingungen anpassen kann und im wissenschaftlichen Kontext von Geschichte, Soziologie, Ökologie und Wirtschaft betrachtet wird. Ein solcher Rechtsansatz kann eine wirksame Rolle bei der Lösung bestehender Probleme übernehmen und zur Realisierung von Gerechtigkeit auf gesellschaftlicher Ebene beitragen.

Öcalan betont, dass bei der Schaffung dieses Rechtssystems ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden muss. Er legt eine Perspektive dar, nach der der Übergang zu diesem System durch demokratische Integration und die Schaffung eines spezifischen Rechts möglich sein könnte. Diese von Öcalan entwickelte Lösungsperspektive muss noch detaillierter erläutert werden.

Demokratische Integration

Mit Integration ist gemeint, dass verschiedene soziale, politische und kulturelle Komponenten in einem gemeinsamen System oder einer gemeinsamen Struktur zusammenkommen, ein sich ergänzendes Ganzes bilden und sich gegenseitig akzeptieren bzw. anerkennen. Es geht nicht darum, sich einer Zentralmacht anzupassen, sondern darum, eine kollektive Integration aufzubauen, die auf der Akzeptanz der eigenen Existenz und der Unterschiede sowie der Vielfalt jenseits der eigenen Existenz basiert. Dieser Aufbau steht für eine kollektive Gleichheit anstelle von Konflikt und Spaltung.

Öcalans Verständnis von demokratischer Integration basiert auf diesem Grundsatz. Im Kontext des Paradigmas der demokratischen Nation ist es ein Verständnis, das auf eine gleichberechtigte und freie Vereinigung der Völker der Türkei und des Nahen Ostens mit einer demokratischen Politik unter dem Dach einer demokratischen Republik beruht.

Demokratische Integration bedeutet nicht nur die gleichberechtigte und demokratische Integration der Kurd:innen in die demokratische Republik. Es bedeutet auch die Integration der Türk:innen und anderer Völker und Glaubensrichtungen durch demokratische Politik und eine demokratische Gesellschaft. Denn nicht nur die Kurd:innen brauchen die Integration in einen demokratischen Staat und Demokratie, sondern auch die Türk:innen und andere Völker, die unter dem Gewicht der türkischen Ideologie nicht frei sein können. Wenn die Integrationslösung auch auf die anderen Nationalstaaten, deren Kolonie Kurdistan ist, angewendet wird, wird sich eine ernsthafte Möglichkeit für eine Lösung der Probleme im Na-

³ Dieser Plan wurde 1922 im türkischen Parlament diskutiert, umgesetzt wurde daraus jedoch nichts.

hen Osten eröffnen. Die weltweiten Auswirkungen einer internationalen Integration wären unzweifelhaft groß.

Ohne Zweifel erfordert diese demokratische Integration auch einen rechtlichen Rahmen. Denn wenn man sich unter einem gemeinsamen politischen Dach mit den Nationalstaaten auf ein Zusammenleben einigt, sind rechtliche Regelungen notwendig. Es muss jedoch betont werden, dass dieses Recht nicht als das Recht verstanden werden darf, das die monistische, positivistische und enge normative Auffassung des Nationalstaates widerspiegelt.

Die Schaffung eines demokratischen rechtlichen Rahmens, der die Grundlage für die Integration bildet und deren Fortbestand gewährleistet, der historische, kulturelle und wirtschaftliche Wechselbeziehungen berücksichtigt, dabei an der Gesellschaft orientiert ist, ein optimales Gleichgewicht zwischen Universalität und Lokalität herstellt, der pluralistisch, partizipativ und ganzheitlich ist, ermöglicht im weitesten Sinne demokratische Integration.

Ein Regelwerk, das die freie, gleichberechtigte, individuelle und kollektive Einheit verschiedener Religionen, Konfessionen, Ethnien, Glaubensrichtungen und Kulturen auf der Grundlage des Konsens durch demokratische Verfassungen, Gesetze, Satzungen und Vorschriften erhalten hat, kann im engeren Sinne als Integrationsrecht bezeichnet werden.

Dieses Recht ermöglicht es dem Volk, seine eigene Kultur und seine Identität zu bestimmen. Es schafft durch umfassende, sich gegenseitig ergänzende gesetzliche und verfassungsrechtliche Regelungen die Möglichkeit, bestehende Probleme dauerhaft zu lösen. So wird die nationalstaatliche Tendenz zur Vereinheitlichung mit Hilfe von Recht und Demokratie und die Selbstverteidigungsfunktion des Rechts auf der Grundlage der individuellen Menschenrechte, kulturellen Rechte und sozialen Rechte zur Sicherheit der Gesellschaft beitragen.

Notwendige Inhalte gesetzlicher Regelungen

Natürlich kann diese Perspektive nicht auf einen Schlag umgesetzt werden, aber es ist notwendig, dass sie innerhalb eines angemessenen Zeitraums schrittweise und ohne Beeinträchtigung der Integrität verwirklicht wird. Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für den Übergang zur demokratischen Integration sollte als Teil dieses Prozesses betrachtet werden. Ohne Frage muss ein konkreter Schritt die Schaffung einer speziellen gesetzlichen Regelung sein, die die Integration der Mitglieder der aufgelösten Organisation, die ihre Waffen niedergelegt haben, in das politische und gesellschaftliche Leben erleichtert und die Rückkehr derjenigen ermöglicht, die gezwungen waren, in Gefängnissen oder im Exil zu leben.

Anschließend muss es gelingen, undemokratische Praktiken zu beenden, die entsprechenden Gesetze abzuschaffen, Regelungen zur Stärkung der lokalen Verwaltungen umzusetzen und ein umfassenderes Gesetz für eine demokratische Gesellschaft, das über die Grenzen der Zivilgesellschaft hinausgeht, auf den Weg zu bringen, um demokratische Institutionen der Gesellschaft zu abzusichern. In diesem Zusammenhang wird die Umsetzung eines auf Konsens basierenden Gesellschaftsvertrags, der alle diese konkreten Schritte garantiert und auf Grundlagen wie der Freiheit der Frau, den Rechten des Kindes, ökologischem Leben und gleichen Rechten basiert, der entscheidende Schritt sein, um eine dauerhafte Lösung zu erreichen.

Ausgehend von dem Ansatz, dass die Wahrheit in ihrer Gesamtheit verstanden werden muss, kann das Recht nur dann Gerechtigkeit herstellen, wenn es alle Dimensionen der sozialen Realität umfasst. In diesem Zusammenhang ist die Freiheit der Frau nicht nur ein Rechtsbereich im Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, sondern auch ein grundlegender Maßstab, der die moralische, historische und soziale Grundlage des Rechts bestimmt.

Die Entwicklung eines ganzheitlichen Rechtsverständnisses auf der Grundlage demokratischer Integration, das sich an der Freiheit der Frau orientiert, ist daher ein wesentliches Kriterium. Die Vorreiter:innenrolle der Frau sollte hier nicht als nebensächliche oder ergänzende Rolle betrachtet werden, sondern als grundlegender Faktor des sozialen Wandels. Demokratische Integration bedeutet den Aufbau einer politischen Einheit, die auf konfliktfreiem Zusammenleben und einer gemeinsamen Mentalität innerhalb der kulturellen Vielfalt basiert. Dieser Prozess erfordert, dass sich jedes Volk, jeder Glaube und jede Identität aus einer demokratischen, ökologischen und frauenbefreienden Perspektive organisiert und gleichzeitig eine gleichberechtigte Integration mit demokratisierten Staaten und Institutionen entwickelt.

In dieser Hinsicht kann der Integrationsprozess ohne die Vorreiter:innenrolle der Frau, die das konstitutive Subjekt der kommunalen Gesellschaft ist, nicht erfolgreich sein. Umgekehrt betrachtet wird in einer Gesellschaft, in der es keine Vorreiter:innenrolle und keinen freien Willen der Frauen gibt, die Fähigkeit des Rechts, Gerechtigkeit zu schaffen, geschwächt; das Recht wird nicht auf der Grundlage von Gleichheit und Freiheit, sondern auf der Grundlage der Reproduktion bestehender Machtverhältnisse gestaltet.

Es ist notwendig, dass Frauen als Subjekte des Rechtsgestaltungsprozesses am Aufbau des gesellschaftlichen Lebens beteiligt sind und ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven sowie ihre ethischen und ästhetischen Werte in das Recht einfließen lassen. Durch diese Gestaltung werden Frauen sowohl recht-

BU

liche Garantien ins Leben rufen, die der Selbstverteidigung dienen, als auch dafür sorgen, dass ein Mentalitätswandel in der Gesellschaft stattfindet, und damit im Zentrum des grundlegenden Wandels stehen. Angesichts der Vielschichtigkeit der Beziehung der Frau zum Leben wird ein Rechtsverständnis, das sich nur auf die Bereiche Familie, Strafrecht oder Zivilrecht beschränkt und durch positive Rechtsnormen begrenzt ist, keine Lösung sein. Im Gegenteil, damit die Bürger:innen gleichberechtigt und frei leben können, muss der künftige Gesellschaftsvertrag alle Bereiche wie politische Teilhabe, wirtschaftliche Freiheit, kulturelle Identität, ökologisches Leben und Selbstverteidigung einbeziehen und auf einer freiheitlichen und demokratischen Grundlage, basierend auf Frauenrechten geschaffen und durch gesetzliche und verfassungsrechtliche Regelungen als Einheit gesichert werden.

Notwendige internationale Beteiligung

Die dauerhafte und wirksame Umsetzung dieser umfassenden Transformation ist jedoch nicht nur auf interne Dynamiken beschränkt. Zweifellos wird auch die Haltung internationaler Institutionen und Organisationen eine entscheidende Rolle einnehmen müssen, damit der Prozess reibungslos verläuft und rechtlich abgeschlossen werden kann. Bislang wurde jedoch nur eine passive und ineffektive Haltung eingenommen; eine solche Praxis beteiligt sich daran, Kurd:innen vom Recht auszuschließen. So wie die Kurd:innen in der Türkei ignoriert und nur als Türk:innen in die Gesetzgebung einbezogen werden, wurde auch im europäischen Recht ein ähnlicher Ansatz verfolgt, der die Kurd:innen als Individuen, nicht jedoch das Volk und die Kultur als solche rechtlich anerkennt.

Die Umsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist für die Lösung der kurdischen Frage in der

Türkei, den Übergang zu einer vollständigen Demokratie und die Suche nach einer rechtlichen Lösung des Problems von entscheidender Bedeutung, wurde jedoch vom türkischen Verfassungsgericht bislang nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Es wurde nicht beharrlich und ergebnisorientiert darauf hingearbeitet, die Mängel im türkischen Recht zu beseitigen und undemokratische Bestimmungen aufzuheben. Die EU hat bisher mit zweierlei Maß gemessen und es aus politischen Gründen vermieden, ihr eigenes Recht in dieser Frage anzuwenden. Dieser Ansatz hat die Türkei in Bezug auf Demokratie und Recht unempfindlich und die europäische Gemeinschaft wirkungslos gemacht.

Der Betrieb des İmralı-Gefängnisses in einem Mitgliedstaat des Europarats ist ein bedeutendes Beispiel dafür, dass über einen Zeitraum von 27 Jahren ein unbestimmtes, unvorhersehbares, aber systematisches, kontinuierliches und sich auf das gesamte Land ausweitendes, unkontrolliertes Folterregime errichtet wurde und dieses weiterhin quasi toleriert wird.

Trotzdem hätten die europäischen Institutionen die Möglichkeit, ihre derzeitige Position umzukehren und eine wirksamere und prinzipientreue Haltung einzunehmen. Insbesondere die Ausübung wirksamen diplomatischen und rechtlichen Drucks zur Durchsetzung des Rechts auf Hoffnung, das eine der Grundvoraussetzungen für einen gesunden Verlauf des Gesprächsprozesses ist, würde einen wichtigen Beitrag zu diesem Prozess leisten. Die Beschleunigung der Umsetzung des seit 2014 nicht umgesetzten Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) gehört ebenfalls zu den grundlegenden Aufgaben dieser Institutionen, entsprechend ihrer Aufgabe und ihren Verpflichtungen.



Was uns Rojava über die Bedeutung von Befreiung lehrt:

Miteinander statt Hierarchie

Von Bhzad Dher, Deutschlandvertreter der Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien

In den vergangenen Wochen wurde in deutschen wie internationalen Schlagzeilen immer wieder behauptet, das Autonomieprojekt Rojava sei gescheitert. Tatsächlich ist es ein ein schwerer Rückschlag, aber es ist kein Scheitern. Im Gegenteil: Gerade in Zeiten wachsenden Nationalismus und globaler Krisen ist das Modell Rojava wichtiger denn je. In seinem Beitrag zeigt Bhzad Dher, warum Rojava für alle, die nach Alternativen und Antworten suchen, eine Fundgrube an Erfahrungen und Lehren ist.

Den Befreiungsbewegungen unserer Zeit mangelt es nicht an Themen, sondern an einem gemeinsamen Verständnis. Frauenrechte, Klima, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Antikolonialismus, Antirassismus, nationale Befreiung – eine lange Liste von Kämpfen, die nebeneinanderstehen, sich in der Praxis jedoch oft so verhalten, als stünden sie in Konkurrenz zueinander.

Jede Bewegung ist von der Priorität ihres Anliegens überzeugt. Daraus resultiert die Haltung: Zuerst befreien wir das Land, dann sprechen wir über die Frauen. Zuerst stürzen wir das Regime, dann bauen wir die Demokratie auf. Zuerst lösen wir die Wirtschaftskrise, dann kümmern wir uns um die Umwelt.

Doch was tatsächlich geschieht, ist das Gegenteil: Wir wechseln die Gesichter und behalten die Struktur.

Das Problem liegt nicht in den Anliegen selbst, sondern in der Logik, mit der wir sie betrachten: einer hierarchischen Logik, die Befreiung als eine Abfolge geordneter Prioritäten versteht und nicht als einen miteinander verflochtenen gesellschaftlichen Prozess. Eine Logik, die genau jene Struktur reproduziert, die sie eigentlich überwinden will und es nicht bemerkt.

Hier liegt die Bedeutung der Erfahrung Rojavas in Nord- und Ostsyrien.

Nicht weil es sich um ein »kurdisches Projekt« handelt und nicht weil es eine Form der »Selbstverwaltung« ist, sondern

weil dort etwas Seltenes versucht wird: die Bedeutung von Befreiung selbst neu zu definieren.

In Rojava wird die Frauenfrage nicht als ein Thema unter vielen behandelt, sondern als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Organisation. Die Umwelt wird nicht als Nebenthema verstanden, sondern als Grundlage der Beziehung zwischen Mensch und Natur. Demokratie wird nicht als Wahlprozess oder Staat gedacht, sondern als Netzwerk lokaler Räte, die die Gesellschaft von unten organisieren. Freiheit wird nicht als Kontrolle über den Staat begriffen, sondern als Reduzierung der Logik von Kontrolle überhaupt.

Der bekannte Slogan »Frau – Leben – Freiheit« ist kein moralischer Aufruf, sondern eine organisatorische Formel: Keine Demokratie ohne die Befreiung der Frau. Keine gesellschaftliche Befreiung ohne Versöhnung mit der Natur. Keine Freiheit ohne die Auflösung von Zentralismus und Hierarchie.

Dieses Verständnis unterscheidet sich grundlegend von der »Prioritätenlogik«, die viele moderne Revolutionen geprägt hat. Zahlreiche Revolutionen riefen nach Freiheit und endeten doch in neuen zentralistischen Systemen, neuen männlich dominierten Führungen und neuen ausbeuterischen Wirtschaftsformen. Die Akteure wechselten – die Struktur blieb.

Rojava versucht, diesen Kreislauf zu durchbrechen, indem nicht nur die Machtverhältnisse, sondern die Organisationslogik selbst verändert werden:

Doppelspitze statt Einzelherrschaft, Räte statt zentraler Staatlichkeit, autonome Frauenstrukturen statt bloßer »Repräsentation«, Gemeinwohlwirtschaft statt extraktiver Ökonomie.

Was in der akademischen Theorie als »Intersektionalität« diskutiert wird, wird hier zur alltäglichen Praxis. Intersektionalität dient hier nicht länger der Ausbeutung und Unterdrückung, sondern der Entwicklung der Gesellschaft – sie wird eine Methode zu ihrer Organisation.

Wenn wir verstehen, dass die Unterdrückung der Frau, die Ausbeutung der Natur, Autoritarismus, Klassismus und Rassismus keine getrennten Probleme sind, sondern Symptome



Nach der Befreiung Kobanês vom IS im Januar 2015 waren 80% der Stadt zerstört. In den folgenden Jahren baute die Bevölkerung die Stadt wieder auf. Darunter auch dieses Waisenhaus, das für über 20 Kinder und Jugendliche ein Zuhause sowie eine Schule darstellt. Bei dem Bau unterstützte auch die Stiftung der freien Frau in Syrien (WJAS). Foto: WJAS

einer gemeinsamen Herrschaftsstruktur, verändert sich die Logik des Kampfes. Es gibt keinen Wettbewerb zwischen den Anliegen mehr, sondern ein kämpferisches Miteinander, in dem der Einsatz für die Umwelt zugleich ein Einsatz für Frauenbefreiung ist, feministische Praxis zugleich demokratische Praxis, und nationale Befreiung eine gesellschaftliche Befreiung und nicht bloß eine staatliche.

Das ist es, was man »Miteinander statt Hierarchie« nennen kann. Nicht das Nebeneinander von Themen, sondern das Miteinander der Kämpfe innerhalb eines gemeinsamen Befreiungsprojekts.

Die wichtigste Lehre dieser Erfahrung ist einfach, aber tiefgreifend: Wir kämpfen nicht für voneinander getrennte Anliegen, sondern gegen die Struktur, die sie alle hervorbringt.

Dann verlieren Fragen wie »Was hat Priorität?« ihren Sinn. Die eigentliche Frage wird: Wie verändern wir die Organisationsweise selbst, sodass diese Struktur sich nicht erneut reproduzieren kann?

Vielleicht lässt sich die Erfahrung Rojawas nicht eins zu eins übertragen. Aber man kann etwas Grundlegendes von ihr lernen: Befreiung beginnt nicht mit der Ordnung der Anliegen, sondern mit der Veränderung der Denkweise, mit der wir sie betrachten.



Kontakt zu WJAS:

Weqfa Jina Azad a Sûrî · Stiftung der freien Frau in Syrien
 Website: www.wjas.org
 Mail (Europa): info@wjas.org
 Facebook: facebook.de/WJASInternational
 Instagram: instagram.com/wjas_int

Spendenkonto:

Kurdistan Hilfe e.V., Hamburg/Deutschland
 Stichwort: WJAS
 Hamburger Sparkasse
 IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
 BIC: HASPADEHXXX

Soziologie der Freiheit – Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage

Das Problem der Urbanisierung der Gesellschaft

Abdullah Öcalan

In den letzten Ausgaben des Kurdistan Reports haben wir angefangen, Texte aus dem Kapitel »Die gesellschaftliche Frage« in Band 3 der »Gefängnisschriften – Manifest der demokratischen Zivilisation« von Abdullah Öcalan abzdrukken. Wir begannen mit »Das Problem von Macht und Staat« und »Das gesellschaftliche Problem von Moral und Politik« sowie »Das Mentalitätsproblem der Gesellschaft«. In Ausgabe 235 fuhren wir mit »Wirtschaftliche Probleme der Gesellschaft«, in 236 mit »Das Industrialismusproblem der Gesellschaft« und in Ausgabe 237 mit »Das Ökologieproblem der Gesellschaft« fort. In der Ausgabe 240 präsentierten wir den siebten Teil des Kapitels: »Gesellschaftlicher Sexismus, Familien-, Frauen- und Bevölkerungsfrage« und in dieser Ausgabe den 8. Teil mit dem Thema der Urbanisierung der Gesellschaft.

Ein anderes türkisches Wort für Zivilisation, *medenleşme*¹, stammt aus dem Arabischen und bedeutet ›Urbanisierung‹. Die Probleme, die ihren Ursprung in der Urbanisierung haben, sind weder geringer noch unwichtiger als die ökologischen. Sie stellen heute eine der größten Bedrohungsquellen für das gesellschaftliche Leben dar. Was macht aber die Stadt zu einer solch problematischen Sache?

Die einem plumpen Verständnis entsprechende Formel ›Stadt = Klasse = Staat‹ könnte zwar die Darstellung der Urbanisierungsfrage vereinfachen, ließe sie aber gleichzeitig ihre Bedeutungstiefe verlieren und uns im Hinblick auf die Vielseitigkeit dieser Frage blind bleiben. Die Menschheit fand, dass der Aufbau von Städten der gesellschaftlichen Natur genauso entspreche wie der von Dörfern, und handelte dementsprechend. Die Stadt stellt einen der wichtigsten Orte dar, an dem sich die gesellschaftliche Intelligenz konzentriert. Die Stadt

regt die Intelligenzfähigkeit des Menschen an. Die Vernunft erlebte einen eng mit der Stadt zusammenhängenden Entwicklungsverlauf. Die Stadt ist der Ort, wo der Mensch merkt, wozu er fähig ist. Sie bringt Sicherheit. Wer selbstsicher ist, denkt rationaler. Der Fortschritt im Denken führt zu neuen Erfindungen und entwickelt Methoden und Techniken der Produktionssteigerung. Der Mensch, der all das erlebte, sah die Stadt als eine Lichtquelle und fühlte sich von ihr angezogen. Die Entwicklung der Stadt um den Tempel herum hängt damit zusammen, dass der Tempel zu seiner Zeit der Ort war, an dem die heilige Vernunft und Geister sich versammelten. Die Gesellschaft entdeckte und kreierte in der Stadt ihre eigene Vernunft und Identität. Wir sprechen hier von starken Hypothesen zugunsten der Stadt.

Wie bei jeder anderen Realität auch, zeigte sich mit der Genese der Stadt auch ein anderes Gesicht: die Herausbildung von Klassen und die Entstehung des Staates. Die materielle Grundlage der Herausbildung von Klassen bildete zweifellos die steigende Produktivität. Einige der Menschen, die im Besitz der sich entwickelnden Vernunft der Stadt waren, lernten aus ihren Erfahrungen, dass man ein Vielfaches an Menschen ernähren könnte, wenn man die Anzahl der Menschen erhöhte und sie auf fruchtbaren Ländereien arbeiten ließe. Was noch zu tun war, war die Errichtung des nötigen Mechanismus dafür. Die Ordnung, die dazu errichtet wurde, war der Staat, der eine Art Monopol darstellte. Diese neue Ordnungsorganisation entstand, wenn auch stadtweit, offensichtlich ursprünglich als landwirtschaftliches Monopol. Anhand der sumerischen Städte lässt sich diesbezüglich alles erklären. Viele Zivilisationen wie die ägyptische oder harappische entstanden als landwirtschaftliche Monopole und Apparate zur Regelung der Produktion. Sobald die Produktion ein Niveau erreicht, das zumindest dem Zweifachen der arbeitenden Bevölkerung Mehrprodukt bieten könnte, entsteht die materielle Grundlage eines Staates. Das Phänomen, das man als Staat bezeichnet, besteht eigentlich aus denjenigen, die von der Mehrproduktion leben. Es wäre sinnvoller, den Staat als eine Organisation zur Anhäufung von Produkten zu bezeichnen und die Stadt als den dafür geeigneten Ort. Die Errichtung solcher Verhältnis-

¹ Normalerweise verwendet der Autor *uygarlık* für Zivilisation.



Eine Arbeiterin mit ihren Kindern in Berlin um 1900. Foto: Heinrich Lichte & Co

se wäre in Stammes- und Dorfgesellschaften äußerst schwierig ausgefallen. Die Stammes- und Dorfstrukturen lassen so etwas nicht zu. Diese Tatsache steckt hinter der Entstehung des Staates in der Stadt. So begegnete die Menschheit in der Stadt der Ausbeutung und lernte eine ihr bis dato unbekanntes Beziehungsform kennen. Diese neue Kunst hieß ›Etatismus‹. Wozu derjenige fähig ist, der den Staat in seiner Hand hat! Es entstand ein unheimlicher Apparat zur Durchsetzung von Interessen einzelner. Selbst der sklavenartige Arbeiter begriff, dass er in staatlicher Arbeitslosigkeit bequemer und sicherer war als früher. Es wäre übertrieben, sein Arbeiten ausschließlich auf Zwang zurückzuführen. So oder so ähnlich sah die Gründungsgeschichte der Stadt aus.

Auch wenn die Stadt zu einigen Problemen (Ausbeutung und Organisation der Stärkeren) führte, ist es klar, dass sie einen revolutionären Schritt in der rationalen Entwicklung der Gesellschaft darstellte. Aristoteles stellte sich die Stadt als fünftausend Menschen bestehend vor. Zum Zeitpunkt ihrer Entstehung war die Bevölkerung von Städten tatsächlich ungefähr so groß. In der Stadt handelte es sich um eine neue gesellschaftliche Zusammensetzung. Die Stammesgesellschaft war überwunden. Menschen aus verschiedenen Stämmen und Sippen wurden unter der Stadtbürgerschaft vereint. ›Stadtbewohner‹, ›Mitbürger²‹ und ›bajari³‹ entstanden. Diese Entwicklung zeigt, dass die Gesellschaft reicher geworden war. Die

² Das türkische *hemşehri* entspricht etwa dem deutschen ›Landsleute‹, bedeutet aber, dass man aus derselben Stadt stammt.

³ Kurdisch für Städter*in.

Stadt war in dieser ihrer Form ein Mittel des Fortschritts und keine ernsthafte Problemquelle. Während des gesamten Altertums lassen sich kaum Städte finden, die ein Bevölkerungsproblem hatten – mit der zeitweiligen Ausnahme von Babylon und Rom. Die Stadt, mit ihrer gesellschaftlichen Überlegenheit, steigerte ihre Attraktivität stetig. Während das sumerische Modell sich lawinenartig ausbreitete, wurde in Ägypten eine begrenzte Anzahl von Städten gebaut. Eigentlich war die ägyptische Zivilisation als eine halbstädtische und halbdörfliche einzigartig in der Geschichte. Der Handel und das Handwerk entwickelten sich rasant weiter. Mit Straßen, sportlichen, künstlerischen und Palastgebäuden erweiterten sich die Bauten um den Tempel hin zu neuen Gewebearbeitungen. Zahlreiche Städte wurden um militärische Garnisonen herum aufgebaut. Insbesondere römische Garnisonen bildeten den Kern von neuen Städten. Historiker*innen meinen, dass zu jener Zeit auf eine Stadt zumindest zehn Dörfer kamen. Zwischen diesen bestand eine symbiotische Beziehung. Das bedeutet also, dass es noch keine Probleme zwischen der Stadt und dem Dorf gab.

Rom, die letzte prachtvolle Stadt der Antike, vereinte vielleicht alle Probleme seines Zeitalters in seinem Herzen. Dies machte Rom sowohl zur prachtvollsten als auch zur problematischsten Stadt der Zivilisation. Man konnte dort allen Klassen und sozialen Gruppen (Aristokratie, Bourgeoisie, Sklav*innen, Lumpenproletariat, allen ethnischen Gruppen, allen Glaubensgemeinschaften, allen Hautfarben) begegnen. Die alten Klassen und sozialen Gruppen waren als Überbleibsel, die neuen als Keimzellen vertreten. Zudem konnte man jeglicher Mo-

ral, Politik und Regierungsform begegnen. Im Reich wurde jegliche Art von Königreich, Republik und Demokratie ausprobiert. Entweder als Überbleibsel oder als Keimzelle konnte man allen Wissenschaften, Künsten, Philosophien und Religionen begegnen. Rom war im wahrsten Sinne des Wortes eine ökumenische Stadt. Das Sprichwort »alle Wege führen nach Rom« war in gewisser Hinsicht der Ausdruck dieser Realität. Rom spiegelte den Höhepunkt der dreitausendfünfhundertjährigen Zentralzivilisation wider. Auch sein Untergang war so imposant wie die Stadt selbst. Die beiden großen Kräfte, die zu einem Problem für die Zivilisation wurden, d. h. die Christ*innen, die die Armenklasse bildeten, und die Gruppen, die immer noch größtenteils die Eigenschaften ihrer jeweiligen Ethnie beibehielten (diese als Barbaren zu bezeichnen, wäre ein Hereinfallen auf die Terminologie der Zivilisation), führten das Ende der Stadt herbei, indem sie sie von innen und von außen in verschiedenen Wellen angriffen. Das Jahr 476 n. Chr. markiert nicht nur den Untergang einer Stadt, sondern im Namen Roms das Verderben und den Untergang der dreitausendfünfhundertjährigen antiken Zivilisation.

Im Mittelalter konnte die Menschheit im Hinblick auf die Urbanisierung niemals das Niveau der Antike erreichen. Die mittelalterliche Stadt mit ihrer ummauerten Burg war anfangs einförmig und sehr klein. Die mittelalterlichen Städte bildeten eine Art Hauptquartier von Fürstentümern und Emiraten. Indem einige Handwerker und Hofdiener sich um sie herum versammelten, begannen die Städte sich auszudehnen. Auch wenn die Händlerklasse der Expansion und Pracht der Stadt einen ersten Schub verlieh, ist es nicht einfach, neu errichtete Städte zu finden, die das Niveau von antiken Städten wie Rom, Alexandria, Antiochia, Dara und Nusaybin, Edessa/Urfa erreichten. Selbst wenn die neuen Städte die alten zahlenmäßig übertrafen, konnten sie im Hinblick auf Architektur und Funktionalität (Tempel, Theater, Ratsgebäude, Agora, Hippodrom, Amphitheater, Hamam, Kanalisationssystem, Werkstatt) niemals das alte Prachtniveau erreichen. Die mittelalterliche Zivilisation ähnelte einer Zivilisation, die ihre Zelte und Städte auf den Ruinen der Antike errichtete. Die Stadt war noch weit davon entfernt, dem Land, dem Dorf überlegen zu sein. Die Städte ähnelten eher kleinen Inseln in einem Ozean aus Dörfern. Obwohl sie bereits Macht- und Klassenwidersprüche in sich trugen, stellten sie noch kein Problem für die Umwelt dar. Das Zivilisationssystem im Allgemeinen nagte aber in der Folgezeit wegen der Kapitalmonopole allmählich an der Umwelt. Die Bodenversalzung hing mit den landwirtschaftlichen Monopolen zusammen. Dieser Umstand setzte sich bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts fort und vergrößerte die Probleme immer weiter.

Zur eigentlichen Urbanisierungskrise kam es infolge der industriellen Revolution des neunzehnten Jahrhunderts und des Industrialismus. Dies war kein Zufall, sondern liegt in der

anti-gesellschaftlichen Natur des Industrialismus begründet. Ökologisch am problematischsten an der Stadt ist, dass sie eine von der Umwelt separierte Dialektik durchmacht. Das Dorf lebt in einem unmittelbaren Verhältnis zur Umwelt. Es hängt in jeglicher Hinsicht von ihr ab und weiß, dass es ihr Produkt ist. Das Dorf setzt sein Leben fort, indem es mit seinen Tieren und Pflanzen sozusagen die Sprache der Umwelt spricht. Es ist eine gemeinsame Sprache, eine Landwirtschaftssprache geschaffen worden. Die Gesellschaftsgründung geschah unter großem Einfluss dieser Sprache. In der Stadt ist das Gegenteil der Fall; sie entfernt sich stetig von der Landwirtschaft und der Umwelt. Sie entwickelt eine neue Sprache – die Sprache der Stadt. Ihr wohnt eine eigene Rationalität inne. Ihre Beziehung mit der Vernunft der Umwelt wird immer schwächer. Die Sprache der Stadt ist eine, die mit Handel, Handwerk, Industrie und Geldgeschäften zusammenhängt. Sie stellt deren Vernunft und Wissenschaft dar und wird von ihnen konstruiert. So sieht die neue dialektische Entwicklung der Sprache aus. Offensichtlich handelt es sich dabei um eine widersprüchliche und entfremdete Sprache und Mentalität. Die Urbanisierung jener Zeit schloss die alte ländliche Gesellschaft und die Dialekte und Kulturen mit ein, die die verbreiteten Klans, Stämme, Völker und Dorfgemeinschaften des ländlichen Gesellschaftssystems repräsentieren. Zudem entwickelte die Stadt ihre eigene wissenschaftliche, künstlerische, religiöse und philosophische Sprache. Was die Klassen betrifft, sind zwei weitere Hauptkategorien, bestehend aus der Aristokratie und den Anderen, entstanden. Städtertum hatte noch keine eigene Gestalt angenommen, sondern war ein Ausläufer der Gesellschaft im Allgemeinen.

Im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert wurde dieses historische Gleichgewicht völlig gestört. Zweifellos kam es nicht plötzlich dazu. Der Wiederaufstieg der Stadt zwischen dem zehnten und dem sechzehnten Jahrhundert (Venedig, Genua, Florenz, Mailand usw.) war Ausdruck der kommerziellen Revolution, die sich im dreizehnten Jahrhundert über Italien in ganz Europa ausgebreitet hatte. Italienische Städte hatten in diesem Prozess die Vorreiterrolle inne. Sie wollten mit der Renaissance in Roms Fußstapfen treten und sich vergrößern. Es kam dabei innerhalb und zwischen den Städten zu einer sehr großen Konkurrenz. Was sich ereignete, war der Kampf um die Führungsrolle einer neuen Zivilisationsphase. Das ganze alte Leben wurde nahezu wiederbelebt. Aber die neuen Bedingungen sollten eben dieses Leben transformieren. Man konnte kein neues Rom schaffen, indem man das alte imitierte; man erreichte lediglich das Niveau unscheinbarer Kopien von Rom. Auch die Erfahrungen zentraler Königreiche und Nationalstaaten waren nicht vom Erfolg gekrönt. Es ist aber eine nicht zu leugnende Tatsache, dass italienische Städte im Zuge der Renaissance zwischen dem zehnten und dem sechzehnten Jahrhundert die europäische Zivilisation anführten.



New York City zählt mit fast 9 Millionen Einwohner:innen zu den größten Städten der Welt. Viele gesellschaftliche Probleme spitzen sich in Städten wie diesen zu.
Foto: Public Domain

Sie spielten diese Rolle sowohl als (ökumenisch-katholische) Kirche als auch als säkulare Tendenz.

Die deutsche urbane Revolution begann zunächst mit dem Städtebund der Hanse (ca. 1250–1450 n. Chr.), als diese Städte ihre kommerzielle Revolution verwirklichten. Die zweite Phase (ab 1400 n. Chr.) war eine manufaktuelle. Dabei wurde auf der Grundlage eines Städtekonföderalismus ein intensiver Kampf gegen Zentralisierung geführt. Diese Kämpfe und Aufstände, bei denen viele bäuerliche und halb-proletarische Gruppen, vor allem Handwerker, eine Rolle spielten, dauerten ungefähr vier Jahrhunderte. Diese erste Erfahrung mit städtischem und ländlichem demokratischem Konföderalismus unterlag nach einem sehr blutigen Prozess aus diversen Gründen (ideologische, organisatorische und Führungsfragen) der zentralistischen Monarchie und dem Nationalstaat, der zunächst nur eine Tendenz darstellte. Wären sie nicht unterlegen gewesen, wäre vielleicht die europäische Geschichte ganz anders verlaufen. Die heutige Bundesrepublik Deutschland erlebte vom bürgerlich-nationalstaatlichen Faschismus ausgehend eine sehr langsame evolutionäre Transformation hin zu diesem alten Modell – allerdings nicht in der Form eines demokratischen Konföderalismus, sondern der eines bürgerlichen Föderalismus.

Den eigentlichen Boom erlebten die holländischen und englischen Städte. Dabei war von Bedeutung, dass sie das Zentrum dreier Revolutionen bildeten, denen sie intensiv ausgesetzt waren. Die kommerziellen, finanziellen und industriellen

Revolutionen waren insbesondere in Amsterdam und London siegreich. Der kommunale Föderalismus wurde in beiden Ländern einfach unterdrückt. Doch die übrige Stadt- und Landbevölkerung ergab sich dem Zentrum und dem Nationalstaat nicht einfach so. Dazu bedurfte es der holländischen im sechzehnten und der englischen Revolution im siebzehnten Jahrhundert. Amsterdam im siebzehnten und London im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert waren die führenden Städte dieser revolutionären Prozesse. Diese beiden Städte waren die Zentren der neuzeitlichen Welt. Sie regierten das zentrale Welt-Zivilisationssystem, das eine große Transformation durchmachte. Sie stellten hegemoniale Machtzentren dar. Ihre Bevölkerung und somit ihre Widersprüche wuchsen rasend schnell. Die krebsartige Struktur der Stadt entstand in dieser Zeit. Diese kranke Struktur wurde von Amsterdam und London auf – in historischer Reihenfolge – Frankreich, die USA, Osteuropa, Russland, den Fernen Osten, Lateinamerika, den Nahen Osten und Afrika übertragen. Das zwanzigste Jahrhundert stellte den Zeitraum in der Geschichte dar, in dem die Stadt eindeutige Überlegenheit erlangte. Neben der alten Zivilisation machte auch die paradigmatische Welt der ländlich-kommunalen Gesellschaft, die zwölftausend Jahre lang eine dominante Rolle gespielt hatte, dem kapitalistischen urbanen Paradigma Platz. Die Stadt war nun nicht mehr nur Handels-, Finanz- und Industriezentrum, sondern gleichzeitig auch das hegemoniale Zentrum einer ganzen Weltanschauung. Dieses Paradigma, das sich insbesondere mit seinen Universitäten und anderen akademischen Wissenschaftshäusern, seinen

Krankenhäusern und Gefängnissen, seinen Klassen und Bürokratien institutionalisierte, versuchte sich durch die streng positivistische Herangehensweise durchzusetzen, die an die Stelle der alten eschatologischen⁴ Weltanschauung (mit ihrer Ausrichtung auf Jüngsten Tag und Jenseits) trat. Der Positivismus war eigentlich die neue Religion der Bourgeoisie, die es aber praktischer und erfolversprechender fand, sich der Wissenschaften, deren Bedeutung sich enorm vergrößert hatte, zu bedienen und sich die Maske des ›Szientismus‹ aufzusetzen.

Mit dieser Struktur der Städte litt die Gesellschaft wirklich unter sozialem Krebs. Selbst Aristoteles hatte sich keine Stadt mit zehntausend Einwohner*innen vorgestellt. Städte mit hunderttausend, einer Million, fünf Millionen, zehn Millionen, fünfzehn Millionen, zwanzig Millionen und – das Ziel sind: – fünfundzwanzig Millionen Einwohner*innen! Was ist das anderes als ein krebsartiges Wachstum? Um allein eine solche Stadt zu ernähren, kann man ein mittelgroßes Land samt seiner Umwelt zerstören. Dieses Wachstum entbehrt jeglicher Logik. Es ist eindeutig, dass es zu keinem anderen Ergebnis führen kann, als die Erste Natur samt der Natur der Gesellschaft und der Stadt zu zerstören. Diese Größen sind langfristig für kein Land, keine Umwelt tragbar. Der wirkliche Grund der Umweltzerstörung ist dieses krebsartige Wachstum. Die Stadt besetzte, zerstörte und kolonialisierte nun ihr eigenes Land samt Bevölkerung; die neue Kolonialmacht waren nun die Stadt und die dort ansässigen globalen Handels-, Finanz- und Industriemonopole sowie die Wolkenkratzer, wo sie ihre Hauptquartiere beziehen. Die Sicherheitsmaßnahmen in diesen Wolkenkratzern, die den Burgen und Wehrmauern von früher in nichts nachstehen, bestätigen diese Tatsache.

Der Imperialismus und Kolonialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts wirkt nun nicht mehr von außerhalb, sondern in den Ländern selbst. Die Kolonisatoren sind keine Fremden, sondern vielmehr Partner. Es haben sich nicht nur die Kapitalmonopole globalisiert, sondern auch die Macht und der Staat. Es lässt sich nicht mehr zwischen Innen und Außen der globalen Macht unterscheiden. Auch nationale Zugehörigkeiten spielen überhaupt keine Rolle mehr, sie alle sind Partner. Die Unterscheidung zwischen Militärischem, Wirtschaftlichem und Kulturellem ist ebenfalls bedeutungslos geworden. Die gemeinsame Sprache von ihnen allen ist Englisch, ihre gemeinsame Kultur ist die angelsächsische, ihre Militärorganisation ist die NATO, ihre internationale Organisation ist die UN. Es gibt nun nicht mehr nur ein oder zwei, sondern zahlreiche Londons und New Yorks (das hegemoniale Zentrum der USA übernahm in den 1930er Jahren die Position von London). Wir leben im Zeitalter der globalen Städte. Die Städte des globalen Zeitalters zerstören nicht nur mit der Ausbreitungsgeschwin-

digkeit von Krebszellen die Umwelt. Ein Marsianer wäre wohl mit seiner Mentalität und Lebensweise mehr Erdling als die Stadtbewohner*innen unseres Zeitalters. Die Vornehmheit des urbanen Menschen, die sich ohnehin kaum entfaltet hatte, verlor ihre Gültigkeit. Er versucht seine Monstrosität unter dem Deckmantel des Modernen, des Modischen zu verstecken. Der eigentliche Barbar (der Umsetzer des Faschismus, Genozids, unbegrenzten kulturellen Genozids und schließlich des Soziozids) ist die Stadt. Jegliche Art barbarischer Personen und Gruppen (die virtuelle, simulakre, geistesverrückte, medien-süchtige Gesellschaft von Sportfanatiker*innen und innerlich hohlen wilden Partygänger*innen über die zerstörerische Bürokratie und Wucherer auf dem Markt, bis hin zu denjenigen, die sich an kein einziges moralisches Prinzip halten, und den Robotersierten), die die alten Barbaren (ich glaube überhaupt nicht, dass die Nomadenstämme Barbaren waren) in jeglicher Hinsicht übertreffen, haben nun ihr Zentrum nicht mehr auf dem Land, sondern in der Stadt; sie sind die Stadt selbst.

Es werden die Babylons des modernen Zeitalters erlebt (schade um Babylon, denn es war bis zu seiner Zerstörung edel und heilig; seine Entartung hielt sich in Grenzen). Es lässt sich nicht voraussagen, wie es enden wird. Aber alle wissenschaftlichen Daten zeigen, dass unser Planet diese Welt (die monströse Welt, die ihn verrät und entschlossen ist, seine Ökologie zu vernichten) nicht mehr tragen kann. Selbst wenn die urbanen Menschen auf das Land ziehen sollten, sind sie doch von Kopf bis Fuß krank. Man sollte sehr gut begreifen, dass die urbane Gesellschaft am Rande des ›Soziozids‹ steht.

Für diesen Zustand der Stadt sind zweifellos die Klassenmacht und die staatlichen Strukturen verantwortlich. Die prächtige Rendite der Stadt verwandelte sie in unerbittliche Barbaren und schuf die urbane Monstrosität (den neuen Leviathan). Es ist klar, dass dafür nicht alleine die Stadtbevölkerung und -gesellschaft verantwortlich gemacht werden können. Aber Nesseln brennen Freund und Feind. Die Banlieus, die ›neuen Christen‹ der Stadt, müssen einen Ausweg finden. Andernfalls werden sie in den Händen von Tausenden Neros, die schlimmer sein werden als Nero selbst, viel schlimmeres erleiden, als am lebendigen Leibe verbrannt zu werden. Man sollte sich Gedanken darüber machen, die begrenzte urbane Schönheit, Moral und Vernunft zu retten. Nun hat jedes gesellschaftliche Projekt die (bereits zu einer Krankheit gewordenen) Probleme, die ihren Ursprung in der Stadt haben, in den Fokus zu rücken. Es lässt sich niemals leugnen, dass wir nur in diesem Rahmen sinnvolle Antworten auf alle gesellschaftlichen und ökologischen Fragen entwickeln können. Wir bräuchten gar nicht nach weiteren Ursachen zu suchen, die zum Untergang der Welt und der Gesellschaft führen; alleine die Probleme, die ihren Ursprung in der Stadt haben, sind bereits dazu mehr als ausreichend.

⁴ Eschatologie ist die Lehre von der göttlichen Vollendung aller Dinge und dem Anbruch einer neuer Welt.



Begleitbuch zum Wimmelbild der IDK erschienen

Die unendliche Geschichte endlich als Buch

Frieda Langen, Initiative Demokratischer Konföderalismus

Das Bild der beiden Flüsse der kapitalistischen und demokratischen Zivilisation, die sich durch die Geschichte winden, wurde von Abdullah Öcalan, dem Vordenker der kurdischen Freiheitsbewegung, geprägt. 2022 wurde dies in dem Wimmelbild der Initiative Demokratischer Konföderalismus (IDK) dargestellt. Anfang dieses Jahres erschien nun das Begleitbuch »Das Wimmelbild: Eine unendliche Geschichte«, indem die einzelnen Elemente des Wimmelbildes erläutert werden.

Auf 435 Seiten stellen die Autor:innen der IDK das zugrundeliegende Geschichtsverständnis und die Bedeutung der einzelnen, von der Künstlerin Caroline Pochon gezeichneten, Bilder und Symbole dar. Es handelt sich nicht um ein klassisches Geschichtsbuch, wie wir es aus der Schule kennen, oder nur um eine Erklärung des Wimmelbildes. Die Geschichtsforschung, aus der das Buch hervorging, war keine Forschung zum Selbstzweck, sondern immer verbunden mit dem Ziel, aus der Vergangenheit zu lernen und auf ihr aufzubauen, um eine bessere Zukunft zu schaffen.

Die Geschichte wird ganzheitlich betrachtet, jedoch ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wie der Titel »Eine unendliche Geschichte« bereits verrät. Der Fluss der Vergangenheit ist unendlich weit, tief und lang und fließt in der Zukunft weiter ins Unendliche. Das Buch taucht in den Fluss der Geschichte ein, sucht die Quellen unserer Gesellschaft und blickt in den Horizont der Welt.

Den über 160 Ereignissen, Persönlichkeiten, Bewegungen, Organisationen, Kulturen, Liedern, Mythen und Phänomenen, die einen Platz im Wimmelbild finden, wird jeweils eine Seite gewidmet. Dabei werden sie nicht einzeln voneinander betrachtet, sondern immer im großen Zusammenhang zur Gesellschaft.

Die ansprechende Gestaltung und der klar verständliche Sprachstil lassen das Buch deutlich kürzer wirken, als die Seitenzahl scheinen lässt. Die anfänglichen Thesen zur Geschich-

te werden mit vielen Zitaten verschiedener Philosoph:innen, Forscher:innen und Revolutionär:innen, die die Autor:innen bedeutend beeinflusst und inspiriert haben, unterstrichen. Die Zeichnungen des Wimmelbildes leiten durch das Buch und tragen als Illustrationen zu dessen Ästhetik bei.

Das Buch lädt dazu ein, sich das Wimmelbild zu erschließen, aber auch dazu, es zu durchstöbern und einzelne Elemente nachzuschlagen. Es ist ebenso ein Aufruf, sich mit sich selbst, der eigenen Geschichte und der eigenen Rolle in der Geschichte der Gesellschaft zu beschäftigen, genauso wie mit anderen darüber in den Austausch zu gehen.

Viele verschiedene Menschen haben an dem Buch mitgewirkt und mit ihren unterschiedlichen Stimmen ein gemeinsames Werk geschaffen. Dadurch wurde im Kleinen eine Einheit in Vielfalt umgesetzt, die auch in der demokratischen Moderne als Alternative zur kapitalistischen Moderne aufgebaut werden soll und wird. Dieses Ziel ist alles andere als fern und unerreichbar, was dieses Buch von der ersten bis zur letzten Seite deutlich macht. Es vermittelt realistische Perspektiven mit Mut zu klaren Thesen, die jedoch nicht als einzige Wahrheit dargestellt werden. Ständiger Wandel wird zugelassen und gefördert. Das trägt zum starken Gefühl der Hoffnung, welches das Buch übermittelt, bei. Die demokratische Moderne ist eine konkrete Möglichkeit, die direkt an die demokratischen Kräfte der Vergangenheit anschließt. Der Fluss der demokratischen Zivilisation ist unendlich fruchtbar und die Hoffnung bildet das Flussbett. Herrschaftliche Kräfte zielen darauf, die Hoffnung und damit den Keim des Widerstands zu zerstören. Genau deshalb sind hoffnungsvolle Betrachtungen unserer Geschichte, wie dieses Buch, so unerlässlich.

Das Buch ist im neu gegründeten Freya Verlag veröffentlicht und kann dort oder über den Buchhandel erworben werden.

Das Wimmelbild: Eine unendliche Geschichte, Initiative Demokratischer Konföderalismus, Freya Verlag, 2026, ISBN: 978-3-9828167-0-8

Freya Verlag: freya-verlag.org – kontakt@freya-verlag.org
Initiative Demokratischer Konföderalismus: i-dk.org – kontakt@i-dk.org



Ein Rückblick auf die Anfänge 1982

Warum der »Kurdistan Report« erschien

Redaktion des Kurdistan Report

Der folgende Beitrag erschien unter dem Titel »Warum erscheint der Kurdistan Report« in der allerersten Ausgabe des Magazins im November 1982. Wir veröffentlichen ihn hier¹, um einen Einblick in diese Geschichte zu geben und auf das umfassende Archiv aufmerksam zu machen, das online verfügbar ist². Betrachten wir die Entwicklung des Kurdistan Reports über die Jahre seines Erscheinens, wird auch die sich mit der Zeit verändernde Realität der kurdischen Gesellschaft sowie der Befreiungsbewegung Kurdistans deutlich. Die Berichterstattung der 80er war geprägt von der Folter und dem Widerstand dagegen in den türkischen Gefängnissen und dem Guerillakrieg, der zwei Jahre nach dem Erscheinen des ersten Kurdistan Reports aufgenommen wurde. In den 90ern rückten die Dorfvernichtungen, die Serhildans und die Weltpolitik mehr in den Fokus, nicht zuletzt mit dem internationalen Komplott 1998/99 und der Inhaftierung Abdullah Öcalans auf der Gefängnisinsel İmralı. Neue Schriften Öcalans und Konzepte wie die Demokratische Autonomie und deren Umsetzung in Nordkurdistan wurden in den 2000ern intensiv diskutiert. In den 2010ern kam die Rojava-Revolution auf, bald darauf gefolgt von knapp einem Jahrzehnt des intensiven Widerstands gegen die türkische Vernichtungspolitik. Durch die Gespräche mit Abdullah Öcalan, die seit 2024 wieder möglich sind, ist nun eine neue Phase angebrochen, die ebenso in den letzten Ausgaben des Kurdistan Reports dokumentiert ist. Auch wenn der Kurdistan Report mit dieser 241. Ausgabe zu einem Ende findet, geben die seit knapp 44 Jahren erschienenen Ausgaben, die heute im Onlinearchiv abrufbar sind, einen unvergleichlichen Einblick in all diese Jahre des Befreiungskampfes in Kurdistan.

1 Der Beitrag von 1982 wurde für diese Veröffentlichung in Bezug auf Sprache und Grammatik überarbeitet.

2 <http://kurdistan-report.de/archiv>

Der Kurdistan Report erscheint, um das Kurdistan-Problem, welches seit Hunderten von Jahren nicht gelöst ist, und die Region des Mittleren Ostens mit all ihren Konflikten der europäischen Öffentlichkeit nahezubringen.

Kurdistan wird von den vier herrschenden Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien in einem klassischen Kolonie-Status gehalten. In seiner ganzen Geschichte hat unser Volk sich gegen Fremdherrschaften gewehrt. Heute leidet es unter reaktionären und barbarischen Staaten, die seine Existenz zu vernichten bestreben. Den Kampf des kurdischen Volkes gegen diese Unterdrückung versuchen die Herrschenden von der Weltöffentlichkeit abzuschirmen. Insbesondere den in den letzten Jahren von der PKK in dem türkisch beherrschten Teil Kurdistans ins Leben gerufenen Widerstandskampf, will man als „Separatismus und Terrorismus“ diffamieren sowie seine Erfolge vor der Weltöffentlichkeit verbergen.

Es waren nicht nur die Herrschenden und Reaktionäre, die die Befreiungsbewegung Kurdistans bekämpften und diffamierten, sondern auch diejenigen, die sich bei jeder Gelegenheit „fortschrittlich“ nannten. Diejenigen, die bei jeder Gelegenheit ihre volle Solidarität mit den unterdrückten Völkern bekundeten, aber die nicht von Kurden und Kurdistan wissen wollten. Ein ganzes Volk mit seiner Sprache, Kultur, Gesellschaft und Geschichte wurde ignoriert. Manche setzten das Kurdistan-



Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle drei Monate.

Redaktion:

H. Deilke (V.i.S.d.P.), E. Millich

Kontaktadresse:

Kurdistan Report
c/o Civaka Azad
Franz-Mehring-Platz 1
10234 Berlin

www.kurdistanreport.de

kr@nadir.org

Bankverbindung:

Dr. H. J. Schneider IBAN: DE41

2005 0550 1020 2121 20

BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:

Einzelexemplar: 3,- Euro

Abonnement

6 Exemplare 15,- Euro plus Portokosten

Titelbild:

Ein Kind im Şengal protestiert am 15. Februar 2023 gegen den internationalen Komplott – der Entführung Abdullah Öcalans im Jahr 1999 und der seither andauernden Gefangenschaft. Foto: Archiv

Rückseite:

Spendenauf der Freien FrauenStiftung WJAS

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

AZADÎ FREIHEIT

für Kurdinnen und Kurden
in Deutschland

SPENDEN ERBETEN

GLS-Bank Bochum

BIC GENODEM1GLS

IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- Solidarität
- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung
- Mitglied werden

Informationen:

AZADI e.V.

Hansaring 82

50 670 Köln

Tel: 0221/16 79 39 45

Fax: 0221/16 79 39 48

mail: azadi@t-online.de

web: <https://azadi-rechtshilfetonds.de/>

Problem lediglich mit einem Sprach- und Kultur-Problem gleich.

Aber was ist das Kurdistan-Problem in der Realität? Warum sind so manche Menschen dermaßen empfindlich, wenn man sie auf Kurdistan anspricht?

Für die Imperialisten ist der Mittlere Osten heute wegen seiner billigen Arbeitskraft, eines guten Absatzmarktes, billiger Rohstoffe – insbesondere Öl – und seiner geopolitischen Lage von lebenswichtiger Bedeutung. So versuchen alle Kräfte, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Wer diese Region beherrscht, wird auch die Weltpolitik entsprechend gestalten können.

Aber die Entwicklungen laufen nicht so, wie die Imperialisten es sich wünschen. So wie die Völker von Asien, Afrika, Latein-Amerika und dem Fernen Osten, nehmen auch die Völker des Mittleren Ostens den Kampf zur nationalen und sozialen Befreiung auf.

Kurdistan liegt in der Mitte des Mittleren Ostens und nimmt den ersten Platz unter den ungelösten Problemen ein. Die Entwicklung der letzten Jahre in allen Teilen Kurdistans bestätigt, dass eine Lösung, d.h. Befreiung im Interesse des kurdischen Volkes, eine Änderung in der gesamten politischen Landkarte des Mittleren Ostens herbeiführen würde.

Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten, die Entwicklungen im türkischen Kurdistan³, zeigen, dass für eine Änderung in diesem Sinne, Kurdistan eine besondere Aufgabe zufällt.

In türkischen Kurdistan ist die revolutionäre Bewegung erst 1973 entstanden. Davor gab es überhaupt keine kurdische linke Bewegung. Diese Bewegung fand bei der Bevölkerung breite Unterstützung und Sympathie, sodass 1978 die PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) aus ihr hervorging. In den letzten Jahren

konnten durch vielfältige Kampfformen die Autorität des türkischen Staates infrage gestellt, die Macht der Feudalherren geschwächt und die Faschisten (Graue Wölfe) zum Teil aus Kurdistan vertrieben werden. Insofern war die Entwicklung in Kurdistan einer der entscheidenden Faktoren für den Putsch.

Nach dem Putsch sind hunderttausende von Menschen verfolgt und gefoltert, tausende in Gefängnissen gesteckt, hunderte durch Folter ermordet worden.

Trotz all dieser Fakten konnte der legitime Kampf des kurdischen Volkes der europäischen Öffentlichkeit und interessierten Menschen entweder gar nicht oder nur auf verzerrte Weise vermittelt werden.

Der »Kurdistan Report« will diese Lücke innerhalb seiner Möglichkeiten schließen.

Er will über aktuelle Entwicklungen aus gesamt Kurdistan, jedoch mit Schwerpunkt auf den türkischen Teil Kurdistans, berichten.

Er will berichten:
von der Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft von Gefängnissen, welche Symbole des Widerstands wurden von Kooperationen zwischen Parteien und Gruppen von Änderungen, Entwicklungen des Mittleren Ostens aus unserer Perspektive von der Lage der hier zu Tausenden lebenden kurdischen Arbeitsmigranten und von der Asyllage
Wir hoffen auf die Solidarität der Demokraten im mühsamen, schwierigen Kampf des kurdischen Volkes um seine Unabhängigkeit und Freiheit.

Wir freuen uns über jeden Anstoß.

Euer Kurdistan Report

³ Gemeint sind der Militärputsch in der Türkei 1980 und die anschließende Repressionswelle gegen alle sozialistischen Kräfte in der Türkei und Nordkurdistan

Nothilfe für Nord- und Ostsyrien

Februar 2026

Unterstützen Sie die Arbeiten der Stiftung der freien Frau in Syrien (WJAS)!

Die humanitäre Situation in Nord- und Ostsyrien/Rojava ist weiterhin von extremer Unsicherheit und Mangel an grundlegender Versorgung bestimmt.

Anfang Januar griffen Truppen der selbsternannten syrischen „Übergangsregierung“ sowie mit ihnen verbündete islamistische Milizen Gebiete der Demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien (DAANES) an. Dabei kam es zu gezielten Ermordungen, Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen, deren erschreckende Dimension erst nach und nach bekannt wird. Die Menschen flohen vor allem nach Dêrik, Qamişlo und Heseke, wo sie nun in Schulen, Moscheen und leerstehenden Gebäuden untergebracht sind.

Die Stiftung der freien Frau in Syrien (WJAS) leistet weiterhin dringend benötigte Nothilfe. Ihre Mitarbeiterinnen besuchen die Geflüchteten in ihren temporären Unterkünften, erfassen ihre dringendsten Bedürfnisse und leisten direkte Unterstützung vor Ort. Dazu gehören medizinische Versorgung und die Ausgabe von Medikamenten, psychologische Betreuung sowie das Kochen und Verteilen von warmen Mahlzeiten. Darüber hinaus sammelt und verteilt die Stiftung lebensnotwendige Güter des täglichen Bedarfs. Die Menschen mussten oft alles, was sie besaßen, zurücklassen und kamen völlig mittellos an. Viele von ihnen waren in ihrem Leben bereits mehrfach gezwungen zu fliehen. Eine Mitarbeiterin von WJAS berichtet von einer Geflüchteten, die sie

in Qamişlo versorgte: „Die Frau selbst stammte aus Afrin, entband ihr erstes Kind in Sheba, ihr zweites Kind in Tabqa und ihr drittes nun in Qamişlo. Die ständige Suche nach und Verlust von Zufluchtsorten ist mit starker psychischer Belastung und (Re-)Traumatisierung verbunden.“

Die zukünftige Situation in der Region bleibt ungewiss. Nach zähen Verhandlungen schloss die Demokratische Selbstverwaltung Anfang Februar eine Vereinbarung mit der „Übergangsregierung“ über die Eingliederung der bislang autonom verwalteten Region in ein zentral verwaltetes Syrien. Die Umsetzung hat bereits begonnen, erfordert jedoch aufgrund früherer Massaker und wiederholten Brüche der Waffenruhe höchste Aufmerksamkeit.

Gerade Frauenorganisationen wie WJAS spielen deshalb eine zentrale Rolle, da sie oft als erste Zugang zu besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, Kindern und Traumatisierten haben und langfristige Vertrauensstrukturen aufbauen. WJAS verbindet akute Nothilfe mit psychosozialer Unterstützung und stärkt zugleich Selbstorganisation und Widerstandskraft. Auch in Zukunft sind Frauenorganisationen unverzichtbar, um humanitäre Hilfe mit dem Einsatz für Frauenrechte, Schutz und gesellschaftliche Teilhabe zu verknüpfen.



Spendenkonto: Kurdistanhilfe e.V.
Stichwort: **NOTHILFE**
Hamburger Sparkasse
IBAN DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC HASPDEHHXXX
(Spenden sind steuerlich absetzbar,
bitte deutlich die Adresse angeben)